

Bayerischer Landtag

Plenarprotokoll 17/14 03.04.2014 17. Wahlperiode

14. Sitzung

am Donnerstag, dem 3. April 2014, 09.00 Uhr, in München

Geschäftliches	Persönliche Erklärung gem. § 112 Reinhold Bocklet (CSU)
Geburtstagswünsche für die Abgeordneten Peter Winter und Alexander Muthmann 751	Persönliche Erklärung gem. § 112 Christine Kamm (GRÜNE)
Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der Fraktion FREIE WÄHLER "Alle Konzepte liegen auf dem Tisch - wie geht es weiter mit dem G 9 in Bayern?" Günther Felbinger (FREIE WÄHLER)	Gesetzentwurf der Abgeordneten Rinderspacher, Inge Aures, Volkm und Fraktion (SPD) zur Änderung des Bestattungsg Schaffung einer gesetzlichen Remöglichung des Erlasses gemei hofssatzungen bzw. Friedhofsor ein Verwendungsverbot für Gral beuterischer Kinderarbeit (Drs. 1 - Zweite Lesung - Beschlussempfehlung des Innenar (Drs. 17/1203) Angelika Weikert (SPD)
Regierungserklärung der Staatsministerin für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen "Bayern stark in Europa" Staatsministerin Dr. Beate Merk	Tanja Schweiger (FREIE WÄHL Jürgen Mistol (GRÜNE) Namentliche Abstimmung
Christine Kamm (GRÜNE) 775 Thorsten Schwab (CSU) 779 Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER) 780 Mechthilde Wittmann (CSU) 781	

Reinhold Bocklet (CSU)	
rtonniola Booklot (GGG)	793
Persönliche Erklärung gem. § 112 GeschO	
Christine Kamm (GRÜNE)	793
Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Inge Aures, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)	
zur Änderung des Bestattungsgesetzes	
Schaffung einer gesetzlichen Regelung zur Ermöglichung des Erlasses gemeindlicher Fried-	
hofssatzungen bzw. Friedhofsordnungen für	
ein Verwendungsverbot für Grabmale aus ausbeuterischer Kinderarbeit (Drs. 17/94)	
- Zweite Lesung -	
Development of the contract of	
Beschlussempfehlung des Innenausschusses (Drs. 17/1203) Angelika Weikert (SPD)785 7	7 87
(Drs. 17/1203) Angelika Weikert (SPD)785 7 Ludwig Freiherr von	
(Drs. 17/1203) Angelika Weikert (SPD)	787
(Drs. 17/1203) Angelika Weikert (SPD)	787 787
(Drs. 17/1203) Angelika Weikert (SPD)	787 787
(Drs. 17/1203) Angelika Weikert (SPD)	787 787 788
(Drs. 17/1203) Angelika Weikert (SPD)	787 787 788
(Drs. 17/1203) Angelika Weikert (SPD)	787 787 788 792
(Drs. 17/1203) Angelika Weikert (SPD)	787 787 788 792

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Stefan Schuster, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u. a. und Fraktion (SPD)	Namentliche Abstimmung zum SPD-Dringlichkeits- antrag 17/1440 801
zur Änderung des Bayerischen Besoldungsge- setzes Verdoppelung der Ballungsraumzulage	Namentliche Abstimmung zum CSU-Dringlichkeits- antrag 17/1465801
(Drs. 17/323) - Zweite Lesung -	Ergebnis der namentlichen Abstimmung 17/1440 (s. a. Anlage 4) 813
Beschlussempfehlung des Dienstrechtsausschusses (Drs. 17/1189)	Ergebnis der namentlichen Abstimmung 17/1465 (s. a. Anlage 5)
Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD)	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Gudrun Brendel-Fischer u. a. und Fraktion (CSU) Bayerische Anliegen bei der Energiewende (Drs. 17/1432)
_	und
Ergebnis der namentlichen Abstimmung (s. a. Anlage 2)	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Abstimmung über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Ge-	Bürgerenergiewende retten - Kahlschlag beim EEG verhindern (Drs. 17/1434)
schäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 3)	und
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Gisela Sengl, Ulrich Leiner u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Agrarförderung klima- und umweltgerecht gestalten - Greening ernst nehmen! (Drs. 17/1431)	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Nach dem Energiegipfel: Die Interessen bayerischer Bürgerinnen und Bürger vertreten (Drs. 17/1466) und
und	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Annette Karl u. a. und Fraktion (SPD) Sicherung und Erhalt des Grünlands in Bayern (Drs. 17/1440)	Rinderspacher, Natascha Kohnen, Annette Karl u. a. und Fraktion (SPD) EEG Novelle 2014 - Wie werden die Weichen für Bayern gestellt? (Drs. 17/1467)
und	Markus Blume (CSU)
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Angelika Schorer, Gudrun Brendel- Fischer u. a. und Fraktion (CSU)	Martin Stümpfig (GRÜNE)
EU-Recht 1:1 umsetzen, Wettbewerbsnachteile vermeiden (Drs. 17/1465)	Beschluss zum CSU-Dringlichkeitsantrag 17/1432 813
Gisela Sengl (GRÜNE) 794 798 800 Horst Arnold (SPD) 796 799 Angelika Schorer (CSU) 797 798 799	Beschluss zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 17/1466 813
Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER) 799 801 Beschluss	Namentliche Abstimmung zu Nr. 1 des FW-Dringlichkeitsantrages 17/1434 813

zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 17/1431...... 801

Namentliche Abstimmung zu Nr. 2 des FW-Dring- lichkeitsantrages 17/1434	Dringlichkeitsantrag Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Markus Blume u. a. und Frak- tion (CSU) Kompetenzen der heimischen Luft- und Raum- fahrt langfristig erhalten und stärken
Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 17/1467 in geänderter Fassung	(Drs. 17/1436) und
Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Nr. 1 des FW-Dringlichkeitsantrags 17/1434 (s. a. Anlage 6) 819 Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Nr. 2 des FW-Dringlichkeitsantrags 17/1434 (s. a. Anlage 7) 819	Dringlichkeitsantrag Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. und Fraktion (SPD) Luft- und Raumfahrt als strategische Schlüsselindustrie und Zukunftsbranche in Bayern nachhaltig sichern (Drs. 17/1469) Verweisung in den Wirtschaftsausschuss
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Angelika Weikert u. a. und Fraktion (SPD) Keine Beschädigung des gültigen Streikrechts (Drs. 17/1433)	Dringlichkeitsantrag Markus Rinderspacher, Andreas Lotte, Angelika Weikert u. a. und Fraktion (SPD) Kein Verscherbeln durch die Hintertür - Schutz vor Umwandlung auch für GBW-Mieter! (Drs. 17/1437)
und	
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Hermann Imhof u. a. und Fraktion (CSU) Bewährtes Tarifrecht weiterentwickeln - Grund- satz der Tarifeinheit regeln! (Drs. 17/1468)	Verweisung in den Haushaltsausschuss
Annette Karl (SPD)	verzüglich vorlegen! (Drs. 17/1438) und
Thomas Mütze (GRÜNE)	Dringlichkeitsantrag Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf u. a. und Fraktion (CSU)
Namentliche Abstimmung zum SPD-Dringlichkeits- antrag 17/1433819	Bericht zum Wildtiermanagement große Beutegreifer (Drs. 17/1470)
Namentliche Abstimmung zum CSU-Dringlichkeits-	und
antrag 17/1468 819	Dringlichkeitsantrag Markus Rinderspacher, Flo-
Ergebnis der namentlichen Abstimmung 17/1433	rian von Brunn, Harry Scheuenstuhl u. a. und Fraktion (SPD)
(s. a. Anlage 8)	Rückkehrende Tierarten in Bayern-Manage-
Ergebnis der namentlichen Abstimmung 17/1468 (s. a. Anlage 9)	mentplan "Wölfe in Bayern" Stufe 2 endlich vorlegen! (Drs. 17/1471)
	Verweisung in den Umweltausschuss 819
Dringlichkeitsantrag Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Anhörung zur "Zukunft des Gymnasiums in Bayern" (Drs. 17/1435)	Dringlichkeitsantrag Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kontoeröffnungen für Flüchtlinge ermöglichen (Drs. 17/1439)
Verweisung in den Bildungsausschuss 819	(510. 17/1700)

Verweisung in den Verfassungsausschuss 819

Dringlichkeitsantrag Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Hire and fire - Anstellungspolitik bei Aushilfslehrern neu gestalten! (Drs. 17/1441)
Verweisung in den Dienstrechtsausschuss 81
Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u. a. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ehe für alle: Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts (Drs. 17/261)
Beschlussempfehlung des Verfassungsausschusses (Drs. 17/915)

Claudia Stamm (GRÜNE)	 822	821 823
Winfried Bausback	823	825
Namentliche Abstimmung		825
Ergebnis der namentlichen Abstimmung (s. a. Anlage 10)		825
Schluss der Sitzung		825

(Beginn: 09.03 Uhr)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die 14. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. – Ich fahre in der Sitzung erst fort, wenn alle in der Lage waren, ihre Plätze einzunehmen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Präzise formuliert!)

Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich noch einen Glückwunsch aussprechen. Am 2. April feierte Herr Kollege Peter Winter einen runden Geburtstag, und heute feiert Herr Kollege Alexander Muthmann seinen Geburtstag.

(Allgemeiner Beifall)

Ich wünsche den jetzt abwesenden Kollegen im Namen des gesamten Hauses und auch persönlich alles Gute und viel Erfolg für ihre parlamentarischen Aufgaben in der Hoffnung, dass ihnen dies durch Kollegen mitgeteilt wird.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der Fraktion FREIE WÄHLER
"Alle Konzepte liegen auf dem Tisch - wie geht es weiter mit dem G 9 in Bayern?"

Für die heutige Sitzung ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER vorschlagsberechtigt.

Zur Information: In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Auf Wunsch einer Fraktion erhält einer ihrer Redner bis zu zehn Minuten Redezeit. Dies wird auf die Anzahl der Redner der jeweiligen Fraktion angerechnet. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder Gelegenheit, fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Zahl der Redner dieser Fraktion zu sprechen - das nur zur Erinnerung an unsere Regeln.

Jetzt hat als erster Redner Kollege Felbinger von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrter Herr Minister! Das

Thema ist leicht verdauliche Kost heute früh, sollte man meinen. Die Weiterentwicklung des Gymnasiums liegt uns allen am Herzen. Wenn man in den letzten Tagen die Tageszeitungen aufschlug, so stand dort zu lesen in der "Lindauer Zeitung": Lehrer wollen Schülern mehr Zeit lassen, im "Münchner Merkur": G 9 soll der Regelfall werden, die "Augsburger Allgemeine" titelt: Seehofers G-9-Dilemma und die "Nürnberger Nachrichten" sagen gar: Spaenle bekommt Nachhilfe.

(Volkmar Halbleib (SPD): Er sitzt auf der Regierungsbank neben dem Ministerpräsidenten!)

Wenn man das Radio anstellt, dann läuft im Viertelstundentakt auf Bayern 5 das gleiche Thema. Dort behauptet ein zu diesem Thema bisher ideen- und konzeptloser Kultusminister, weil er selbst keine Vorstellung von der Zukunft des Gymnasiums hat: Wer jetzt die Unterschrift leistet zum Volksbegehren der FREIEN WÄHLER, der unterschreibt ein handwerklich schlechtes Konzept, das für Landstandorte gefährlich ist.

Da muss ich schon sagen, Herr Minister Spaenle: Wer wie Sie ein missratenes Flexibilisierungskonzept vorlegt, das lediglich 0,2 % der bayerischen Gymnasiasten wahrnehmen, der ist ein Bruchpilot und eine große Gefahr für die Weiterentwicklung des bayerischen Gymnasiums.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Er legt nicht nur eine Menge Inkompetenz dadurch an den Tag, dass er alle vorliegenden Statistiken missachtet, sondern auch dadurch, dass er unser Konzept gar nicht kennt. Nicht wir FREIEN WÄHLER schaden mit unserem Volksbegehren dem Standort im ländlichen Raum, sondern Sie mit Ihren peinlichen Äußerungen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Gar kein Konzept vorzulegen, andere für sich arbeiten zu lassen und abzuwarten, das ist Arbeitsverweigerung ersten Ranges.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb wollen wir FREIEN WÄHLER heute von Ihnen und von der CSU eine Aussage, ob Sie außer Plattitüden, die sich wie eine Endlosschleife aus dem Sprechautomaten wiederholen wie "eine verbindliche Schulzeit von acht oder neun Jahren für alle Schüler am Gymnasium ist überholt", endlich einmal etwas Neues auf den Tisch legen oder zumindest eine reali-

stische Aussage zur Zukunft des bayerischen Gymnasiums machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und bei Abgeordneten der SPD)

Kollegin Schreyer-Stäblein hat an dieser Stelle letzte Woche noch darauf verwiesen, dass das Konzept der Philologen in der CSU noch nicht bekannt ist und Sie es noch studieren müssten. Meine Damen und Herren von der CSU-Fraktion, dazu hatten Sie jetzt eine Woche Zeit. Deshalb heute die berechtigte Frage, die alle Bürgerinnen und Bürger im Freistaat Bayern interessiert: Hat denn die CSU überhaupt eigene Ideen, oder wollen Sie einfach die Arbeit eines Verbandes übernehmen?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und bei Abgeordneten der SPD)

Wenn ich die Äußerungen des Kollegen Waschler gestern in Bayern 5 zum Maßstab nehme, dann ist bei der CSU nicht nur die Zeit stehen geblieben, sondern Sie leben immer noch in der Stoiber-Ära, in der Vergangenheit, die da heißt: G 8 ist grundlegend in Ordnung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vielleicht sollten Sie öfter mit dem Ministerpräsidenten kommunizieren. Er wird in der Presse zitiert: "Unsere Alternative ist die Fortführung des Ist-Zustandes oder wir legen etwas Neues auf den Tisch". Im Weiteren wird gesagt, das sei eben seine Erfahrung und, so der Ministerpräsident: "Jedes anspruchsvolle Thema beginnt mit einer gewissen Dosis Skepsis." Nach 40 Jahren in der Politik wisse er, dass man mit Skepsis keine Politik machen kann, da müsse man führen.

Herr Ministerpräsident, dann führen Sie doch endlich mal diesen führungslosen Haufen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Karl Freller (CSU): Na, na! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Recht hat er! – Ministerpräsident Horst Seehofer: Sie wären froh, wenn Sie so einen Haufen hätten!)

Wann gedenken Sie denn, endlich die Führung zu übernehmen? Oder ist die Frage längst entschieden, wie in der "Süddeutschen Zeitung" am 27. März steht: "Die Pädagogik der CSU: Wenn Seehofer ,vorurteilsfrei' prüft, steht meist das Ergebnis fest."

Ja, das Innenministerium hat das Ergebnis festgestellt und festgelegt, dass unser Volksbegehren rechtlich zulässig ist. Ich sage und prophezeie Ihnen: Unser Volksbegehren ist der Schlüssel zur Veränderung des Gymnasiums in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): In welche Richtung?)

Neben dem Erfolg unseres Volksbegehrens wird es bald nach Ihren bisher gezeigten Taten und Ihrer Konzeptlosigkeit und Ihrem Herumgeeiere Veränderungen am bayerischen Gymnasium geben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage auch ganz bewusst, wie sie im Detail aussehen; darüber müssen wir parteiübergreifend diskutieren. Neun Jahre für das Gymnasium ist die Richtschnur. Lehrer, Eltern und Schüler wollen das. Ob mit Überspringen oder mit Wahlfreiheit – da sind wir FREIEN WÄHLER offen. Ohnehin werden die Eltern – genauso wie dies jetzt in Baden-Württemberg die Einschreibezahlen an den G 8/G 9-Modellschulen zeigen – mit den Füßen abstimmen; denn dort sind – hört, hört! – an allen ländlichen Standorten null Anmeldungen für das G 8, und alle Schüler wollen nur noch das G 9.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Noch dazu möchte dort die SPD, dass künftig allen Schulen die Wahlfreiheit ermöglicht wird. Ich stelle daher fest: So schlecht kann dieses Wahlfreiheitsmodell nicht sein. Angesichts ihres Positionswechsels wie ich gestern in "Bayern 5" vom Kollegen Güll gehört habe, ist die SPD jetzt für ein reines G 9 und ist vom Gymnasium der zwei Geschwindigkeiten abgekommen - muss sich die SPD die Frage gefallen lassen, warum sie denn unser Volksbegehren nicht unterstützt. Oder wurde etwa bei dem Vier-Augen-Gespräch auf höchster Ebene zwischen Herrn Ministerpräsident Seehofer und dem Fraktionsvorsitzenden Rinderspacher schon großkoalitionär vorgearbeitet

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

und der viel gewünschte Konsens mit einer Oppositionspartei einseitig vorbereitet?

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die sollten mal mit uns reden, nicht nur mit der SPD!)

Meine Damen und Herren, wir brauchen keine Taktikspielchen im Hinterzimmer zwischen ahnungslos und hoffnungslos, sondern wir brauchen eine offene Diskussion um eine vernünftige

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

und für alle am Bildungsprozess Beteiligten zufriedenstellende Lösung für das Gymnasium in Bayern, einen Gymnasialkonsens. Da hilft es auch wenig, wenn ein unkundiger BR-Hörfunkjournalist – übrigens ähnlich wie damals bei der Diskussion um die Studiengebühren, als prophezeit wurde, dass bei deren Abschaffung die Arbeit der Unis zusammenbrechen würde – Stimmung gegen unser Volksbegehren macht.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die Bevölkerung gezielt verunsichern!)

Meine Damen und Herren, keine Experimente. - Ist das die Erfahrung aus dem gescheiterten Flexi-Jahr, Herr Spaenle? – Immerhin gehört das Flexi-Jahr auch zum Ist-Zustand, wie Herr Seehofer festgestellt hat. Dieses Experiment ist schiefgegangen. 520 Schülerinnen und Schüler nahmen es in Anspruch, wie Ihre Pressestelle neulich verlauten ließ. In der Pressemitteilung sind Sie übrigens interessanterweise gar nicht mehr erwähnt. Schämen Sie sich etwa schon für dieses Flexi-Jahr? Das könnte man hier fragen. Es werden aber 8 Millionen Euro für 155 Stellenäquivalente zur Verfügung gestellt.

Anscheinend macht sich die CSU momentan aber mehr Gedanken darüber, wie sie denn die Wiedereinführung des G 9 nennen soll. "Reform" darf es schließlich nicht heißen; denn es wurde ja versprochen: keine Reformen im Schulbereich. Ich habe einen Vorschlag an Sie: Sie übernehmen einfach unser Konzept, nennen es "Weiterentwicklung des Gymnasiums" und erfüllen damit den Wunsch der Eltern, der Lehrer und der Schüler.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich will an dieser Stelle auf die bundesweite Entwicklung verweisen. Niedersachsen hat es zuletzt eingeführt; Nordrhein-Westfalen prüft es neuerdings. Ich verweise auch auf die Zahlen aus Baden-Württemberg, die ich vorhin schon genannt habe. Die Tendenz ist mehr als eindeutig und auch auf Bayern übertragbar. So wird sich auch Bayern verhalten. Machen Sie deswegen endlich transparent, was Sie planen. Holen Sie alle Beteiligten, die mit dem Gymnasium zu tun haben, die Schulfamilie aus Lehrern, Eltern und Schülern, die Lehrerverbände und alle Fraktionen an einen Tisch. Dann wären wir da, wo Ihr Ministerpräsident, wie im "Münchner Merkur" am 27. März 2014 zu lesen war, hin will: Seehofer will Schulfrieden in Bayern. Beenden Sie endlich ihre gymnasiale Lethargie, und legen Sie endlich einmal - auch an Kultusminister Spaenle gerichtet - Ihr Konzept auf den Tisch; denn ein lateinisches Sprichwort sagt: Tempora mutantur, nos et mutamur in illis. Herr Spaenle, Sie wissen das

sicherlich zu übersetzen: Die Zeiten ändern sich, und wir ändern uns mit ihnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, das lateinische Zitat war zwar richtig, aber mit falscher Betonung vorgetragen.

Beifall bei der CSU

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wir haben geschaut, ob ihr es merkt!)

Das nur der Ordnung halber.

Als Nächster hat Herr Kollege Prof. Dr. Waschler von der CSU das Wort. Bitte schön.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Was immer du tust, prüfe es sorgfältig und bedenke das Ende, Herr Kollege Felbinger: Quidquid agis, prudenter agas et respice finem. Was wir hier gerade erleben, hat nicht nur mich erschreckt, Herr Kollege Felbinger,

(Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄH-LERN – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

sondern hat auch eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen und wohl auch die breite Öffentlichkeit erschreckt; denn man muss leider feststellen, dass die Ahnungslosigkeit, die Sie hier zeigen, wohl massiv gerade bei Ihrer Fraktion und bei Ihnen im Besonderen Platz gegriffen hat.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie wissen ja offensichtlich, wovon Sie reden!)

Sie behaupten schon im Thema der Aktuellen Stunde, dass alle Konzepte auf dem Tisch liegen. Sie haben damit etwas unterstellt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann bringen Sie endlich Ihr Konzept!)

- Ich bleibe bei Ihrem Thema; bitte schweifen Sie nicht ab. Wenn Sie bei einem Fehler ertappt werden, dann lassen Sie sich bitte auch darauf hinweisen.

(Beifall bei der CSU)

Es liegen eben nicht alle Konzepte auf dem Tisch. Sie meinen ein Eckpunktepapier des Philologenverbandes. Darin sind Eckpunkte vorhanden, die einer breiten Diskussion bedürfen. Diese Diskussion wird längst geführt. Herr Kollege Felbinger, ich darf auch etwas feststellen. – Warum sind Sie denn so aufgeregt? Nehmen Sie doch in dieser Morgenstunde mit,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie verderben uns den Morgen schon, Herr Waschler!)

dass es, auch wenn wir über dieses Thema diskutieren, kein G 8 und kein G 9 für alle gibt. Wenn wir über Flexibilisierung reden, wollen wir dies bitte auch gediegen und in aller Ruhe und Gelassenheit tun.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Mit dem Flexi-Jahr gediegen!)

Am meisten hat mich erschreckt, dass Sie behaupten, dass das Volksbegehren der FREIEN WÄHLER – ich zitiere – ein Schlüssel zur Veränderung am bayerischen Gymnasium ist.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Natürlich!)

Ich werde Ihnen aufzeigen, dass dies wirklich zum Erschrecken ist. Sie sagen, das G 9 ist die Richtschnur für weitere Überlegungen. Das mag Ihr Ansatz sein. Wir müssen aber auch die Erfolge des G 8 bedenken, wenn wir ergebnisoffen in eine gute Richtung steuern wollen.

Sie sagen, am Horizont wäre eine Bruchlandung zu sehen, Herr Kollege Felbinger.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die hat schon stattgefunden!)

- Herr Kollege Aiwanger, seien Sie nicht so aufgeregt. Eine Bruchlandung kann Ihnen mit Ihrem Volksbegehren sehr wohl passieren. Das werde ich jetzt aufzeigen. Kollege Felbinger unterstellt Ahnungslosigkeit. Ich darf Sie nur auf folgende Punkte hinweisen und auch begründen, warum wir das Volksbegehren der FREIEN WÄHLER ablehnen. Wir lehnen es aufgrund schwerer handwerklicher und pädagogischer Fehler ab.

(Beifall bei der CSU)

Diese von Ihnen unterstellten segensreichen Parallelangebote, die Wahlfreiheit von G 8 und G 9 – sehen Sie sich die kleineren Gymnasien, vor allem die ländlichen an –

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Hören Sie doch mit dem Schmarrn auf!)

werden an vielen Orten schlicht unmöglich sein.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die müssen nicht; die können!)

Herr Kollege Piazolo, ich bin schon gespannt, wie Sie das als Großstadtabgeordneter ihren Kolleginnen und Kollegen im ländlichen Raum erklären. Ich denke an das Geburtstagskind Alexander Muthmann, der dann im Freyunger Raum erklären muss, warum das eine oder andere an Qualität wegfallen und welche Richtung eingeschlagen wird. Ich kann dazu nur sagen: Dieses Volksbegehren ist ein Muster der Ahnungslosigkeit. Ihr seid die Totengräber der kleinen Gymnasien und der Schulen im ländlichen Raum!

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie mir schon nicht glauben, dann weise ich Sie auf ein Zitat hin, das der Pressemitteilung des Bayerischen Philologenverbands vom 26. März 2014 entnommen ist. Darin sagt Heinz-Peter Meidinger, der Vorsitzende des Deutschen Philologenverbands – ich zitiere -:

Auch die Parallelführung von G8-und G9-Zügen an einzelnen Schulen bzw. innerhalb einer Schule wie z. B. in Baden-Württemberg oder Hessen ist keine Option. Sie führt zu Ungleichheit, Unübersichtlichkeit, organisatorischen Problemen und der Konkurrenz zwischen Gymnasien. Für Familien bedeutet sie eingeschränkte Mobilität.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann machen Sie halt nur G 9!)

- Herr Kollege Aiwanger, das tut natürlich weh, wenn man Initiator eines solchen Volksbegehrens ist. Herr Meidinger hat recht: Ungleichheit, Unübersichtlichkeit und organisatorische Probleme. Das wollen die FREI-EN WÄHLER in bayerischen Gymnasien den Eltern, den Schülern und den Lehrern mit ihrem Volksbegehren zumuten.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Red' keinen Scheiß!)

- Herr Kollege Aiwanger, dieses Wort, das mit "Sch" beginnt und das Gott sei Dank nicht alle gehört haben, würde ich im Parlament, gerade in einer Bildungsdebatte, lieber nicht in den Mund nehmen.

Herr Kollege Piazolo, an Sie gewandt: Ich habe mich mit Ihrer Internetseite beschäftigt. Dort steht – ich zitiere -:

Nach unserer Vorstellung soll es aber auch mehr Rechte für Schüler, Eltern und Lehrer zur Gestaltung der Schulfamilie geben. Unser Konzept stärkt die Rechte von Schülern, Eltern und Lehrern vor Ort und schwächt einzig die Zentralmacht des Ministeriums.

Das kann jeder nachlesen. Noch gestern stand es im Internet.

Ich stelle fest, Herr Kollege Piazolo: Entweder kennen Sie den Inhalt des eigenen Volksbegehrens nicht, oder Sie wollen den Menschen Sand in die Augen streuen. Nach Ihrem Konzept entscheidet nämlich über den weiteren Bildungsgang, ob achtjährig oder neunjährig, das Schulforum und nicht der einzelne Schüler oder ein einzelner Elternteil, keinesfalls entscheiden die Lehrer in ihrer Gesamtheit.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sie haben das Konzept überhaupt noch nicht richtig gelesen! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Damit entscheidet ein schulisches Gremium über wesentliche strukturelle Änderungen an der Schule, und zwar weit über die Amtszeit der Mitglieder des Schulforums hinaus. Die Wahl des Schulforums als Entscheidungsträger im Konzept Ihres Volksbegehrens ist in diesem Sinne fragwürdig. Das Konzept eröffnet nämlich keinesfalls dem einzelnen Schüler eine vermehrte Wahlfreiheit, sondern beschränkt diese vielmehr. Auch das muss man den Menschen sagen. Entweder stimmt Ihre Interpretation des eigenen Volksbegehrens nicht, oder, Herr Kollege Piazolo, Sie müssen Ihre Internetseite ändern, weil sie noch immer auf Landtagswahlkampf 2013 getrimmt ist.

(Beifall bei der CSU)

Zum Weiteren: Die Umsetzung des Konzepts bedeutet außerdem eine faktische Beschränkung des derzeit bestehenden Spektrums an Wahlmöglichkeiten an den Gymnasien in Bayern.

(Zuruf des Abgeordneten Günther Felbinger (FREIE WÄHLER))

- Herr Kollege Felbinger, hören Sie doch zu! - Sie haben eine Kostenneutralität unterstellt. Das erfordert, wenn man Parallelzüge fahren muss, logischerweise eine Einschränkung der bisherigen Profilbildung in der bayerischen Gymnasiallandschaft.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie haben noch drei Minuten, Ihr Konzept vorzustellen, Herr Waschler!)

Auch das müssen Sie den Menschen sagen.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Aiwanger, Ihre Zwischenrufe gehen allmählich an die Grenze dessen, was erträglich ist.

(Beifall bei der CSU)

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Ihr Konzept des Volksbegehrens bedeutet automatisch eine Qualitätseinbuße des Gymnasiums in Bayern, weil Parallelführungen von G 8 und G 9 auf Kosten der individuellen Lernzeit und der Flexibilisierung, also von Errungenschaften des G 8, gehen. Das kann doch nicht wirklich Ihre Absicht sein.

Eine weitere Frage kann ich auch Ihnen, Herr Kollege Aiwanger, nicht ersparen. Sie müssen sich in diesem Zusammenhang eine Frage zur Zukunft des Gymnasiums insgesamt stellen lassen: Wollen Sie etwa die Absenkung unseres hochwertigen bayerischen Gymnasiums zu einer Gemeinschaftsschule für jedermann auf niedrigerem Anspruchsniveau und mit deutlich höheren Übertrittszahlen als bisher? Ihnen ist doch sicherlich bekannt, dass dies einen massiven Aderlass bei den Realschulen und besonders bei den Mittelschulen zur Folge hätte. Dies würde unserem bewährten dualen System der beruflichen Bildung insgesamt schaden. Das kann doch nicht wirklich Ihr Ziel sein; denn das duale System, für das wir europaweit bewundert werden, darf nicht ausgehebelt werden, auch nicht durch Ihr Volksbegehren.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie meinen, dass wir hier in der Aktuellen Stunde nur ein Wortgeplänkel machen, dann schauen Sie doch einmal in die vielen von der SPD und von den Grünen regierten Länder, in denen man die Hauptschule systematisch zu einer Restschule gemacht, die berufliche Ausbildung abgewertet und einseitig den Weg zur wissenschaftlich orientierten Bildung über das Gymnasium durch Senkung des Niveaus bei massiver Steigerung der Übertrittsquoten versucht hat. Das können Sie doch nicht wollen.

Im Gegensatz dazu hat Bayern mit einer attraktiven Mittelschule die berufliche Bildung als echte und hoch anerkannte Bildungsmöglichkeit eröffnet. Damit wird der gesamte Bereich des Mittelstands mit den Facharbeiterinnen und Facharbeitern, den Meisterinnen und Meistern in allen Berufszweigen unterstützt. Das war bisher der richtige Weg, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Wir bekennen uns ausdrücklich zur Qualität des bayerischen gegliederten Bildungswesens. Die Umsetzung des Volksbegehrens würde diesem Weg entgegenlaufen.

Ich sage Ihnen: Bei uns gibt es keine unüberlegten Schnellschüsse. Wir sind offen für weitere Qualitätsverbesserungen am Gymnasium.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER) – Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Dies setzt einen ergebnisoffenen Dialog voraus, den wir in aller Ruhe führen müssen und werden. Deshalb brauchen wir eine eingehende Prüfung vorgelegter Eckpunkte. Auf diesem Weg wünschen wir uns auch die Begleitung der Opposition, auch wenn es wehtut. Das Volksbegehren lehnen wir ab.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Martin Güll von der SPD-Fraktion das Wort. Nur ein kleiner Hinweis: Es ist nicht gestattet, dass von der Regierungsbank Gespräche mit Abgeordneten geführt werden. - Herr Kollege Güll, Sie haben das Wort.

Martin Güll (SPD): Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wo Sie zu dieser Morgenstunde schon die Energie hernehmen, das wundert mich richtig. Sie sind schon um 09.27 Uhr so aufgebracht. Wir schauen einmal, ob wir das vielleicht ein bisschen anders hinbekommen.

Herr Professor Dr. Waschler, wenn man nicht mehr weiterweiß, gründet man einen Arbeitskreis oder erzählt sein Wahlprogramm. Dann braucht man seine eigenen Konzepte hier nicht vorzulegen.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄH-LERN)

In der Tat: Das Konzept, auf das wir warten, fehlt. Es wäre wirklich spannend zu erfahren, ob man auch im Kultusministerium denkt oder ob man das Denken den Verbänden überlässt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Outsourcen!)

Von der CSU-Fraktion erwarte ich ja gar nicht, dass Sie denken, aber vielleicht vom Kultusministerium.

Ich darf nur daran erinnern: 2004 hat man keine pädagogische Reform gemacht. 2004 hat man eine rein fiskal-ökonomische Reform oder Umsteuerung gemacht. Deshalb – auch daran darf man erinnern – gab es 2004 niemanden in der Schulfamilie, der diese Verkürzung befürwortet hat - niemanden, keine Elternverbände, keine Eltern, keine Schüler, keine Lehrerverbände, die SPD und die anderen Oppositionsparteien logischerweise auch nicht. Der Grund ist ganz einfach: Es gab keine pädagogische Begründung dafür. Man wusste nicht, warum Stoiber das machen wollte.

(Inge Aures (SPD): Das wusste er selber nicht!)

- Er wusste es selber nicht und seine damalige Kultusministerin auch nicht.

In der Zeit zwischen 2004 und 2010 galt das Motto: Wenn es schon eingeführt ist, dann machen wir das Beste daraus. – Dann hat man versucht, das Ding irgendwie am Leben zu halten. Mehr war das nicht. Dann gab es noch immer kein Konzept, noch immer keine klare Ansage: Warum muss man gymnasiale Bildung in acht und nicht in neun Jahren machen?

Anschließend gab es Nachsteuerungen. Was hat uns der Herr Minister im Ausschuss dankenswerterweise nicht alles über Monitoring erzählt: nachgesteuert, 1:1-Bewertung, schriftlich. Am Schluss gipfelte das Ganze in dem Flexi-Jahr, das niemand will.

Die Antragspakete, die wir als Opposition und natürlich auch die anderen gemacht haben, wurden wohl diskutiert, aber immer abgelehnt. Der Grund war ganz einfach: Man hat nicht wirklich hingehört, was das Problem dieser Änderung war. Es ist nämlich tatsächlich eine Belastung entstanden, die man durch Ihre Reformschritte oder Ihre Umstellung nicht wirklich aufheben konnte. Die Eltern kamen nicht zur Ruhe, und auch die Schüler sowie die Lehrer kamen nicht zur Ruhe. Im Gegenteil: Die Ablehnung des G 8 wuchs.

Wir haben heute die Situation, dass 50 % der Schüler, die eigentlich fürs Gymnasium geeignet sind, auf die Realschule gehen. Das muss einem doch zu denken geben. Da müssen wir doch nachschauen. - Dann kam eine Qualitätsdebatte. Man sagte uns: Das, was hier an Abitur gemacht wird, ist nicht die Reifeprüfung; das stimmt alles nicht mehr. Bildung braucht Zeit, sagen uns alle Experten, die offensichtlich etwas davon verstehen.

Dann kam das Jahr 2012, der Vorwahlkampf, wenn Sie so wollen. Was hat Christian Ude mit seiner Aussage in Berlin gemacht? Vielleicht war das nur so dahingesagt, aber er hat folgende Situation ausgelöst: Wir müssen reagieren; wir brauchen ein Wahlrecht. Wir brauchen ein Gymnasium der zwei Geschwindigkeiten, so wie es die SPD-Fraktion gefordert hat. Was haben die FREIEN WÄHLER gemacht? Sie haben gedacht, das ist ein gutes Wahlkampfthema, da machen wir gleich ein Volksbegehren draus. – Das war auch ohne Konzept, aber der Druck im Kessel war da. Das Thema hat Fahrt aufgenommen. Wir wussten, dieses Thema kann niemand mehr einpacken. Tatsächlich ist es ja auch so.

Siehe da: Kaum ist die Wahl im Herbst 2013 vorbei – bis dahin waren auch all die Unterstützer der CSU-Linie, also Philologenverband, LEV, auf Linie -, packen die ihre alten Bedenken wieder aus. Philologenverband Amberg im Dezember: Wir sind fürs G 9!

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Den Grund dafür müssen die Philologen selber erklären. Aber es ist wohl auch klar, dass den Philologen nicht entgangen war, dass auch ihre eigenen Mitglieder in der Schule – vielleicht nicht die Verbandsführung ganz oben – mit dem G 8 nicht mehr weitermachen wollten: Die Umstellung ist sozusagen in der Mache.

Nahezu niemand mehr in der pädagogischen Familie – vielleicht können wir die LEV ausnehmen, deren Mitglieder wohl noch nicht genau wissen, wo sie hinwollen – will am G 8 festhalten.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

- Na gut, Herr Aiwanger, ich zähle Herrn Professor Waschler nicht unbedingt zur Schulfamilie.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ach so, ja, natürlich!)

- Ich habe ganz bewusst gesagt: Niemand mehr in der pädagogischen Familie will daran festhalten, weil es wirklich keine pädagogischen Gründe dafür gibt, Schul- und Bildungszeit zu verkürzen. Nein, es gibt vielmehr sehr gute, nachvollziehbare Gründe, warum man Bildungsprozesse entschleunigen und nicht beschleunigen muss, warum man Zeit für Bildung geben und nicht nehmen muss. Es wurde einmal so ausgedrückt: Man kann schon Bildung reinstopfen, aber sie muss halt auch reifen können. Das ist im Moment nicht mehr der Fall.

Und nun, liebe CSU, kommt es zum Schwur. Was machen wir jetzt? Es ist verdammt hart - das weiß ich auch -, so einen Fehler einzugestehen, den Sie gar nicht einmal verantworten müssen, Sie auch nicht, Herr Ministerpräsident.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Das wird alles gut! – Heiterkeit)

Also, es ist wirklich das Problem, dass Sie den Fehler eingestehen müssen. Das macht man in der Politik nicht. Dafür habe ich Verständnis. Aber Sie werden nicht darum herumkommen, jetzt einmal hier in diesem Hohen Haus eine klare Ansage zu machen, wie es weitergeht.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄH-LERN)

Die da oben, also diese zig Medienvertreter, werden Sie so lange fragen, wie Sie zu G 9 oder zu dieser Entwicklung stehen, Herr Ministerpräsident, bis Sie irgendwann einmal das Feld abräumen. Das ist jetzt die große Frage. Sie haben so viel Wahlkampf ge-

macht. Jetzt wäre es mir fast lieber, wenn Sie, Herr Ministerpräsident, das in Ihrem eigenen Interesse vorher so regeln. Sonst müssen wir wieder die ganzen Plakatständer hinaustragen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den FREI-EN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

- Gemach, Herr Kreuzer. Ich habe noch ein paar Minuten Redezeit. Ich wollte es ja gerade sagen, Herr Kreuzer: Die FREIEN WÄHLER müssen natürlich auch erkennen, dass sie eigentlich ein totes Pferd reiten.

(Beifall bei der SPD – Unruhe)

weil sie das, was sie in ihrem Gesetzentwurf schreiben, eigentlich gar nicht mehr wollen; denn sie wollen eigentlich gar kein Wahlrecht, sondern sie wollen das neunjährige Gymnasium. Das ist jetzt blöd, dass das so im Gesetzentwurf steht. Deswegen können wir da auch nicht mitmachen; denn Wahlrecht zwischen G 8 und G 9 besagt, dass in Artikel 9 – das stimmt doch, Herr Staatssekretär? – stehen müsste, dass das Gymnasium acht Jahre oder neun Jahre dauert.

(Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Wie steht es bei Ihnen im Wahlprogramm der SPD?)

- Sie warten darauf; darf ich das sagen? Wir haben im Wahlprogramm der SPD – das räume ich ein - das Gymnasium der zwei Geschwindigkeiten mit der klaren Ansage gehabt: G 8 im gebundenen Ganztag wie in Rheinland-Pfalz, die anderen im G 9.

(Unruhe)

Das ist doch eine ganz klare Ansage. Jetzt wissen wir, dass das G 8 im gebundenen Ganztag in Bayern schwer umzusetzen ist, weil es keine Infrastruktur dafür gibt, weil Sie den Ausbau der gebundenen Ganztagsklassen ablehnen. Deshalb gibt es auch für uns keinen Grund mehr, unsere ursprüngliche Einschätzung beizubehalten, neun Jahre seien die bessere Zeit, sondern es ist erneut zu prüfen, ob es zweckmäßig ist, zu einer neunjährigen Grundform zurückzukehren und das im Gesetz auch so festzuschreiben. Das muss noch durch unsere Gremien gehen, das ist ganz klar, aber diese Entwicklung zeichnet sich ab nach den vielen Gesprächen, die wir haben.

Da, Herr Ministerpräsident, kommen Sie nicht heraus. Sie müssen einen Gesetzentwurf vorlegen, in dem in Artikel 9 eine klare Ansage gemacht wird, ob da acht Jahre drinbleiben oder ob da in Zukunft neun Jahre hineinkommen. Alles andere ist wieder Murks, alles andere ist wieder Rumgeeiere. Wenn das einmal im Gesetz steht, dann setzen wir uns zusammen. Ihr Angebot, Herr Professor Dr. Waschler, nehme ich dann gern an. Wir sind selbstverständlich bereit, an der inhaltlichen Ausgestaltung des Gymnasiums mitzuarbeiten. Das ist klar.

Das muss jetzt zügig passieren, weil wir nicht mehr warten können, bis diese Umsteuerung passiert, weil die Schülerinnen und Schüler jetzt eine Entlastung brauchen und nicht erst in drei oder vier Jahren.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin zuversichtlich, dass wir das Volksbegehren der FREIEN WÄHLER nicht brauchen und dass die Einsicht kommt, dass man da umsteuern muss. Wir werden den Druck über den parlamentarischen Weg erhöhen. Wir werden beim Volksbegehren nicht mitmachen, weil es keinen Sinn macht, ein totes Pferd zu reiten.

(Anhaltende Unruhe)

Deshalb lade ich Sie ein, diesen Diskurs zu führen und in die konkrete Umsetzung des G 9 zu gehen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Güll. Als Nächster hat Kollege Thomas Gehring vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben draußen in der pädagogischen Familie eine breite Diskussion über das Gymnasium. Hier drin haben wir noch eine etwas verengte Diskussion über die Zukunft des Gymnasiums. Wir reden zwar viel über Strukturen, wir reden über Dauer, aber wir reden zu wenig über die Schülerinnen und Schüler. Ich finde, über sie müssen wir mehr reden; denn um sie geht es bei Schule eigentlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie schaffen wir eine Schule, in der Schülerinnen und Schüler gut und nachhaltig lernen können und in der vor allem auch Raum und Zeit zur Persönlichkeitsentwicklung ist – Zeit, Begleitung, vielleicht auch Reibepunkte, um die Persönlichkeit entwickeln zu können?

In dieser breiten Diskussion über die Zukunft des Gymnasiums, die wir draußen haben und die durchaus auch durch das beginnende Volksbegehren entstanden ist, finden wir viele unterschiedliche Modelle.

Aber wir finden auch Gemeinsamkeiten in der Einforderung von pädagogischen Reformen an der Schule. Die Philologen sprechen von der hohen Belastung in der Mittelstufe. Der Landeselternverband spricht vom Wohl des Kindes und davon, dass Freude an der Schule gestärkt und lang anhaltendes Wissen vermittelt werden soll. Die GEW sagt, die Schule müsse als Lern- und Lebensort gestärkt werden, nicht die Dauer sei entscheidend. Der BLLV spricht von Neuausrichtung auf nachhaltiges und verständnisorientiertes Lernen. Die Gymnasialeltern fordern Teamarbeit, Empathie, musische und sportliche Bildung. Alle wollen keine Rückkehr zum alten G 9. Auch das muss klar sein und gesagt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Anforderungen an das Gymnasium sind gestiegen. Die Heterogenität hat zugenommen. Herr Waschler, die Übertrittsquoten sind gestiegen. Ob sie weiter steigen, wissen wir nicht, aber wir müssen davon ausgehen, dass die Anforderungen größer werden und dass wir tatsächlich über das Gymnasium des 21. Jahrhunderts nachdenken und Vorschläge machen müssen.

Viele Fragen sind heute noch nicht geklärt, zum Beispiel Fragen der zweiten Fremdsprache, der Lehrpläne, der Verbesserung des Unterrichts, der Fächerdichte und der Weiterentwicklung der neuen Oberstufe.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Warum da nicht ein Volksbegehren machen?)

- Lieber Kollege Aiwanger, genau das ist das Problem des Volksbegehrens, und das ist das Problem, über das wir eine Diskussion brauchen. Das Thema ist: Wie soll das Gymnasium ausschauen? Es gibt eine breite Diskussion. Leider hören wir nichts von der CSU. Lieber Kollege Waschler, ein abgelesenes lateinisches Zitat ist noch kein Bildungskonzept.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist nicht einmal ein Bildungsbeweis!)

Von Ihnen ist kein Satz zu den Fragen gekommen, wie es weitergehen soll und wie das Gymnasium der Zukunft aussehen soll. Sie haben nichts dazu gesagt, ob es in der CSU irgendwelche Überlegungen über eine Neuausrichtung oder eine Weiterentwicklung des Gymnasiums gibt. Zur Aussage, die CSU ist die Herzkammer der Macht, sage ich: Die CSU ist allenfalls die Nasennebenhöhle, und diese ist noch verstopft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich verstehe natürlich Ihr Dilemma. Der Ministerpräsident hat gesagt: keine Reform. Der Fraktionsvorsitzende spricht von einem Gelübde auf Ruhe. Aber die Politik braucht die Debatte und die produktive Unruhe. Wenn sich das Gymnasium weiterentwickeln soll, braucht es auch die Diskussion darüber, damit es dann auf Kurs kommt und in Ruhe weiterentwickelt werden kann. Diese Diskussion müssen wir jetzt führen. Das Volksbegehren der FREIEN WÄHLER bietet uns die Chance, diese Diskussion jetzt zu führen und zu einer neuen Politik zu kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄH-LERN)

Mit dem Volksbegehren werden zwar die richtigen Fragen gestellt, aber die Antworten passen nicht. Deswegen müssen wir hier drinnen die richtigen Antworten finden. Aber leider kommt von der Staatsregierung und von der CSU nichts.

Wir werden den Dringlichkeitsantrag stellen, dass wir die Diskussion in den Ausschuss ziehen und zumindest eine Anhörung durchführen. Wir haben jetzt ein Zeitfenster, um die Diskussion zu führen und zu überlegen, wie es mit dem Gymnasium weitergeht. Wir haben konzeptionelle Vorschläge. Wir brauchen vor allem eine Veränderung in der Mittelstufe. Das muss insbesondere eine pädagogische Veränderung des Unterrichts und des Lehrplans sein. Wir haben eine Oberstufe im eigenen Takt und im Kurssystem vorgeschlagen. Das ist ein Vorschlag. Wir warten auf Ihre Vorschläge. Es ist notwendig, dass wir anschließend eine Lösung in einem breiten Konsens finden. Wenn dabei das Volksbegehren der FREIEN WÄHLER Druck macht, ist es umso besser; denn ohne Druck passiert in der Politik nichts. Aber es braucht auch eine breite Debatte, Unruhe und schnelle Entscheidungen. Wir müssen die Debatte jetzt führen, und wir fordern, sie hier im Landtag zu führen. Wenn Sie das nicht tun, beantragen wir eine Anhörung im Ausschuss, um dann weitere Schritte machen zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächster hat der Kollege Otto Lederer von der Christlich Sozialen Union das Wort.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Die CSU ist ganz stumm geworden! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die schauen die Stundentafel an, wie sie es doch hinkriegen könnten!)

Otto Lederer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kollegin-

nen und Kollegen! Alle Konzepte auf den Tisch - eigentlich müsste man dahinter ein Fragezeichen setzen. Aber wir können uns das Konzept der FREIEN WÄHLER gern einmal genauer anschauen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Schauen Sie einmal Ihres an!)

Weder die SPD noch die Fraktion der GRÜNEN noch die CSU unterstützt dieses Konzept. Herr Felbinger, Sie haben gesagt, es handle sich um den Wunsch der Schüler, der Eltern und der Lehrer. Aber mir ist kein namhafter Verband bekannt, der dieses Konzept unterstützt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Der Philologenverband!)

Das ist auch kein Wunder.

(Beifall bei der CSU – Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten – Thomas Kreuzer (CSU): Der Aiwanger ist nervös! – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Lederer! - Herr Aiwanger, wenn das noch einmal vorkommt, muss ich Sie verwarnen. So kann es nicht weitergehen, dass Sie ständig dazwischenquatschen.

(Beifall bei der CSU)

Zwischenrufe sind erlaubt. Aber wenn man die Debatte hier im Haus so konsequent zu stören versucht, verstößt das gegen die Geschäftsordnung. Das sage ich Ihnen klipp und klar.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Das ist die Leidenschaft!)

Bitte schön, Herr Kollege Lederer, Sie haben das Wort.

Otto Lederer (CSU): Ich möchte nur noch darauf hinweisen, dass selbst den Mitgliedern der FREIEN WÄHLER von den Direktoren draußen zugetragen wird, dass ihr Konzept die Gymnasien im ländlichen Raum gefährdet. Es handelt sich auch nicht um eine echte individuelle Wahlfreiheit der einzelnen Schüler. Vielmehr entscheidet ein Schulforum über G 8, G 9 oder Parallelbetrieb. Die Individuelle Förderung soll bei Ihrem Konzept gestrichen werden. Das ist aber etwas, was sehr sinnvoll ist.

Alle Konzepte auf den Tisch? – Es gibt auch ein Eckpunktepapier des Bayerischen Philologenverbands. Es unterscheidet sich aber sehr stark vom dem, was die FREIEN WÄHLER vorlegen, und ist damit nicht vereinbar. Ich darf eine Pressemeldung des Philologenverbandes von der letzten Woche auszugsweise zitieren: " ... die Parallelführung von G-8- und G-9-Zügen an einzelnen Schulen beziehungsweise innerhalb einer Schule ... ist keine Option." Dennoch haben Sie letzte Woche einen Dringlichkeitsantrag gestellt, in dem Sie die Staatsregierung auffordern, den Vorschlägen der FREIEN WÄHLER und des Philologenverbands zu folgen. Die zwei Dinge gehen überhaupt nicht zusammen. Das ist gar nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei der CSU)

Sie müssen sich zunächst einmal eindringlich mit Ihrem Konzept und mit den Konzepten anderer Verbände beschäftigen. Manchmal reicht es eben nicht, wenn man sich nur aus der Presse informiert.

(Beifall bei der CSU)

Herr Güll, im Sommer 2012 haben Sie noch gesagt: Die Schüler und Lehrkräfte in den Gymnasien brauchen mehr Ruhe und pädagogische Neuorientierung,

(Volkmar Halbleib (SPD): Ja!)

aber kein unsinniges zusätzliches Schuljahr. Das wollte ich nur kurz in Erinnerung rufen.

(Beifall bei der CSU)

Was will die CSU?

(Volkmar Halbleib (SPD): Jetzt sind wir gespannt! Ruhe im Saal!)

Wir wollen eine qualitätsorientierte Weiterentwicklung auf der Grundlage des bisher Erreichten. Wir wollen weiterhin Individualisierungsstunden.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Das wollen wir auch!)

- Nein, das wollen Sie nicht. Sie schaffen das ab, um Ihr Konzept zu finanzieren. Genau so läuft es.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen eine individuelle Lernzeit. Wir wollen die integrierte Lehrerreserve. Wir wollen das, weil unsere Rezepte mit dazu beigetragen haben, dass die Übertrittsquote gestiegen ist, das Gymnasium also Akzeptanz erfahren hat, der Unterrichtsausfall gesenkt werden konnte, die Quote der Pflichtwiederholer gesenkt werden konnte und die Abgangsquote verringert werden konnte. Der Landesdurchschnitt beim Abitur ist mit 2,33 besser als der beim letzten G 9. Ein Drittel der Abiturienten hat einen Schnitt zwischen 1,0 und

2,0. Das sind doch Erfolge, und auf diesen Erfolgen sollten wir aufbauen.

(Beifall bei der CSU)

Das sagt nicht nur die CSU, sondern auch der Bayerische Direktorenverband. Ich darf hier aus einem Schreiben von vor 14 Tagen zitieren: Genau zu achten ist darauf, dass bisherige Errungenschaften des achtjährigen Gymnasiums, die Intensivierungsstunden, die Möglichkeit zur individuellen Förderung und die integrierte Lehrerreserve erhalten bleiben. - Darauf wollen wir aufbauen.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb wollen wir zunächst Gespräche mit allen Verbänden – natürlich auch mit den Schülerverbänden, Herr Gehring – und mit Fachleuten führen. Wir wollen auf keinen Fall einen Schnellschuss, sondern ein strukturiertes und sorgfältiges Vorgehen. In diesem Sinne sollten wir alle für eine weitere Optimierung des bayerischen Gymnasiums arbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächste hat die Kollegin Kerstin Schreyer-Stäblein von der CSU das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe der Debatte jetzt interessiert zugehört. Wir hatten dieses Thema schon letzte Woche, Herr Güll. Deswegen kann ich gut verstehen, dass Sie fragen: Warum ist man schon in der Frühe so aufgeregt? Das liegt daran, dass Sie letzte Woche nicht teilnehmen konnten. Wenn Sie noch einmal das Gleiche hören, erklärt es sich von alleine, warum die Debatte so aufgeregt ist.

Wenn man nachsieht, ist es noch spannender. Wir hatten letzte Woche den Antrag der FREIEN WÄH-LER, das Konzept der Philologen zu übernehmen. Wir haben gestern mit den Philologen gesprochen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich auch!)

Ich hatte ja Herrn Professor Piazolo versprochen, dass wir uns da schlaumachen. Wir haben die Philologen gefragt, ob es ein Konzept gibt. Die Philologen sagen deutlich, sie haben ein Eckpunktepapier. Das ist ein Denkanstoß. Wir haben gefragt, ob das schon Gesetzesreife hat, und die Antwort war klar Nein. Wir haben gefragt, wie weit es mit dem Begehren der FREIEN WÄHLER in Deckung zu bringen ist. Das sei etwas völlig anderes.

(Zuruf des Abgeordneten Günther Felbinger (FREIE WÄHLER) – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

- Entspannen Sie sich einfach! Es ist ein Unterschied, ob ich Eckpunkte als Denkanstoß für die Diskussion habe oder ob ich ein Konzept habe, bei dem ich die Hand hebe, weil wir es beschließen können. Insofern ist es ein großer Unterschied.

(Zuruf des Abgeordneten Günther Felbinger (FREIE WÄHLER))

Herr Professor Piazolo, es ist sehr schade, dass Sie das vermutlich gewusst haben. Ich schätze Sie sehr als Kollegen, weil Sie in der Lage sind, Dinge in der Tiefe zu erfassen. Genau deswegen kann ich nicht nachvollziehen, wieso Sie sich in einem Plenum hinstellen und sagen, wir sollen ein Konzept beschließen, das es gar nicht gibt. Entweder Sie wussten es nicht besser, was ich nicht glaube, oder Sie haben uns bewusst hinters Licht geführt und gesagt, wir sollen etwas beschließen, was es nicht gibt.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sie brauchen hier keine Wortklauberei betreiben!)

So geht es nicht miteinander!

(Beifall bei der CSU – Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sie sollen uns hier Ihr Konzept präsentieren!)

Mit Verlaub, die Ereignisse letzte Woche waren unter Ihrer Würde. Das hat etwas mit Schmierentheater zu tun. So wollen wir nicht miteinander arbeiten.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Selber Schmierentheater!)

Dafür sind uns unsere Kinder zu schade. Wir wollen miteinander schauen, wie es richtig geht.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen uns das anschauen und überlegen, was das Ziel der FREIEN WÄHLER war. Da haben wir zwei Möglichkeiten. Es ist verständlich, dass die FREIEN WÄHLER ihre Klientel bedienen, Stimmung erzeugen und ihre Partei stabilisieren wollen.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Im städtischen Bereich in München haben wir eher die Frage eines Artenschutzprogrammes. Vielleicht kann Marcel Huber darauf in irgendeiner Form reagieren, weil dort die FREIEN WÄHLER nicht greifen. In ländlichen Gebieten sagen die FREIEN WÄHLER

immer: Wir sind der Anwalt der Bürger. Ein Anwalt, der ein Mandat für den ländlichen Raum übernimmt und sich dann dafür einsetzt, dass wir weniger Wahlfreiheit haben, dass die Schüler gegebenenfalls weitere Wege haben und dass die Gymnasien vor Ort verschwinden, hat – das sage ich Ihnen ganz ehrlich - an dieser Stelle Mandantenverrat betrieben. Da muss ich Ihnen ehrlich sagen: So geht es nicht!

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

Wir werden genau so handeln, wie es sowohl der Ministerpräsident als auch der Fraktionsvorsitzende beschrieben haben: Wir werden mit allen reden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Auch mit uns?)

Unsere Schüler sind es uns wert, dass wir die Qualität vor die Geschwindigkeit setzen. Sie können nicht einfach etwas hektisch umswitchen.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sie sind jetzt die dritte Rednerin, die nichts sagt!)

Wir werden miteinander in Ruhe Konzepte erarbeiten. Ich bin sehr dankbar für die Anregungen aller Lehrerund Elternverbände.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir werden uns von Ihnen nicht treiben lassen.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Die Bürger werden Sie treiben!)

Die Kinder haben es verdient, dass wir uns im ländlichen Raum, im städtischen Raum und in ganz Bayern einsetzen. Und das wird die CSU-Fraktion tun.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Grandioser Auftritt!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. Als Nächster hat nun der Herr Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

(Volkmar Halbleib (SPD): Jetzt kommt der Höhepunkt!)

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Das bayerische Gymnasium ist eine starke Schulart. Lassen Sie uns die Frage in den Mittelpunkt stellen, wie das bayerische Gymnasium im Jahr 2014 aussieht. 40 % eines Jahrgangs besuchen in Bayern als weiterführende Schule das Gymnasium. Das ist der höchste

Anteil aller weiterführenden Schularten. Ich glaube, in der Analyse sind sich alle, die sich politisch, fachlich oder in beiderlei Hinsicht mit dem Gymnasium beschäftigen, einig. Zumindest kenne ich keine andere Aussage. 40 % eines Jahrgangs besuchen das Gymnasium, und das gilt bundesweit in ähnlicher Form. Dazu hat der renommierte Bildungsforscher Herr Professor Baumert der Kultusministerkonferenz vor einem Jahr genau die Analyse gegeben, die wir alle teilen,

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): In Niederbayern sind es 28 %!)

nämlich dass die größte Herausforderung für das Gymnasium in der Heterogenität seiner Schülerschaft liegt. Wenn ein größerer Anteil eines Jahrgangs als je zuvor das Gymnasium besucht,

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

wenn die Schülerschaft aus Familien, die keine eigene gymnasiale oder akademische Schulerfahrung haben, zunimmt und dann auch in der Begabungsverteilung einen größeren Anteil am Gymnasium darstellt, ist auch das eine besondere Herausforderung für das Gymnasium. Wenn der Anteil der Schüler etwa aus Familien mit Zuwanderungshintergrund immer noch zu wenig, aber deutlich zugenommen hat, dann stellt dies das Gymnasium vor zentrale Herausforderungen. Gleichzeitig ist das bayerische Gymnasium in den letzten zehn Jahren, seit die achtjährige Form eingeführt wurde, von etwa 34 % eines Jahrgangs auf 40 % angestiegen. Das sind die zentralen Rahmenbedingungen, mit denen wir umzugehen haben.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Aber wie ist das in den ländlichen Räumen, in Niederbayern beispielsweise?)

Lassen Sie uns deshalb über die Frage diskutieren, wie auf diese Analyse reagiert werden muss. Ich stelle bei vielen fest – leider nicht bei allen -, dass wir ein pädagogisches Konzept für das Gymnasium im Blick halten, dass wir im Moment einen Lehrplan haben, dessen Stoff auf acht Jahre angelegt ist, und dass wir die Notwendigkeit sehen, genau auf diese Unterschiedlichkeit der Schüler zu reagieren. Darauf haben wir auch reagiert: Wir bieten nämlich zusätzliche Förderung an und eröffnen jungen Menschen die Möglichkeit, ja müssen ihnen die Möglichkeit eröffnen, unterschiedlich viel Lernzeit zu beanspruchen. Das ist der Kern der Überlegungen, nämlich dass der Stoff von acht Jahren mit zusätzlicher Förderung und der Möglichkeit, im Einzelfall neun Jahre dafür aufwenden

zu können, erarbeitet wird. Das ist einer der wichtigen Entwicklungsschritte des bayerischen Gymnasiums.

Ich glaube, wir sind jetzt an einem Punkt, an dem wir das Angebot unterbreiten. Das hat der Ministerpräsident im vergangenen Jahr gesagt, und ich habe es bei der Landesversammlung des Philologenverbandes im vergangenen Winter deutlich ausgesprochen. Ausgehend von dieser Analyse bieten wir an, offen für den Dialog zu sein, um genau auf diese Herausforderungen des Gymnasiums in der Bundesrepublik und in Bayern qualitativ hervorragende Antworten finden zu können, die einen breiten Konsens haben müssen. Genau das schlagen wir vor. Wir werden dieses strukturierte Dialogangebot jetzt mit Leben erfüllen. Der Herr Ministerpräsident hat bereits die Initiative ergriffen. Wir werden das tun. Wir werden dazu als Kultusministerium die fachbezogenen Angebote allen Gruppen der Schulfamilie, der Schullandschaft überhaupt machen. Natürlich werden wir auch den politischen Dialog suchen, wie ich das ja grundsätzlich anbiete und praktiziere. Dabei geht Qualität vor Schnelligkeit. Das ist ganz klar: Wir wollen eine Lösung entwickeln, die den jungen Menschen und dem bayerischen Gymnasium einen Weg in die Zukunft eröffnet, der tragfähig ist und dieser zentralen pädagogischen Herausforderung des Gymnasiums Rechnung trägt. Das sind die klare Ansage und das Angebot.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sind Sie jetzt für G 9 oder nicht?)

Wir werden einen entsprechenden Fachkongress anbieten und werden gemeinsam mit der gymnasialen Schulfamilie diese notwendigen Entwicklungsschritte auf den Weg bringen. Eine neunjährige Form für alle Schüler ist pädagogisch genauso überholt wie eine achtjährige Form für alle Schüler.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Den Satz kann ich schon nicht mehr hören! – Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Deswegen wollen wir Wahlfreiheit!)

Deswegen haben wir in Bayern den Weg eingeschlagen, dass der einzelne Schüler die Möglichkeit hat, auch mehr Lernzeit in Anspruch zu nehmen. Wer jetzt etwas übers Knie bricht, der schadet dem bayerischen Gymnasium.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Das will ja niemand! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ja, noch zehn Jahre?)

Wer jetzt eine Lösung propagiert und eine Volksgesetzgebung, die natürlich allen freisteht, angestoßen hat, die kleine Landgymnasien in Not bringt, weil sie ein bestimmtes Angebot nicht machen können, schadet dem bayerischen Gymnasium in der Fläche.

(Beifall bei der CSU – Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Ihr G 8 bringt ländliche Gymnasien in Not!)

Wer jetzt eine Regelung vorschlägt, die dazu führt, dass die Schülerinnen und Schüler in kleinen Zweigen – humanistisch, wirtschaftswissenschaftlich, sozialwissenschaftlich, musisch – ein solches Angebot, das organisatorisch gemacht werden soll, nicht wahrnehmen können, schadet dem bayerischen Gymnasium.

(Zuruf des Abgeordneten Günther Felbinger (FREIE WÄHLER))

Wer einen Vorschlag unterbreitet, der die unterschiedlichen Sprachenfolgen an einem Standort nicht in neun- oder achtjähriger Form anbietbar macht, wie Sie das tun, der schadet dem bayerischen Gymnasium.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aber Sie haben doch die Probleme produziert, oder nicht? Schlagen Sie eine Lösung vor!)

Wir wollen ein bayerisches Gymnasium, das den Familien in ganz Bayern, egal ob in ländlichen Räumen oder großstädtischen Ballungsräumen, die gleichen Bildungschancen bietet,

(Beifall bei der CSU)

das die Möglichkeit eröffnet, die Kinder ans Gymnasium zu geben, das die Entwicklung der jungen Menschen in der Unterstufe begleitet und erfahrbar macht.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie sind verantwortlich für die Probleme! Schlagen Sie eine Lösung vor!)

Wir brauchen die Möglichkeit, dass die Entwicklung der jungen Menschen im Gymnasium wahrgenommen wird.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Dann kann die Entscheidung getroffen werden, ob die Leute mit zusätzlicher Unterstützung - - Ich verstehe Ihre Hektik nicht.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Geben Sie doch zu, dass das G 8 gescheitert ist!)

Wir machen ein umfassendes Angebot zur Weiterentwicklung des Gymnasiums, und Sie sind offensichtlich mit einem Angebot unterwegs, das zumindest dem Gymnasium, das sich entwickelt hat, im Kern schadet. Das ist die Wahrheit. Das ist die Situation! (Beifall bei der CSU – Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Das G 8 schadet!)

Wir werden diesen Weg, dass sich die Familien – nicht wie bei Ihrem Konzept –, in der 4. Klasse entscheiden müssen, ob ihre Kinder auf ein achtjähriges oder neunjähriges Gymnasium gehen, auf jeden Fall in dieser Form nicht mitgehen; denn das ist pädagogisch das Schlechtestmögliche.

(Beifall bei der CSU – Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sie sollten sich informieren, bevor Sie einen solchen Schmarrn erzählen! – Zuruf des Abgeordneten Florian Streibl (FREIE WÄHLER))

Wir wollen den Familien die Möglichkeit eröffnen, die Sie verhindern, nämlich dass man die Entwicklung eines Kindes am Gymnasium beobachten kann. Gegebenenfalls kann es auch neun Jahre am Gymnasium verbringen, so wie wir es heute mit der Möglichkeit in der Mittelstufe geschaffen haben.

(Lachen des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Wir wollen eine gymnasiale Oberstufe. Wir wollen ein Lehrplankonzept. Würden wir ein Konzept, das die Oberstufe flexibilisiert, in Bayern umsetzen, so würde dies zu einer Gefährdung der Anerkennung des bayerischen Gymnasiums in den anderen Ländern führen.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Die entsprechende Arbeitsgruppe der Kultusministerkonferenz, an der viele Minister beteiligt sind, die nicht den Unionsparteien angehören, hat eine solche flexible Oberstufe im vergangenen Herbst noch einmal abgelehnt.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Aber das sind alles Zwischenschritte.

Wir machen das umfassende Angebot zur Weiterentwicklung des Gymnasiums vor dem Hintergrund dieser besonderen Herausforderung, die ich skizziert habe, dass 40 % eines Jahrgangs das Abitur anstreben. Auf diese Herausforderung geben wir eine Antwort. Wir werden dazu die nötige Sorgfalt aufbieten, mit der nötigen Qualität arbeiten und uns die nötige Zeit nehmen. Wir werden dies gemeinsam mit allen interessierten und beteiligten Gruppen der Schulfamilie tun, um dann eine tragfähige und dauerhaft akzeptierte Lösung für das bayerische Gymnasium vorzulegen. Wer jetzt etwas übers Knie bricht und eine

Lösung unterstützt, die dem bayerischen Gymnasium letztlich schadet, ist auf dem falschen Weg. Wir sind gesprächsbereit und wollen das qualitätsorientierte, starke bayerische Gymnasium weiterentwickeln.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. Herr Kollege Professor Piazolo hat sich zu einer persönlichen Erklärung nach § 112 der Geschäftsordnung gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege Professor Piazolo. Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Schreyer-Stäblein, Sie haben mir gerade vorgeworfen, dass ich entweder wissend die Unwahrheit gesagt hätte oder versucht hätte, die CSU-Fraktion hinters Licht zu führen, weil ich behauptet hätte, der Philologenverband habe ein Konzept vorgelegt. Ihnen zufolge sei das nicht der Fall, sondern es handle sich nur um ein Eckpunktepapier.

Mir liegt es fern, die CSU hinters Licht zu führen. Es geht mir höchstens darum, sie ins Licht zu bringen. Ich will Ihnen nun vorlesen, wie die Definition von Konzept lautet. Ein Konzept ist ein grober, nicht bis ins Detail ausgeführter Plan, eine Skizze eines Vorhabens oder ein grober Plan, welcher Maßnahmen zur Erreichung eines Ziels beschreibt. – All das tut der Philologenverband. All das trifft für diesen Eckpunkteplan oder dieses Konzept zu. Wir sollten um die Bezeichnungen "Konzept" oder "Eckpunktepapier" keine Wortklauberei betreiben. Es geht um 13 Seiten. In der Alltagssprache ist das ein Konzept.

Ich stelle noch einmal klar: Ich will und wollte nicht die CSU-Fraktion hinters Licht führen, sondern ich meine, dass beides Konzepte sind. Ich sage sehr deutlich: Mir geht es nicht darum, nur kontroverse Debatten zu führen, sondern ich stehe hier, um den Schülern ein neunjähriges Gymnasium zu ermöglichen. Dafür kämpfe ich, und dafür haben wir dieses Volksbegehren initiiert. Mir geht es nicht darum, die CSU hinters Licht zu führen.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Hätten Sie letzte Woche die Schärfe nicht reingebracht!)

Mir liegen die Schüler am Herzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Regierungserklärung der Staatsministerin für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen

"Bayern stark in Europa"

Das Wort hat Frau Staatsministerin Dr. Beate Merk. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Europaangelegenheiten): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Russland hat sich binnen weniger Tage die Krim unter Bruch des Völkerrechts einverleibt. Europa hat schnell und geschlossen reagiert. Ein Fortschritt, wenn man sich an die Reaktion auf die Aufstände in Libyen erinnert!

Eine Schulden- und Wirtschaftskrise hat vor vier Jahren etliche europäische Staaten erschüttert. Sie drohte, unsere Gemeinschaftswährung zu gefährden. Es gab und es gibt nach wie vor harte, kontroverse Diskussionen, doch auch hier können wir feststellen: Europa hat Lösungen gefunden, und diese Lösungen haben die Krise erkennbar entschärft.

Noch vor Kurzem haben sich viele über ihre Handyrechnung geärgert, wenn sie aus dem Urlaub in Italien oder Spanien zurückgekehrt sind. Heute sind sie deutlich entspannter. Europa hat die Roaminggebühren begrenzt. Die große Osterweiterung, deren Jubiläum wir bald feiern, hat Bayern – das ist nur ein Beispiel – allein durch einen Anstieg der Exporte um 56 % mit Tschechien zusätzliche Arbeitsplätze gebracht.

Eigentlich müsste es für alle unbestritten sein: Europa, das größte Friedenswerk der Nachkriegsgeschichte, ist eine großartige Sache.

(Beifall bei der CSU)

Eigentlich müssten alle Bürger zu den Europawahlen strömen; denn sie bieten die Gelegenheit, die eigene politische Meinung in diese wichtige Entscheidungsebene einzubringen. – Eigentlich; die Realität sieht anders aus. Bei vielen dominiert die Frage: Wozu soll ich zur Europawahl gehen? In den Medien wird in erster Linie darüber diskutiert, welchen Anteil antieuropäische Parteien künftig im Europäischen Parlament einnehmen werden.

Wie erklärt sich das? - Eigentlich müsste jeder das größte Interesse daran haben, welchen politischen Weg Europa in den kommenden fünf Jahren gehen wird. Doch Fakt ist: Die Menschen wenden sich zusehends von Europa ab. Die Zahlen sind erschütternd: Letzten Herbst hatten nur noch 31 % der Bevölkerung

ein positives Bild von Europa im Vergleich zu 50 % im Jahr 2006. Sowohl die Unterstützung der Menschen für Europa wie auch die Beteiligung an den Europawahlen sind in den letzten Jahren stets gesunken. Offen antieuropäischen Parteien wird zugetraut, bis zu einem Viertel der Sitze im künftigen Europäischen Parlament zu gewinnen.

Warum wenden sich die Menschen ab? - Die Gründe hierfür sind vielfältig, doch es gibt ein Grundmotiv: Enttäuschung. Man hat mit der Schaffung des Euro versprochen, dass die neue Währung so stark sein wird wie die Deutsche Mark. Doch manche nehmen wahr, dass alles teurer wurde. - Man hat mit der EU-Erweiterung versprochen, die Teilung Europas dauerhaft zu überwinden. Wahrgenommen haben viele Menschen aber auch, dass wir damit jede Menge Probleme importieren, von Sozialhilfemissbrauch bis zu grenzüberschreitender Kriminalität. - Man hat mit der Übertragung von Gesetzgebungszuständigkeiten auf Brüssel versprochen, dass ein gemeinsamer Rechtsraum in unser aller Interesse ist. Wahrgenommen haben aber viele Menschen, dass sich die EU nicht darauf beschränkt, zu regeln, was nötig ist. Nein, sie haben den Eindruck, dass von Brüssel alles durchgenormt und alles reguliert wird, was man regulieren kann.

Viele Menschen haben den Eindruck, die Europäische Union sei mit ihren Aufgaben überfordert. Sie haben den Eindruck, dass eine Zuständigkeit Europas zu einer schlechteren Qualität dessen führt, was sie vom Staat erwarten. Ich spreche von der Angst vor Kriminalität, von der Angst vor einer Überforderung unserer Sozialsysteme. Ich spreche von der Angst vor höheren Belastungen, der Angst vor der Mithaftung für die Schulden, die andere machen.

Das kann niemanden gleichgültig lassen. Ohne die Unterstützung der Menschen gibt es keine europäische Integration. Ich warne Brüssel davor, sich in trügerischer Sicherheit zu wiegen und zu glauben, der Fortbestand der europäischen Integration sei eine Selbstverständlichkeit. Fakt ist vielmehr: Wir müssen darum kämpfen.

Wie kommen die Menschen zu ihrem negativen Eindruck? Was lesen sie, was hören sie über Europa? Sie lesen, dass Wettbewerbskommissar Almunia Rabatte für Betriebe streichen wird, die sehr viel Energie brauchen, und dass dadurch in Deutschland bis zu eine Million Arbeitsplätze verloren gehen können. Sie lesen, dass alle europäischen Staaten, sei es Griechenland, sei es Deutschland, enorme Anstrengungen unternehmen, ihre Haushalte zu konsolidieren, aber gleichzeitig die EU-Kommission den EU-Haushalt um 5 % ausweiten will. - Ich habe das nun gar

nicht bewertet. Trotzdem schütteln manche den Kopf. Ich glaube, das ist auch kein Wunder; denn manche Dinge widersprechen einfach der Vernunft. Deswegen, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, darf es ein "Weiter so" auch nicht geben. Brüssel ist dabei, das Vertrauen der Menschen zu verspielen, wenn es sich nicht ändert.

Wir brauchen und wir wollen ein geeintes und starkes Europa, ein Europa, das sich selbstbewusst den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stellt. Was also tun? - Darauf gibt es in diesem Hohen Haus höchst unterschiedliche Antworten. Manche meinen, man müsse Europa den Menschen "besser erklären". Heißt das, sie trauen den Bürgerinnen und Bürgern nicht zu, sich selbst ein Bild zu machen? Die Bürgerinnen und Bürger sind ja nicht auf der Brennsuppe dahergeschwommen. Aber vielleicht ist es so, dass Sie "besser erklären" nur als "beschwichtigen" verstehen. – Und das sogar zu Recht. Die Probleme und die Fehlentscheidungen der Europäischen Union sind doch mit Händen zu greifen.

Andere meinen, wer Europa voranbringen will, müsse die Integration stärken; wir bräuchten mehr wirtschaftspolitische Kompetenzen für Europa; wir bräuchten ein sozialeres Europa, wir bräuchten Solidaritätsmechanismen zwischen den Mitgliedstaaten. Sorry, aber glaubt jemand, dieser Ansatz würde auch nur von einigen der Regierungen der Mitgliedstaaten unterstützt? Glaubt jemand ernsthaft, die Bevölkerung auch nur eines Mitgliedstaats wolle den Weg zu einem europäischen Bundesstaat beschreiten?

Allein die Sozialsysteme der Mitgliedstaaten sind so unterschiedlich wie die nationalen Essgewohnheiten. Sozialsysteme drücken gesellschaftspolitische Präferenzen und Wertungen aus, die in Europa unterschiedlicher nicht sein könnten. Wer hieraus einen sozialpolitischen Einheitsbrei kocht, treibt die Menschen geradezu in die Arme der Extremisten, und das zum Schaden Europas.

(Beifall bei der CSU)

Dann gibt es noch die Rückbauer Europas, die "Ver-Schweizerer". "Aussteigen und selber machen" – das möchte ich auch mal ganz deutlich sagen – ist im 21. Jahrhundert keine Lösung.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Euer Gauweiler will mit Bayern sogar aus Deutschland austreten!)

- Sie haben nachher genug Zeit.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Sinnvoll, realistisch und zielführend ist nur das, was bereits der Schriftsteller Tomasi di Lampedusa so treffend in Worte fasste: Manchmal muss sich alles ändern, damit alles so bleibt, wie es ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sehen es am Beispiel der Schuldenkrise, wir sehen es am Beispiel der Ukraine: Die Europäische Union braucht ein neues Selbstverständnis, oder, wie es Kommissionspräsident Barroso formulierte: im Großen groß, im Kleinen klein. Will die EU im 21. Jahrhundert bestehen, dann muss sie sich auf das Wesentliche konzentrieren und darf die Menschen nicht mit Belanglosigkeiten nerven.

Und große Dinge gibt es wahrlich genug: Ich nenne das Transatlantische Freihandelsabkommen. Das ist eines von Dutzenden Handelsabkommen weltweit. Inhaltlich kann man dazu stehen, wie man will. Doch bei aller berechtigten Kritik zu Transparenz und Mitsprache muss uns eines völlig klar sein, meine Damen und Herren von der SPD: Wer von uns will, dass die Standards des Welthandels eines Tages von China bestimmt werden? Nur weil es Kritik gibt, ist das noch lange kein Grund, das Ganze abzublasen. Hier muss man nachbessern.

Wenn wir es so sehen, wie das Ihr Parteivorsitzender Gabriel tut, nämlich dass es Aufgabe der Politik ist, in einer globalisierten Welt Regeln zu schaffen, dann kann das nur die EU. Genau hierfür brauchen wir ein präzises, eindeutiges und transparentes Freihandelsabkommen, hohe gemeinsame Qualitätsstandards zwischen Europa und Amerika und einen Zusammenhalt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wer einen Abbruch der Verhandlungen fordert, handelt wirtschafts- und sozialpolitisch unverantwortlich.

(Beifall bei der CSU)

Ich nenne den Europäischen Patentschutz: Wir Bayern sind deutscher Meister beim Anmelden von Patenten. Patentschutz ist der Garant dafür, dass bayerische Forscher und Entwickler die Ernte ihrer Arbeit selbst einfahren und nicht Produktpiraten aus Peking oder Shanghai.

Ich nenne aber auch die Außen- und Sicherheitspolitik: "Putins Gewaltpolitik demonstriert unfreiwillig den unschätzbaren Wert gemeinsamer Institutionen für Frieden und Demokratie für Europa", so schrieb Joachim Keppler in der "Süddeutschen". Wenn wir wollen, dass Russland zurück an den Verhandlungstisch kommt, brauchen wir eine starke EU. Konfliktbewältigung mit friedlichen Mitteln, das ist die Stärke der Europäischen Union. Das haben wir nach den großen

Katastrophen unseres Kontinents über 60 Jahre lang geübt und gelebt.

Und ich nenne die wirtschaftliche Entwicklung unseres Kontinents. Ohne Unternehmerinnen und Unternehmer, die bereit sind, zu investieren und Risiken einzugehen, kann es auf Dauer keine Beschäftigung und keinen Wohlstand geben. Hier sehe ich eine der vordringlichsten Aufgaben der EU: einen klaren Ordnungsrahmen zu setzen, der gute Wettbewerbsbedingungen für alle schafft und es dadurch den europäischen Unternehmen ermöglicht, ihre Waren und Dienstleistungen weltweit zu vertreiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Bayern hat sich stets als Ideengeber der Europäischen Einigung begriffen. Wir haben in der Vergangenheit mit Heimatverbundenheit, selbstbewusst und ganz entschieden für die Europäische Einigung gekämpft. Gerade weil wir den Erfolg Europas wollen, sagen wir auch deutlich, was schiefläuft: Eine EU, die Gefahr läuft, Bürgerinnen und Bürger zu bevormunden, kleine Betriebe mit überzogener Bürokratie zu schikanieren, mit einem riesigen Beamtenapparat selbstherrlich zu regieren und sich lieber ums Kleine zu kümmern, weil sie das Große scheut, lehnen wir ab.

Wir in Bayern haben ganz klare Vorstellungen davon, wie ein besseres Europa aussehen muss: Ein besseres Europa beschränkt sich aufs Wesentliche. Ein besseres Europa ist nach außen stark und im Innern schlank. Ein besseres Europa ist demokratischer, bürgernäher und vielleicht auch politischer.

Europa muss sich auf das Wesentliche beschränken. Wir brauchen wieder eine klare und kontrollierte Grenze zwischen dem, wofür Europa zuständig ist, und dem, wofür die Mitgliedstaaten zuständig sind. Solange diese Grenze nicht völlig klar gezogen ist, solange es keine echte Kontrolle gibt, solange Brüssel mit windelweichen Begründungen alles regeln kann, was es will, sind alle anderen Bemühungen sinnlos.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Können Sie ein Beispiel nennen?)

Deshalb fordere ich den Mut, zu verhindern, dass die EU schleichend immer mehr Entscheidungen an sich zieht. Das ist auch machbar; denn dafür müssen wir keine Verträge ändern. Vielmehr schlage ich eine echte, eine überprüfbare Selbstverpflichtung der EU-Organe vor, sich bei bestimmten Dingen künftig zurückzuhalten.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen die EU auch kontrollieren. Wir brauchen auch in der EU eine Einrichtung, die das tut, was in

Deutschland das Verfassungsgericht macht, nämlich dem Staat auf die Finger zu schauen. Der Europäische Gerichtshof hat sich dieser wichtigen Aufgabe verweigert und sich lieber als weiterer Motor der Integration verstanden. Deshalb brauchen wir ein unabhängiges Kompetenzgericht, das bei Konflikten klärt, wer zuständig ist, Brüssel oder die Mitgliedstaaten.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, der Regisseur Wim Wenders bringt es auf den Punkt: "Aus der europäischen Idee ist die Verwaltung geworden. Und jetzt meinen die Leute, die Verwaltung sei die Idee." Da hat er recht. Auf der einen Seite steht die großartige Idee. Auf der anderen Seite bringt ein immer größerer Apparat in Brüssel immer mehr Regelungen hervor. Lassen Sie uns überflüssige Vorschläge im Keim ersticken. Das schaffen wir mit einem konsequenten Sparkurs für das EU-Budget, mit einer kleineren Kommission, mit mehr Handlungsfreiheit für die Mitgliedstaaten und mit einer unabhängigen Kontrollinstanz, die sich auch einmal ansieht, was die Regelungsvorschläge hinterher in der Praxis bedeuten. Wenn uns das gelingt, setzen wir Ressourcen frei, Ressourcen, die Menschen, Unternehmen und Verwaltungen so dringend benötigen, um besser zu werden. Es ist klasse, wie unser ehemaliger Ministerpräsident Edmund Stoiber dieses Thema intensiv und mit ganzem Herzen angegangen ist.

(Beifall bei der CSU – Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Wo sind die großen Erfolge?)

- Er hat dabei auch große Erfolge erzielt.

(Beifall bei der CSU)

Seine Einsparvorschläge haben 23 Millionen Betriebe in Europa um insgesamt 33 Milliarden Euro entlastet. Europa braucht Menschen, die für die Sache kämpfen. Mit Edmund Stoiber konnte man keinen Besseren finden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe es bereits eingangs erwähnt: Die Krise in Europa ist vor allem eine Vertrauenskrise. In der Politik ist Vertrauen die einzige Währung, die zählt. In einer Demokratie kann Vertrauen nicht ohne Mitsprache entstehen. Mitsprache gewährleistet, dass die Menschen Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen können und dass sie deswegen Entscheidungen auch besser verstehen und akzeptieren. Bayern hat schon immer für mehr Mitsprache in Europa gekämpft, und zwar mit Erfolg. Dank unseres Ersten Vizepräsidenten Reinhold Bocklet hat Bayern seit Jahren die aktivste Volksvertretung in Brüssel. Bayern war der Vorreiter für mehr Regionalität. Der Bayerische Landtag ist in EU-Angelegenheiten schon heute das stärkste Landesparlament in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Auf diesem Weg möchte ich voranschreiten. Ich fordere eine stärkere Rolle der nationalen Parlamente. Ein Zustimmungsrecht bei wichtigen politischen Vorhaben bringt europäische Debatten viel schneller in unsere nationalen Parlamente. So entsteht dann auch Öffentlichkeit, so interessieren, so beteiligen sich die Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen keine vollendeten Tatsachen aus Brüssel serviert bekommen. Wir wollen, dass unsere Parlamente die EU schärfer kontrollieren können und dass sie, wenn es sein muss, Gesetze auch verhindern können.

Wir wollen noch weitergehen. Bei Änderungen der EU-Verträge und bei künftigen EU-Erweiterungen brauchen wir – unser Ministerpräsident Horst Seehofer hat dies zu Recht schon früh gefordert – Volksentscheide auf Bundesebene. Europa darf keine Angst vor der Stimme des Volkes haben. Bayern hat eine starke Stimme in Europa. Zutrauen statt Misstrauen, beteiligen statt bevormunden – das ist der bayerische Weg.

Europa wächst zusammen. Der polnische Student, der in Weihenstephan Brauwesen studiert, das Londoner Oktoberfest und der Nürnberger Lebkuchenbäcker, der seine Köstlichkeiten überall hin verschickt – all das zeigt, dass Bayern wie selbstverständlich mitten in Europa liegt. Weil dem so ist, weil Europa für uns Bayern eine Selbstverständlichkeit ist, freue ich mich auch, dass wir dieses Jahr die neue Vertretung des Freistaats Bayern in Prag eröffnen werden. Ein weiteres starkes Zeichen dafür, dass Bayern zu Europa steht.

Dass wir die europäische Idee der Einheit in Vielfalt mit Leidenschaft angehen, liegt gerade daran, dass Europa anders als vor 60 Jahren ist. Gerade weil Europa heute ganz anders herausgefordert wird, müssen wir Europa neu definieren. Da wir mit vollem Herzen Europäer sind, ist mein dringender Appell gerade im Europawahljahr an das neue Parlament und die neue Kommission: Verspielen wir nicht unsere Zukunft. Das können wir uns schlicht nicht leisten. Also kein "Weiter so", sondern gehen wir ihn an, nämlich einen echten und ernst gemeinten Umbruch.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Staatsministerin Merk. – Als Nächster hat Herr Kollege Markus Rinderspacher von der SPD-Fraktion das Wort.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Hohes Haus! Seit vielen Jahren hat es zum Thema Europa im Bayerischen Landtag keine Regierungserklärung mehr gegeben. Der außenpolitische Gestaltungsanspruch der CSU-Regierung tendiert seit dem Rücktritt von Edmund Stoiber gegen null. War der Politikansatz von Franz Josef Strauß noch ein weltumspannender und war Edmund Stoiber außenpolitisch zumindest interessiert, so ist der außenpolitische Wirkungskreis und Aktionsradius von Herrn Ministerpräsidenten Seehofer vergleichsweise überschaubar.

Keiner der bayerischen Ministerpräsidenten der letzten Jahrzehnte hätte es sich hier und heute nehmen lassen, vor dem Hohen Hause seine Vorstellungen zu Bayern und Europa zu erklären. Herrn Seehofer waren die internationalen Kontakte Bayerns zu unseren europäischen und außereuropäischen Partnern in seinen Antrittsreden 2008 und 2013 keine einzige Silbe wert. Heute hat er parallel zu dieser Regierungserklärung zunächst eine Pressekonferenz anberaumt, weil ihm die Ausführungen seiner Regierung zu Europa reichlich gleichgültig sind.

Frau Ministerin Dr. Merk hat heute den außenpolitischen Schlagworteteppich der CSU routiniert zusammengenäht – in 19 Minuten, ein buntes Mosaik der Gegensätzlichkeiten, ein bisschen AfD-Anmutung hier, ein halbklares Bekenntnis zur europäischen Idee da. Keine Regierungserklärung der letzten Jahrzehnte ist mit 19 Minuten kürzer geraten. Im Übrigen ist das auch ein Zeichen, welch geringen Stellenwert die internationale Politik und das nachbarschaftliche Miteinander mit unseren europäischen Partnern genießen.

(Beifall bei der SPD)

Bayern hat eine starke Stimme in Europa, behauptet Frau Dr. Merk. Dort, wo man sich eine kraftvolle Stimme Bayerns gerne gewünscht hätte, war die CSU-Regierung gerade in den letzten Monaten überaus stumm geblieben. Umgekehrt hätte man sich diplomatisches Schweigen an manchen Stellen gewünscht, als Getöse und rhetorische Grobheiten seriöse Politik ersetzen sollten.

(Beifall bei der SPD)

100 Jahre nach dem Beginn des Ersten und 75 Jahre nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und ein Vierteljahrhundert nach dem Fall der Mauer ist die Frage von Krieg und Frieden, von Einheit und Spaltung unseres Kontinents nach Europa zurückgekehrt. Diese Jubiläen rühren an unsere Verantwortung. Sie sind uns Verpflichtung, die Vereinigung Europas in Frieden, Demokratie, Wohlstand und Freiheit mit Engagement und Augenmaß voranzutreiben. Nichts von den heute selbstverständlich erscheinenden Errungenschaften Europas ist tatsächlich selbstverständlich, nicht der Frieden auf unserem Kontinent, nicht die

Freiheit, nicht der Wohlstand und nicht die Freizügigkeit.

Leider gibt die CSU-Regierung keine starke Stimme in Bayern für Europa ab. Während die Gewalt nur zwei Flugstunden von München eskaliert, während auf dem Maidan in Kiew und in anderen Teilen der Ukraine viel zu viele Menschen sterben müssen, während die Welt vor einem neuen Kalten Krieg steht, übt sich die bayerische Regierung in vornehmer Zurückhaltung, man kann es auch Schweigen nennen: Außenpolitik Fehlanzeige, der Ministerpräsident abgetaucht, von der zuständigen Ministerin haben wir außer der Zustimmung zur gemeinsamen Resolution der deutschen Länder-Europaminister nichts gehört zum Thema Krieg und Frieden in Europa.

Ich finde, es wäre doch ehrlicher gewesen, auf die heutige Regierungserklärung als reine Pflichtübung zu verzichten, da sie weder aktuell noch grundsätzlich durch konkretes Regierungshandeln untermauert wird.

(Beifall bei der SPD)

Dort, wo tatsächlich außenpolitische Kontakte existieren, setzt die CSU-Regierung auf falsche Freundschaft und setzt damit die völlig falschen Signale. Mit großer Skepsis betrachtet die SPD-Fraktion die aus unserer Sicht überaus problematische Freundschaft des bayerischen Ministerpräsidenten mit dem ungarischen Rechtspopulisten Viktor Orbán. Der Empfang von Herrn Seehofer für den ungarischen Regierungschef in München war aus unserer Sicht ein falsches Signal und ein Zeichen von mangelndem außenpolitischen Fingerspitzengefühl.

(Beifall bei der SPD)

Die jüngsten Wahlen in Frankreich, in Griechenland, in Norwegen, in Österreich, den Niederlanden oder Italien haben gezeigt: Der Rechtspopulismus in Europa ist wieder auf dem Vormarsch. Statt klare Worte zu den undemokratischen Vorgängen in Ungarn zu sprechen, hat Bayerns Ministerpräsident vor den Verstößen Ungarns gegen den EU-Vertrag, gegen Presse-, Meinungs- und Demonstrationsfreiheit die Augen verschlossen. Ich sage: Wer Rechtspopulisten in Europa derart die Hand reicht, macht sie salonfähig und trägt zu ihrer Wiedererstarkung in Europa bei.

(Beifall bei der SPD)

Dabei hatte doch die Konrad-Adenauer-Stiftung gerade im letzten Jahr eine bemerkenswerte Studie veröffentlicht, wonach der Rechtspopulismus in manchen Ländern in Europa fast unaufhaltsam sei. Es gibt in dieser Studie vor allen Dingen eine Empfehlung an

konservative Politiker, und damit können wohl nicht nur CSU-Ortsvereinsvorsitzende gemeint sein. Die Konrad-Adenauer-Stiftung empfiehlt, vor allem die konservativen Parteien in Deutschland – gemeint sind CSU und CDU – müssten politische Zusammenhänge der Europäischen Union mehr und verständlicher erklären. Das ist das, was Sie als Europaministerin heute noch ablehnen wollten. Die Konrad-Adenauer-Stiftung empfiehlt auch, die Erfolge in der Stabilisierungspolitik des Euro zu betonen und die Vorteile aus der Integration für die einzelnen Bürger herauszustreichen; anderenfalls würde man Parteien wie die AfD nur unnötig stark machen und dem Rechtspopulismus in Europa Vorschub leisten. Das haben Sie heute gemacht, Frau Dr. Merk.

(Beifall bei der SPD)

Wie setzen Sie die Empfehlung der Konrad-Adenauer-Stiftung um, die Erfolge in der Stabilisierungspolitik des Euro zu betonen? Der Schlingerkurs der Staatsregierung in der Euro-Krise war symptomatisch. Herr Seehofer hat mit Blick auf die Rettungsschirme und mit rhetorischer Kraftmeierei öffentlich eine rote Linie nach der anderen gezogen. Den Rettungspaketen hat er doch zugestimmt. Sogar sein Stellvertreter Peter Gauweiler war gezwungen, zu sagen: Seehofers rote Linien gleichen mittlerweile einem Zebrastreifen oder einer Wanderdüne.

Wir sagen: Bayern braucht den Euro. Bayern ist als Exportland auf die europäische Währung angewiesen. Jeder vierte Arbeitsplatz ist unmittelbar vom Export abhängig. Über die Hälfte der bayerischen Ausfuhren gehen in das europäische Ausland. Die europäische Währung ist Ausgangspunkt und Grundlage einer starken Industrie in Bayern. Wackelt der Euro, geraten die konjunkturelle Stabilität der bayerischen Wirtschaft und Tausende Arbeitsplätze in Gefahr. Frau Dr. Merk, wir hätten uns klare Worte von Ihnen gewünscht. Wir sagen: Im Sinne bayerischer Unternehmen und im Interesse der bayerischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss Bayern unmissverständlich ein politisches Kraftzentrum für den Euro sein, es darf kein währungspolitischer Wackelpudding der Marke Seehofer sein.

(Beifall bei der SPD)

Dafür, dass Außenpolitik für innenpolitische populistische Überlegungen in der CSU immer wieder herhalten muss, gibt es in der CSU weitere Beispiele – Stichwort: Wer betrügt, der fliegt. In einer emotionalen Debatte um die Freizügigkeit von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern vermittelte die CSU in den vergangenen Monaten den Eindruck, dass nationale Sozialsysteme zu kollabieren drohen. Arbeitsplätze für Einheimische

stünden massenhaft zur Disposition, wenn die Zuwanderung nicht strikt begrenzt werde. Dabei waren es im Übrigen sozialdemokratische Oberbürgermeister, die auf die Problematiken hingewiesen haben. Wir haben aber auf die alarmistische Panik-Attitüde der Dobrindt-CSU verzichtet. Politik muss Lösungen herbeiführen. Das macht man nicht mit Getöse, sondern indem man sich zusammensetzt.

(Beifall bei der SPD)

Ja, die sozialen Probleme in den Kommunen müssen gelöst werden. Wir müssen die Fehlentwicklungen schnellstmöglich beheben. Wir begrüßen ausdrücklich, dass sich die Große Koalition in einem Staatssekretärsausschuss mit der Thematik befasst und bereits erste Eckpunkte vorgelegt hat. Sie sollten jedoch die Freizügigkeit als eine der größten europäischen Errungenschaften nicht grundsätzlich infrage stellen. Gerade Bayern profitiert doch maßgeblich vom Binnenmarkt und von einem offenen Europa, in dem alle Bürgerinnen und Bürger ihren Wohn- und Arbeitsort frei wählen können. Um unsere wirtschaftliche Stärke und das Niveau der sozialen Sicherung zu halten, sind wir in Zukunft mehr denn je auf Einwanderung von Fachkräften aus unseren europäischen Partnerländern angewiesen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns nicht nur über die innenpolitischen Ansätze der Außenpolitik der CSU reden. Worum muss es in Europa gehen? Alle Europa-Befürworter und Europa-Skeptiker sind sich gleichermaßen offensichtlich darin einig, dass es so wie in der konservativ-neoliberalen Kommission Josi Barroso nicht weitergehen kann. An dieser Stelle darf ich daran erinnern, dass Europa und Brüssel nicht etwa abstrakte und dunkle Mächte sind. Es handelt sich um eine konservative europäische Regierung, die im Übrigen in den letzten Jahren auch von der konservativen CSU in Bayern getragen und unterstützt wurde. Die konservative Regierung in Europa reduzierte ihr Europaverständnis über einen viel zu langen Zeitraum auf Marktfreiheiten ohne Solidarverantwortung. Die auch von der CSU getragene europäische Regierung stand in den letzten Jahren zunehmend für Liberalisierung, Deregulierung und einen immer härteren Wettbewerb, bis auch der letzte städtische Friedhof privatisiert ist. Auf der anderen Seite steht diese europäische Regierung für ausufernde Bürokratisierung und Überregulierung. Während die Lebensgrundlagen der Menschen unter Marktzwänge gesetzt werden, werden die zerstörerischen Kräfte der Finanzmärkte nach wie vor unzureichend geregelt.

Wir als SPD-Fraktion begrüßen es ausdrücklich, dass sich die EU-Staaten und das Europäische Parlament auf eine Bankenunion verständigt haben. Im Pleitefall sollen nun die Banken selbst und nicht die Steuerzahler haften. Im Ernstfall sollen sie sogar abgewickelt werden können. Wir sagen aber auch: In Zukunft soll kein Finanzmarktakteur und kein Finanzprodukt unreguliert sein dürfen. Dazu zählen für uns eine weitere Regulierung von Schattenbanken und des Hochfrequenzhandels, die Trennung von Investment- und Geschäftsbanken sowie die Trockenlegung der Steueroasen. Wir brauchen in Europa eine einheitliche Basis der Besteuerung, etwa bei den Mindeststeuersätzen und Mindestbemessungsgrundlagen bei der Körperschaftsteuer.

(Beifall bei der SPD)

Hohes Haus, die große Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger will eine andere Europäische Union als das Barroso-Europa. Die Menschen in Europa wollen nicht, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter aufgeht. Sie wollen kein Europa, in dem Löhne gesenkt, Renten gekürzt, Arbeitnehmerrechte beschnitten, öffentliche Dienstleistungen gekappt und die öffentliche Gesundheitsversorgung kaputtgespart werden, um Banken zu retten. Die Menschen wollen keine Europäische Union, in der Spekulanten ihre Gewinne einstreichen und ihre Verluste an den Steuerzahler weiterreichen. Sie wollen kein Europa, das die junge Generation in die Massenarbeitslosigkeit schickt und so ihre Lebenschancen zerstört.

All das sind völlig inakzeptable Auswüchse und Fehlentwicklungen eines Turbo-Kapitalismus, der mit Mitteln eines Nationalstaats allein nicht zu zähmen sein wird. Die große Mehrzahl unserer Bürger will eine Europäische Union, die zuvorderst ihre Interessen schützt, die sozialer, gerechter, solidarischer und bürgernäher ist. Die Menschen wollen eine Europäische Union, die sich nicht um Ölkännchen und Schnupftabak kümmert. Sie soll ihren Mitgliedsländern und Regionen überlassen, wie sie die gemeinsamen Zielvorgaben umsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Folgendes muss gelten: Was lokal, regional oder national gemacht werden kann, das soll lokal, regional und national gemacht werden. Europa sollte nicht versucht sein, alles zu tun. Frank-Walter Steinmeier hat gesagt, Europa solle groß bei großen Fragen und klein bei kleinen Fragen sein. Meine Damen und Herren, das ist im Übrigen nicht nur unsere Philosophie für Europa, sondern auch für Bayern, das politisch viel zu CSU-zentralstaatlich und bürokratisch organisiert ist.

(Beifall bei der SPD)

Mehr Subsidiarität, mehr Eigenverantwortung in den Regionen und mehr Freiheit für die Kommunen – das gilt auch für Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Wir begrüßen, dass Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel mit Blick auf das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika klare Worte gefunden hat. Wir brauchen keine Regelungen zum Investorenschutz, die unsere Gerichtsbarkeit aushebeln. Wir wollen nicht, dass nichtöffentliche Schiedsgerichte über die Rechtmäßigkeit staatlicher Maßnahmen entscheiden und dass Investoren Staaten verklagen können, weil sie sich durch Gesetze in ihrer Profitmaximierung gestört fühlen. Es muss ausgeschlossen bleiben, dass Regelungen zum Schutz von Gemeinwohlzielen ausgehebelt oder umgangen werden oder dass ein Marktzugang eingeklagt werden kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch vor zehn Jahren lag Bayern am östlichen Rand der Europäischen Union. Der Eiserne Vorhang, der Bayern und Böhmen mehr als 40 Jahre lang getrennt hatte, war zwar gefallen, aber die Europäische Union endete noch östlich von Passau, Weiden und Hof. Heute ist Bayern vom Rand ins Zentrum der Europäischen Union gerückt. Es ist ein Kernland mitten in der EU und zieht daraus immense Vorteile. Am 1. Mai 2004 ist unser Nachbar Tschechien mit weiteren neun Ländern Mittel-, Ostund Südosteuropas der Europäischen Union beigetreten. Ihr maßgeblicher Architekt war übrigens ein bayerischer Sozialdemokrat. Günter Verheugen hat lange den oberfränkischen Stimmkreis Kulmbach im Bundestag vertreten und kannte deshalb die schwierige Randlage zu Tschechien.

Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, haben damals gegen die Aufnahme der Tschechischen Republik in die Europäische Union gestimmt. Das war kein Ruhmesblatt vorausschauender, gestaltender bayerischer Europapolitik. Das war ein Fehler.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage ausdrücklich: Wir erkennen an, dass der Wert der bayerisch-böhmischen Nachbarschaft seit Neuem auch von Regierungsseite gefördert und befördert wird. Endlich hat auch die Staatsregierung nachvollzogen, was zwischen den Bürgerinnen und Bürgern unserer Länder längst alltägliche Praxis ist: ein reger wirtschaftlicher, kultureller und zivilgesellschaftlicher Austausch sowie ein gutes, nachbarschaftliches, menschliches Miteinander. Ich bin mir sicher, dass die neue sozialdemokratisch geführte tschechische Regierung unter Ministerpräsident Bohuslav Sobotka diese Politik fortsetzen wird. Wir

bayerische Sozialdemokraten werden das Unsrige tun, um die eingeleitete freundschaftliche Nachbarschaft und Zusammenarbeit auf vielen Ebenen weiter zu fördern.

(Beifall bei der SPD)

Wir begrüßen ausdrücklich, dass noch in diesem Jahr in Prag eine Bayerische Vertretung eröffnet wird. Die SPD-Landtagsfraktion hatte dies übrigens auf den Tag genau vor fünf Jahren in einem Antrag hier im Bayerischen Landtag gefordert. Dieser Antrag wurde damals von der CSU und der FDP abgelehnt. Auch hier brauchten Sie noch ein wenig Zeit, bis Sie über Ihren Schatten springen konnten. Dafür haben Sie uns, die Opposition.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Europawahl am 25. Mai ist keine nachrangige Wahl. Sie ist nicht weniger wichtig als die Bundestagswahl, die Landtagswahl oder die Kommunalwahl. Ganz im Gegenteil, die Wahl zum Europäischen Parlament entscheidet ganz unmittelbar über die Alltagswelt der Bürgerinnen und Bürger nicht nur in Lissabon oder Riga, sondern auch in Passau, in Traunstein, in Hof, in Lindau und in allen Orten Bayerns. Am 25. Mai geht es um eine sehr grundlegende und sehr weitreichende Richtungsentscheidung. Die Europawahl entscheidet über die Zukunft des Jahrhundertprojekts europäische Einigung. Die Europawahl entscheidet auch darüber, ob mit dem Luxemburger Jean-Claude Juncker ein Konservativer Kommissionspräsident wird – aus meiner Sicht wäre das ein Signal für ein "Weiter so" - oder ob der deutsche Sozialdemokrat Martin Schulz neuer Kommissionspräsident wird, der die Europäische Union reformieren wird. Sein Ziel ist weniger Bürokratie und Regulierung nur da, wo es wirklich wichtig ist, da dann aber auch kraftvoll, zum Beispiel auf dem Finanzmarkt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht darum, Europa gemeinsam besser zu machen, damit Europa für die junge Generation das Versprechen einer guten Zukunft bleibt.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Rinderspacher. Die nächste Rednerin ist Frau Judith Gerlach von der CSU.

Judith Gerlach (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich mich bei Frau Staatsministerin Dr. Merk für ihre Ausführungen bedanken. - Am vergangenen Montag war an den Schulen Bayerns der EU-Projekt-

tag. Wie viele andere hier im Parlament habe auch ich mich den Fragen der Schülerinnen und Schüler in der Schule gestellt. Die Diskussion stand unter dem Motto: "Was geht uns eigentlich Europa an?" Gute Frage!

Die Europäische Union hat in den gut fünfeinhalb Jahrzehnten ihrer Existenz viel erreicht. Sie ist zweifellos eine der großen Erfolgsgeschichten des 20. Jahrhunderts, eines Jahrhunderts, das mit zwei Weltkriegen unsägliches Leid und Zerstörung über unseren Kontinent gebracht hat. Die europäische Einigung ist das größte Friedenswerk der Nachkriegsgeschichte. Sie hat viel zum Wohlstand und Erfolg auch in Bayern beigetragen. Die Regierungserklärung zeigt die wichtige Rolle der Europäischen Union für die Bürgerinnen und Bürger in Bayern. Sie zeigt aber auch, dass erfolgreiche und selbstbewusste Regionen wie Bayern in Brüssel etwas bewegen können. Die Einheit Europas ist heute nicht mehr nur eine Frage von Krieg oder Frieden. Bei der Weiterentwicklung der Europäischen Union in den nächsten Jahren geht es darum, das Wohlstandsniveau Europas auf sozialem, ökologischem und kulturellem Gebiet durch gemeinsames Wirtschaften, Forschen sowie eine starke Währungsund Handlungsunion zu sichern und auszubauen.

Diese Kraft zu generieren, gelingt allerdings nur in einem Europa mit starken Regionen. Bayern liegt im Herzen Europas. Wir wollen und brauchen daher die europäische Integration. Wir wollen aber ein Europa der Regionen und keinen europäischen Zentralstaat. Nationen und Regionen gehören zur Identität Europas und müssen in einem Europa der Zukunft ihren festen Platz haben. Das Europa der Zukunft braucht starke und eigenständige Regionen wie Bayern. Wir müssen den Europagegnern ein klares Bekenntnis zu einem Europa der Einheit und Vielfalt entgegensetzen.

(Beifall bei der CSU)

Nur ein klares Bekenntnis zu einem Europa der Zukunft, das sich auf seine wesentlichen Aufgaben konzentriert und die Individualität seiner Mitgliedstaaten akzeptiert, nimmt auch die Skepsis der Bürger ernst.

Einen Schwerpunkt unserer Europapolitik bildet die Frage nach der künftigen Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union im weltweiten Wettstreit. Grundsätzlich ist es notwendig, dass die hohen Staatsschuldenquoten einiger europäischer Länder zurückgeführt werden. Schuldentilgungsfonds und Euro-Bonds-Anleihen werden aber von der CSU abgelehnt. Sie dienen nicht einer Lösung.

(Beifall bei der CSU)

Sie sind eher Auslöser für eine neue Schuldenkrise. Europa wird nicht dadurch stärker, dass man die Schwachen schwächt, sondern es wird durch Verbesserungen bei den Schwachen stärker. Das, was von uns beim Länderfinanzausgleich gefordert wird, muss auch für Europa gelten. Krisenstaaten dürfen Hilfen nur erhalten, wenn sie die Auflagen erfüllen und Reformen durchführen. Dieser Kurs hat sich bewährt und zu einer beginnenden Stabilisierung im Euroraum geführt. Wir wollen, dass Krisenstaaten künftig eine noch stärkere Eigenbeteiligung an der eigenen Krisenbewältigung leisten und mehr eigene Ressourcen einsetzen. Einem zu befürchtenden Protestvotum bei den Europawahlen muss durch ein klares Nein zu einer Schuldenunion entgegengesteuert werden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Da seid ihr ja voll drin!)

Aufgabe für unsere Politik in Deutschland wie auch auf europäischer Ebene muss es sein, den Aufbau einer Stabilitätsunion voranzutreiben und die Menschen in Europa dabei auch mitzunehmen.

Am 25. Mai finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Die Bürgerinnen und Bürger haben hier die Möglichkeit, über die Geschicke der Europäischen Union für die nächsten fünf Jahre mitzubestimmen. Angesichts der niedrigen Wahlbeteiligung zuletzt bei den Kommunalwahlen müssen wir alle darauf hinwirken, dass die Menschen diese Chance auch wahrnehmen. Es gibt bei allen Erfolgen auch viel berechtigte Kritik an Europa. Desinteresse und Resignation sind aber der falsche Weg. Nur wer mitredet, kann auch etwas verändern. Den ersten Schritt haben viele Schülerinnen und Schüler Bayerns schon gemacht, indem sie in den Diskussionen zu dem Ergebnis kamen, dass Europa sie sehr wohl etwas angeht. Ich hoffe, dass noch mehr Menschen zu dieser Erkenntnis kommen und zur Wahl gehen, statt sich fremdbestimmen zu lassen. Ich hoffe aber auch, dass es uns als Verantwortlichen in der Politik gelingt, die Wählerinnen und Wähler zu motivieren, an den Wahlurnen ein Zeichen für ein starkes Europa zu setzen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Gerlach. Als Nächste hat Frau Ulrike Müller von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sicherlich wurde Ihnen allen wie auch mir klar, dass die Rede der Frau Staatsministerin keine Regierungserklärung, sondern eine Zustandsbeschreibung war. Sie haben so geredet, als wären Sie in Europa nicht in der Verantwortung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Diana Stachowitz (SPD): Genauso war es!)

Es war eher ein Wahlkampfgetöse der CSU. Aus diesem Grund war auch vorhersehbar, dass sich die CSU so darstellt, als würde sie die Interessen der bayerischen Bürgerinnen und Bürger in Europa unabhängig und bis aufs Herzblut verteidigen.

Traurig fand ich es in diesem Zusammenhang, dass wir die Regierungserklärung nicht vorher bekommen haben. Aus dem Agrarressort bin ich es gewöhnt, dass Herr Minister Brunner uns seine Reden zukommen lässt, sodass wir uns auf die Inhalte einstellen können.

(Markus Rinderspacher (SPD): Da stand doch sowieso nichts drin!)

- Richtig, es stand nichts drin.

Gelobt sei, was Stimmen bringt. Aus diesem Grund wurde Herr Gauweiler am Aschermittwoch von der CSU aus der Versenkung geholt.

(Widerspruch der Abgeordneten Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU))

- Vielleicht ist "Versenkung" nicht das richtige Wort. Ich glaube aber, es war ein taktischer Schachzug der CSU, den Wadlbeißer Gauweiler aus dem Zwinger zu lassen, um die vollständige Klientel im Kampf um die Wählerstimmen unabhängig vom Abstimmungsverhalten der letzten Jahre einzufangen.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Das war aber nicht schlecht!)

- Das war nicht schlecht, Herr Ministerpräsident.

Wir FREIE WÄHLER stehen natürlich zur Einigung Europas. Wir stehen dazu, Europa positiv darzustellen. Wir wollen Europa positiv mitgestalten. Ich glaube, darin sind wir uns alle hier im Hause einig. Wenn ich mich aber mit Detailabstimmungen beschäftige, dann sehe ich, dass das Haus Europa von vielen Bauherren gebaut wurde, die teilweise nicht auf der Baustelle zugegen waren. Ich möchte hier klar und deutlich herausarbeiten: Die CSU hat in den letzten Jahren eben nicht die Interessen der bayerischen Bürgerinnen und Bürger vertreten. Hierfür möchte ich ein paar Beispiele nennen:

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Hört jetzt gut zu!)

Beginnen wir mit dem Euro. Die Verantwortlichen haben das Vertrauen in den Euro durch eine intransparente und oft widersprüchliche Politik sehr beschä-

digt. Die Menschen wollen den Euro erhalten, aber nicht überall und um jeden Preis. Kurz gesagt: Eine Haftung ohne Einfluss auf das Geschehen, eine Vergemeinschaftung von Schulden ist inakzeptabel. Wir müssen klar und deutlich sagen, dass die CSU mit in der Verantwortung steht. Sie haben diese 190 Milliarden Euro Steuergelder mit zu verantworten; denn Sie haben durch die Ratifizierung des ESM am 29. Juni 2012 die damals in Maastricht hart verhandelte Nichtbeistandsklausel ausgehebelt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das wurde von der CSU mitgetragen.

(Die Rednerin trinkt einen Schluck Wasser)

- Tut mir leid, ich bin erkältet, ich muss etwas trinken.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Prost!)

Dafür trägt die CSU ebenso die Verantwortung. Wir FREIE WÄHLER lehnen den ESM und den Fiskalpakt in der heutigen Form ab. Wir wollen das Europaparlament stärken und mehr Mitspracherecht verankern. Das alternative Herumdoktern an Symptomen bringt uns nicht weiter. Wir müssen neue Wege beschreiten. Wir FREIE WÄHLER wollen wieder eine Parallelwährung zulassen.

In vielen Bereichen spielt das Europaparlament eine Statistenrolle nach dem Motto: Hast du einen Opa, dann schick ihn nach Europa.

(Zuruf: Das ist lange her!)

- Leider ist das nicht lange her. Es sind noch genügend Ältere drin.

(Lebhafter Widerspruch – Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Keine Altersdiffamierung! Das geht fei nicht! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich komme jetzt noch zu dem ganz extremen Thema Freihandelsabkommen. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der CSU, in der Öffentlichkeit wird das Thema Freihandelsabkommen recht emotional behandelt. Wir FREIE WÄHLER stehen zum Verbraucherschutz, zu Umwelt und Sozialstandards. Das, was Sie hier mit zu verantworten haben, wollen Sie verschweigen: die mangelnde Transparenz. Sie ist ein Dauerbrenner rund um Brüssel und Straßburg. Wir wollen diese Transparenz. Wir wollen die Bürger ehrlich informieren, nicht nur einige Lobbygruppen. Bisher sind die Aussagen der CSU gebetsmühlenartig und nicht besonders überzeugend. Wer schützt uns denn vor Klagen gegen unser System der öffentlichen Daseinsvorsorge?

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Wer schützt uns vor den FREIEN WÄHLERN?)

Wie kann es sein, dass solche Klagen nicht vor ordentlichen Gerichten verhandelt werden? Die Menschen haben berechtigte Zweifel an der Belastbarkeit immer wiederholter Phrasen. Diese Zweifel werden noch bekräftigt, indem die CSU auch noch Spenden der Großindustrie annimmt, nämlich 565.000 Euro, empfangen vom Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie im Oktober 2013, passend zur Vorbereitung des Europawahlkampfs und zu den Verhandlungen über das Freihandelsabkommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir lehnen so etwas entschieden ab.

Herr Ministerpräsident, einen Vorwurf müssen Sie sich schon gefallen lassen: Der Ministerrat hat die EU-Kommission bevollmächtigt, hinter verschlossenen Türen zu verhandeln. "Der Ministerrat" bedeutet aber: die Regierung von CDU/CSU und FDP im Bund. Daran waren Sie maßgeblich beteiligt. Sie haben weder die öffentliche Daseinsvorsorge durch die Bereichsausnahme geschützt noch haben Sie eine Herausnahme des Investorenschutzes angesprochen. Wenn Wirtschaftsminister Gabriel aktuell noch nachzubessern versucht, darf das nicht auf Kosten einer ansonsten kritiklosen Zustimmung Deutschlands in diesen Bereichen erfolgen. Diese Sorge treibt mich um.

Die althergebrachten Spielchen der CSU haben auch einen guten Teil zur Europaskepsis in der Bevölkerung beigetragen: Das gibt uns Brüssel vor, wir können nicht anders, wir würden gerne, aber - - Wir haben es auch heute von der Ministerin gehört.

Ich möchte ein paar Stichworte nennen und zunächst an das Landesbankdesaster erinnern.

(Zurufe von der CSU: Oh! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das hören Sie nicht gern!)

– Das wollen Sie nicht hören, das ist mir schon klar. Hier erzählt Staatsminister Söder das Märchen, die EU erzwinge den Verkauf der GBW-Wohnungen, dies werde alternativlos von der Kommission gefordert. Dumm gelaufen; denn die Kommission hat gerade klargestellt, dass es eine Entscheidung der Staatsregierung war.

Ein Dauerbrenner ist zum Beispiel die Agro-Gentechnik. Auch um die Agro-Gentechnik gibt es immer wieder Winkelzüge und Wendungen der CSU. Es ist ein Trauerspiel nach allen Regeln der Kunst. So wird Politikverdrossenheit befeuert. Das Bundeskabinett ent-

scheidet sich für eine Enthaltung. Diese Enthaltung war faktisch aber eine Zustimmung. Die CSU hat die Interessen ihrer 3,5 Millionen bayerischen Wähler nicht vertreten. Im Koalitionsvertrag mit der SPD steht nämlich: "Wir erkennen die Vorbehalte des Großteils der Bevölkerung gegenüber der grünen Gentechnik an". Warum handeln Sie denn nicht so, wie Sie es den Bürgern versprechen?

Oder die neueste Staubsaugersaugleistungsposse, Ökodesign-Richtlinie nennt sich das. Die CDU wettert massiv dagegen, die CSU-Wahlkämpfer betonen, dass ein führender deutscher Hersteller davon profitiert, wenn man die Wattzahlen begrenzt.

(Christine Kamm (GRÜNE): Ein bayerischer!)

– Mir hat man gesagt, es ist ein deutscher. Meine Damen und Herren, im Jahr 2009 hat die Europagruppe dieser Richtlinie zugestimmt. Warum schimpfen Sie denn jetzt darüber?

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wie immer!)

Die CSU in Europa bedeutet Überregulierung zu Hause.

Oder die abenteuerliche Kehrtwende der CSU bei der Trinkwasserprivatisierung. Am 10. Dezember 2012 stimmte der deutsche Vertreter im EU-Ministerrat für die Konzessionsrichtlinie. Die CSU wollte die Trinkwasserprivatisierung, sonst hätte sich die Bundesregierung wie kürzlich bei der Maissorte 1507 wegen Uneinigkeit enthalten. CSU-Mann Markus Ferber wird noch am 15. Februar 2013 im "Münchner Merkur" folgendermaßen zitiert: "Die Bundesregierung hat keine Möglichkeit mehr, das aufzuhalten." Heute wissen wir, dass man das gekonnt hätte. Die CSU hätte dann einen Gesichtsverlust hinnehmen müssen. Ihre Fehlentscheidung wurde Gott sei Dank durch die europäische Bürgerinitiative "Right2Water" korrigiert. Nur durch den Druck der Öffentlichkeit wurden die CSU-Vertreter dazu gezwungen,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Josef Zellmeier (CSU): Auf unseren Druck!)

im Europaparlament dagegenzustimmen.

Ich hoffe, unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern ist klar, dass es keine Garantie dafür gibt, dass die CSU im Europaparlament und die Kommission nach der Wahl wieder zu den alten Absichten zurückkehren. Man kann ohne Übertreibung sagen, dass die CSU einen Unsicherheitsfaktor für unsere bewährte Trinkwasserversorgung darstellt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Seit Jahrzehnten sitzt die CSU mit am Tisch oder könnte mit am Tisch sitzen, wenn ihre Vertreter ihre Posten ernst nehmen würden. Es ist eigentlich beschämend, wenn man Sprüche und Realität genauer analysiert. Da sitzt in Brüssel das große Monster der Paragrafen. Frau Ministerin hat es ausgeführt; der Beamtenapparat ist zu groß. Die ganzen Rechenbeispiele der Kommission, die das begründen, helfen uns auch nicht weiter; die Vergleiche mit den Nationalstaaten hinken. Aufgebläht wurde dieser Apparat von den verantwortlichen Politikern selber, von den Nationalstaaten gespeist, mit zunehmender Macht versorgt. Wir wollen zu Recht die um sich greifende "Beamtokratie", wie sie unter anderem von den CSU-Vertretern in Brüssel mehr und mehr verfestigt wird, nicht mittragen.

Richtig: Die Zahl der Kommissare muss verringert werden. Richtig ist aber auch, dass die Zahl der Kommissare eigentlich am 1. November 2014 auf zwei Drittel gesenkt worden wäre. Der Vertrag von Lissabon hat das nämlich vorgesehen. Allerdings hat sich unsere Bundeskanzlerin Merkel massiv mit eingebracht, sodass dieser Vertrag nicht umgesetzt wurde.

Wenn wir mal schauen, wer da mit unserer Bundeskanzlerin regiert hat, stellen wir fest: Unser Ministerpräsident ist auch mit dabei gewesen. Also, liebe Vertreter der CSU, nicht auf Brüssel schimpfen. Hausaufgaben nicht gemacht, setzen, sechs.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Mehr Mitsprache des Volkes direkt über die gewählten Vertreter – das klingt doch wunderbar. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte Sie nur daran erinnern, dass Sie den Antrag, den die FREIEN WÄHLER vor drei Wochen eingebracht haben, abgelehnt haben. Wir FREIEN WÄHLER werden uns mit aller Kraft weiterhin dafür einsetzen, unsere Kommunen zu stärken, die Regionalität zu leben, die Subsidiarität in Brüssel einzubringen.

Die EU-Kommission wirbt aktuell mit dem Slogan: "Europawahl 2014: Diesmal geht's um mehr!" Für kaum einen Mitgliedstaat ist das so zutreffend wie für Deutschland. In Deutschland ist die 3-%-Hürde weggefallen. Es geht keine Stimme mehr verloren. Ich versichere Ihnen, jede Stimme für die FREIEN WÄHLER ist ein Zugewinn an Demokratie und Kontrolle der Macht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir werden jede Stimme nützen, um mehr Transparenz, um mehr Mitsprache und mehr Gerechtigkeit

nach Brüssel zu tragen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Müller. Bitte bleiben Sie noch. Im letzten Moment hat sich Kollege Rinderspacher zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Rinderspacher.

Markus Rinderspacher (SPD): Frau Kollegin Müller, ein herzliches Dankeschön für Ihre sehr charmanten Ausführungen. Vieles, was Sie über die Verantwortlichkeiten der CSU gesagt haben, kann man nur unterstreichen. Das war sehr pointiert dargestellt.

Allerdings habe ich doch eine Nachfrage. Sie sprachen nonchalant im Vorbeigehen davon, dass die FREIEN WÄHLER für eine Parallelwährung eintreten. Könnten Sie vielleicht in aller Kürze erläutern, was da dahintersteht? Das müssen die Bürgerinnen und Bürger in Bayern schon erfahren.

Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): Ja, das machen wir gerne.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das kann ich nachher auch noch machen!)

Markus Rinderspacher (SPD): Lassen Sie mich das kurz noch ausführen. Das würde natürlich für Ihre Klientel bedeuten – Sie sagen ja immer, die FREIEN WÄHLER seien die Mittelstandspartei –, dass ganz schön viel ins Wanken gerät. Ich habe vorhin ausgeführt, dass die bayerische Wirtschaft in erheblichem Maße vom Export abhängig ist. 53 % der bayerischen Ausfuhren gehen ins europäische Ausland. Und Sie fabulieren von Parallelwährungen in Europa mit der Konsequenz, dass die bayerische Wirtschaft ins Schlingern geraten würde, dass Tausende von Arbeitsplätzen in Gefahr wären.

(Beifall bei der SPD und der CSU – Zuruf von der CSU: Unverantwortlich!)

Diesen Punkt können wir Ihnen hier in dem Hohen Hause nicht durchgehen lassen. Das könnten Sie vielleicht im Bierzelt machen; da kommt das vielleicht gut an. Aber wenn Sie hier so nonchalant ansprechen, dass Sie für Parallelwährungen eintreten mit dramatischen Konsequenzen für die Bürgerinnen und Bürger im Freistaat Bayern, dann sollten Sie das doch etwas intensiver ausführen.

(Beifall bei der SPD und der CSU)

Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): Ich halte das nicht für unverantwortlich. Wir wissen natürlich, dass Bayern vom Export abhängig ist. Dazu stehen wir, wir brauchen den Export. Aber das hat nichts damit zu tun, dass wir zum Beispiel Griechenland den Euro lassen, aber gleichzeitig durch eine Parallelwährung sprich zurück zur Drachme - innerhalb des Landes wieder für Stabilität sorgen können.

(Zuruf der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger (SPD))

Wir haben Ausführungen von Professor Hankel, der das genau durchdacht hat. Das ist keine Haarspalterei. Und ich musste ja noch sechs Minuten Redezeit unserem Hubert Aiwanger überlassen.

(Heiterkeit bei der CSU)

Wir sind fest davon überzeugt, dass hier ein Land wieder schneller zu Stabilität kommen kann: den Euro für den Export, und innerhalb des Landes tatsächlich eine regionale Währung.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich gebe Ihnen gleich Beispiele für die Parallelwährung!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Müller. Die nächste Rednerin ist Frau Christine Kamm von den GRÜNEN. Bitte schön, Frau Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, am heutigen Tag auch liebe Europäerinnen und Europäer! Zumindest sollten Sie sich heute so fühlen.

Liebe Kollegin Müller, es ist schade, dass Sie nicht am Montag bei unserem Fachgespräch dabei waren. Wir hatten einen Kenner der Finanzsituation im südosteuropäischen Raum zu Gast, der uns sehr viel über die wirtschaftliche und finanzielle Situation dort erläutert hat und auch bei der EU-Task-Force in Griechenland mitgewirkt hat. Vielleicht wären diese Erkenntnisse ganz hilfreich gewesen.

Jetzt aber zu Ihnen, Frau Ministerin. Wir haben uns natürlich gefragt: Warum bekommt man erstens die Regierungserklärung nicht vorher, und zweitens, was wollen Sie uns mit dieser Regierungserklärung sagen? Wollen Sie uns damit sagen, dass die CSU gespalten ist, dass es einige europafreundliche Teile gibt, die in Europa unterwegs sind und sich gerne als große Europäer feiern lassen, und Teile hier in Bayern, die nicht müde werden, Europa mit überborden-

der Bürokratie gleichzusetzen und Abschottung zu predigen?

Vielleicht einige Zahlen hierzu zum Vergleich: Sie haben kritisiert, dass die EU ihren Haushalt um 5 % erweitert hat. Das kann und soll man natürlich im Europäischen Parlament kritisieren. Darüber lässt sich trefflich streiten. Aber hier eine Zahl aus Bayern: Bayern hat seinen Haushalt in den letzten fünf Jahren um 31 % ausgeweitet. Uns steht es nicht an, uns in Sachen Bürokratie als Lehrmeister aufzuspielen. Gerade Bayern steht es nicht an, sich als Lehrmeister in Sachen Bürokratievermeidung aufzuspielen. Da gibt es genug Beispiele dafür, wo man besser bei uns anfangen sollte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vielleicht noch eine kleine Anekdote: In Brüssel hat Herr Bocklet einem Gesprächspartner signalisiert, er möge das mit den Verlautbarungen aus Bayern nicht so ernst nehmen. Das wäre so etwas Ähnliches wie Folklore.

(Lachen bei der SPD – Markus Rinderspacher (SPD): Ist das so?)

Vielleicht war Ihre Regierungserklärung auch ein Teil dieser Folklore. Aber so eine Folklore wollen wir in Bayern nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sagen Ihnen: Abschottung löst keine Probleme. Euroskeptiker bieten keine Lösung an, sondern Stillstand. Wir brauchen aber Lösungen für wichtige Zukunftsfragen, die schon lange nicht mehr auf nationalstaatlicher Ebene, geschweige denn auf bayerischer Ebene gelöst werden können.

Wir sagen, Bayern verdankt Europa sehr viel. Bayern muss sich für dieses Europa auch stark machen.

Wir haben jetzt, 100 Jahre nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs und 75 Jahre nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, Frieden in Europa. Es ist wichtig, diesen Frieden zu erhalten und für die Zukunft zu sichern. Dieses Europa war die erfolgreiche Antwort auf den engstirnigen Nationalismus, der in Europa so lange seine zerstörerische Kraft entfaltet hat und zu dem wir nicht zurückkehren wollen. Die europäische Einigung hat Frieden, Freiheit und Demokratie gebracht. Sie hat wichtige Errungenschaften gebracht. Sie hat den Eisernen Vorhang überwunden. Frieden und Freiheit sind für uns jetzt selbstverständlich. Wir müssen aber diese Werte verteidigen und Sorge dafür tragen, dass sie auch morgen und übermorgen selbstverständlich bleiben.

Dazu gehört auch die Stärkung einer europäischen Außenpolitik. Auch in der Frage unserer Beziehungen zur Ukraine und Russland muss Europa klarer eine europäische Sprache sprechen, weil die Interessen Europas und die Interessen der NATO nicht unbedingt immer dieselben sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sagen, Säbelrasseln ist fehl am Platz. Die Krise muss mit besserem Dialog, besserem Verständnis und besserer Kommunikation gelöst werden. Wir sagen auch: Die Schuldenkrise ist noch nicht gelöst. Dazu brauchen wir mehr als Gedanken über Parallelwährungen, sondern wir müssen sehen, wie die Probleme der Länder, die ihre Schulden nicht begleichen können, gelöst werden können.

Eine Möglichkeit wäre, sich im Rahmen einer internationalen Schuldenkonferenz mit dieser Frage auseinanderzusetzen. Es ist einfach wahr, dass Griechenland, egal, was Sie machen und was Sie Griechenland alles erklären, 320 Milliarden Euro Staatsschulden nicht begleichen kann. Das wird nicht gehen. Griechenland wird dies auch nicht über die nächsten vier Generationen schaffen. Insofern brauchen wir eine andere Lösung als die jetzige, indem wieder 9 Milliarden Euro aus Rettungstöpfen an Griechenland überwiesen werden, die im Übrigen gleich wieder zur Schuldentilgung an den ESF zurücküberwiesen werden. Es ist notwendig, darüber nachzudenken, wie wir diese Probleme lösen. Da haben wir noch viel zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte jetzt noch einiges dazu sagen, was wir Europa noch verdanken. Wir verdanken Europa nämlich sehr viel, gerade wir in Bayern. Europa ist Vorreiter bei der Gleichberechtigung. Bürger- und Menschenrechte sind vor europäischen Gerichten einklagbar. Ich bin mir sicher: Bei der Umsetzung der Frauenquote gerade auf den Führungsebenen sowie der Forderung gleicher Lohn für gleiche Arbeit wären wir in Bayern noch weiter hinten, als wir es jetzt leider immer noch sind.

Es geht um das Thema Inklusion. Inklusion muss Schutz vor Diskriminierung bieten. Hier ist noch viel zu leisten. Ohne Europa hätten wir damit aber noch gar nicht angefangen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir öffnen unsere Schulen und Hochschulen. Millionen Studierende stehen für europaweites Lernen. Es ist sehr schön, Schulen zu besuchen, in denen das COMENIUS-Projekt und demnächst auch das ERAS-

MUS-Projekt umgesetzt werden. Sie profitieren in enormem Umfang vom grenzüberschreitenden Lernen.

Ich möchte noch etwas zum Thema Umwelt und Naturschutz sagen. Ich habe manchmal den Verdacht, einige von Ihnen könnten Umwelt- und Naturschutz, der durch die europäische Ebene vorangebracht wurde, mit Bürokratie verwechseln. Durch die Bemühungen, die auf europäischer Ebene angestoßen wurden, wurde aber erreicht, dass europaweit die Luft sauberer, die Flüsse gesünder und die Produkte sicherer werden. Auch der ökologische Landbau genießt eine breite Unterstützung. Bei diesen Initiativen, die Europa angeschoben hat, hapert es bisweilen an der Umsetzung, gerade auch in Bayern. Ich nenne zum Beispiel die Wasserrahmenrichtlinie. Nach wie vor muss Bayern seine Hausaufgaben besser erledigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich nenne die Luftreinhalterichtlinie. Auch hier gäbe es noch viel zu tun. Die Zahl von 500.000 Krankheitsfällen allein in Deutschland und 25 Todesfällen aufgrund chronischer Bronchitis ist alarmierend. Wir müssen mehr zur Sicherstellung der Luftqualität beitragen. Von der Umsetzung ist Deutschland jedoch weit entfernt. Man behilft sich mit Fristverlängerungen – wirksame Maßnahmen fehlen nach wie vor.

Ich nenne das Beispiel Artenschutz. Der Rückgang der Arten ist ein schwerwiegendes Problem in allen europäischen Ländern. Bereits 1979 trat die Vogelschutzrichtlinie in Kraft; die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie folgte. Wir verdanken dieser Richtlinie, dass mittlerweile immerhin 13 % unserer Landesfläche wenigstens einen irgendwie gearteten Naturschutzstatus genießen. Ohne Europa wäre es nie so weit gekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit der REACH-Verordnung sind bahnbrechende Neuerungen eingetreten. Neue Chemikalien müssen erst auf ihre Gesundheits- und Umweltschädlichkeit geprüft werden, bevor sie eingesetzt werden. Diese Vorsorge ist weltweit einmalig. Damit sind Standards gesetzt worden, und zwar Standards, die nie und nimmer durch die TTIP-Pakete gefährdet oder rückgeholt werden dürfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Insgesamt haben wir in den letzten Wochen im Europaausschuss schon sehr viel Kritik zum Thema TTIP geübt, sodass ich aus Zeitgründen hier nicht weiter darauf eingehen möchte.

Auch bei der Gentechnikfreiheit brauchen wir Europa. Dazu brauchen wir aber eigentlich auch kluge Politikerinnen und Politiker im Europäischen Parlament, die hierfür Sorge tragen und sich nicht mit starken Enthaltungen vom Acker machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage noch einmal: Europas Skeptiker bieten keine Lösungen an. Wir brauchen aber Lösungen für Zukunftsfragen, und wir werden dafür weiter kämpfen.

Ein weiteres Beispiel ist die Klimaschutz- und Energiepolitik. Ich nenne beispielsweise die entscheidende Rolle des EU-Emissionshandels. Diese darf nicht mehr länger ausgebremst werden, weder durch Rot noch durch Schwarz noch durch die Bundeskanzlerin.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der für Energie zuständige EU-Kommissar Oettinger weiß zwar viel; aber er versagt, wenn es darum geht, Konzepte für eine nachhaltige Energieversorgung für morgen zu entwickeln, und handelt leider als verlängerter Arm der Atom- und Kohlelobby.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die derzeitige Abhängigkeit der Europäischen Union vom Import fossiler Rohstoffe muss beendet werden. Schon heute kosten die Importe von Öl und Gas die Volkswirtschaften der Europäischen Union mehr als 430 Milliarden Euro. Das sind Kosten, die vor allem auch die Finanzen unserer Krisenländer schädigen. Eine Verringerung des europäischen Kohle-, Gasund Erdölverbrauchs trägt nicht nur zum Klimaschutz bei, sondern würde Europas Wirtschaftskraft deutlich voranbringen. Diese 430 Milliarden Euro können sinnvoller eingesetzt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie können es auch deshalb, weil der Energiebedarf in Europa dank der guten Voraussetzungen vollständig aus erneuerbaren Energien gedeckt werden könnte.

Kommen wir zum Thema Atomausstieg. Auch hier gibt es Ankündigungen des Energiekommissars, aber keine Taten – Ankündigungen, dass er den Stresstest voranbringen will, Ankündigungen, dass er für mehr Sicherheit in Atommeilern sorgen will. Diesen Ankündigungen folgen wenige Handlungen. Das sind minimale, langsame Schritte. Zudem hat er zugesagt, dass er auch die Versicherungspflicht für die europäischen Atomkraftwerke voranbringen will und dass Europa endlich angemessen mit dem Atommüll umgehen muss. Aber auch hier ist bis jetzt nicht sehr viel

passiert. Eine realistische Versicherung der möglichen Schäden würde den Atomstrom bereits heute unwirtschaftlich machen. Wir fordern europaweit eine sachgerechte Haftung der Betreiber. Diese ist momentan überhaupt noch nicht in Sicht. Das ist etwas, wozu wir Europa brauchen; denn Atomkraftwerke verursachen auch grenzüberschreitend Schäden. Hier muss in Europa endlich mehr gehandelt werden.

Wir bedauern natürlich auch, dass Oettinger beim Thema Energieeffizienz versagt. Die versprochene Energieeffizienzsteigerung um 20 % ist bis jetzt noch nicht erfolgt. Die bisherigen Ansätze werden gerade auch von unseren Unternehmen dazu benutzt, ihre eigenen Lobbyinteressen durchzudrücken, und gebären dadurch bürokratische Monster. Die Ursache dafür ist aber nicht unbedingt Europa, sondern die Ursache sind teilweise unsere Unternehmen, wenn zum Beispiel versucht wird, bestimmte Produkte, zum Beispiel von Siemens, als europäischen Standard zu definieren. Das ist nicht sachgerecht. Europa muss sich mehr gegen den Lobbyismus wehren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie kann sich Europa stärker gegen den Lobbyismus wehren? - Wir müssen Europa reformieren. Dazu gehören verschiedene Maßnahmen: Zum einen brauchen wir eine Stärkung des Europäischen Parlaments, zum anderen eine Stärkung der Rechte der europäischen Bürgerinnen und Bürger. Die europäische Bürgerinitiative Right2Water hat gezeigt, dass Bürgerinnen und Bürger erfolgreich sein können, wenn sie sich engagieren. Keine Demokratie, auch nicht in Europa, kann ohne kritische Bürgerinnen und Bürger auskommen. Wir müssen ihnen die entsprechenden Instrumente an die Hand geben und für Transparenz sorgen, dafür sorgen, dass die notwendigen Informationen fließen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So können wir am ehesten diesen überbordenden und zum Teil nicht sinnvollen Regelungen entgegentreten.

Ein weiterer Mechanismus ist die Stärkung der Regionen. Wir sind absolut der Meinung, dass der Subsidiaritätsmechanismus gestärkt werden muss und dass die Einwendungen der nationalen und regionalen Parlamente ernster genommen werden müssen, als dies bisher getan wird. Dazu müssen wir uns gemeinsam anstrengen, und das tun wir auch.

Wir wollen weiter dafür sorgen, dass die Menschenrechte in Europa für alle gelten. In den letzten Monaten gab es einige unschöne Äußerungen, insbesondere zur Situation der Sinti und Roma. Wir meinen, dass wir diesen Problemen am ehesten durch gemeinsame Anstrengungen gegen die Diskriminierung von Sinti und Roma entgegentreten können. Wir wollen die europäische Roma-Strategie flächendeckend umsetzen, auch hier in Bayern; denn auch in Bayern werden Sinti und Roma leider nach wie vor diskriminiert, beispielsweise in unserem Bildungswesen. Hier müssen wir handeln. Aber wir müssen partnerschaftlich grenzüberschreitend handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Debatten über Einschränkungen der Freizügigkeit lösen das Problem nicht, sondern das Problem kann nur durch gemeinsames Handeln gelöst werden.

Die Kampagne über Sozialhilfebetrug durch Sinti und Roma, die Sie nach Weihnachten unchristlicherweise losgetreten haben, geht aufgrund der Datenlage völlig ins Leere. Wir haben nachgefragt und festgestellt, dass es beispielsweise im Jahr 2012 - für 2013 bekamen wir die Zahlen leider noch nicht – gerade einmal zehn Fälle von Sozialleistungsbetrug durch rumänische und keinen einzigen Fall durch bulgarische Bürgerinnen und Bürger gegeben hat und dass 90 % der Sozialhilfebetrüger schlicht und einfach Bayern sind, deutsche Staatsangehörige. Dies zeigt, dass wir ganz woanders ansetzen müssen. Wir müssen nämlich dort ansetzen, wo Menschen durch Migration von gewissenlosen Immobilienbesitzern, die die letzten Kaschemmen mit Leuten vollpfropfen, ausgebeutet werden. Hier muss mehr gehandelt werden.

Auch beim Missbrauch von Scheinselbstständigen muss mehr gehandelt werden. Wieso haben wir in Deutschland 200.000 selbstständige Regalauffüller, soundso viele selbstständige Baustellenreiniger usw.? - Das liegt einfach daran, dass wir arbeitsrechtliche Regelungen haben, die missbraucht und dazu verwendet werden können, Menschen auszubeuten und an den Rand zu drängen. Gegen diese Regelungen und gegen diese Praktiken müssen wir vorgehen.

Wir müssen auch mehr dafür tun, dass das Gemeinwesen in den Städten gestärkt wird und dass das Programm "Soziale Stadt", das in der letzten Legislaturperiode schändlicherweise abgewürgt worden ist, endlich wieder anständig belebt wird.

Wir wollen nicht, dass in den nächsten Wochen weitere Kampagnen dieser Art von Ihnen losgetreten werden

Besorgniserregend ist, dass das Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung der Universität Leipzig feststellt, dass beispielsweise beim Thema Ausländerfeindlichkeit und beim Thema Antisemitismus die Werte in Bayern deutlich höher sind

als im gesamten Bundesgebiet. Dies dürfen wir nicht noch durch entsprechende Rhetorik zu unterstützen, sondern es gilt, diesem deutlich von oben entgegenzuwirken und entgegenzutreten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen ein Europa, das ernst macht mit Menschenrechten, ein Europa, das sich wirklich ernsthaft um Zukunftsfragen kümmert und das nicht verkümmert mit Bemerkungen wie: Europa muss nur möglichst klein werden; dann wird alles wieder gut.

Wir wollen ein Europa, das die Menschenrechte sichert, das die Reisefreiheit weiterhin sichert, das die Schuldenkrise engagiert angeht und das den Klimaschutz sowie die Investitionen in Arbeitsplätze, gerade in den Krisenländern, voranbringt. Wir wollen ein Europa für morgen. Wir wollen ein Europa für die Jugend. Wir wollen ein Europa, das endlich damit aufhört, Menschen an den Grenzen so zu behandeln wie derzeit. Menschen dürfen an Europas Grenzen nicht mehr ums Leben kommen. Ihnen muss geholfen werden.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Kamm. – Nun erteile ich Thorsten Schwab von der CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Thorsten Schwab (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Staatsministerin Merk, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Rinderspacher von der SPD-Fraktion hat gerade gemeint, Horst Seehofer als Ministerpräsident habe es nicht als notwendig erachtet, sich hier zum Thema Europa zu äußern. Dazu kann ich nur sagen, dass das bei uns so funktioniert: Europa gehört der Jugend und den Jüngeren. So wird das bei uns in der Fraktion gehandhabt. Das sieht man an den heutigen Rednern. Das sind Zukunftsthemen. Deswegen bekommen heute die Neuen bei uns einmal eine Chance.

(Beifall bei der CSU – Inge Aures (SPD): Das ist wieder eine Diskriminierung des Ministerpräsidenten! – Diana Stachowitz (SPD): Was soll das jetzt wieder?)

Wenn wir heute über die Europäische Union reden, dann denken die Menschen spontan an Richtlinien, Bürokratie und Gängelei. Das müssen wir wieder ändern. Wir Jüngeren sagen: Wir müssen wieder mehr die Vorteile Europas für unser Leben herausstellen. Deshalb herzlichen Dank an Frau Staatsministerin Merk für ihre Regierungserklärung, in der sie uns wieder die Vorzüge der Europäischen Union und ihrer Einheit in Europa vor Augen geführt hat.

(Thomas Gehring (GRÜNE): War das notwendig?)

Um wieder mehr Akzeptanz für Europa erreichen zu können, müssen wir Bürokratie abbauen und zur Subsidiarität zurückkehren. Die Europäische Union hat für Bayern viele Vorteile gebracht. Bayern profitiert mit seiner exportorientierten Wirtschaft in besonderem Maße von Europa. Die Herausforderungen liegen jetzt darin, eine ausgewogene Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Brüssel, den Mitgliedstaaten und den Regionen zu erreichen. Wir wollen nicht mehr Europa, sondern ein besseres Europa.

Bereits in seiner Regierungserklärung vom 12. November 2013 hat Ministerpräsident Seehofer die Notwendigkeit einer Neuausrichtung der Europäischen Union betont. Es kommt darauf an, sowohl weitere Ausdehnungen des Bürokratieapparates in Brüssel als auch zusätzlichen Aufwand für die Verwaltungen, die Mitgliedstaaten und die dortigen Unternehmen sowie die Bürger zu vermeiden. Wir brauchen ein Europa der Subsidiarität, das sich auf seine wesentlichen Aufgaben beschränkt und nicht ständig mehr Reglementierung und Zentralismus produziert.

Europa muss sich auf seine wesentlichen Aufgaben konzentrieren, bei denen ein gemeinsames Handeln der Europäer notwendig ist. Europa soll sich nicht in die Belange einmischen, die Mitgliedstaaten, Länder und Kommunen selbst regeln können.

Funktionierende Strukturen dürfen nicht gefährdet werden. Ich denke da zum Beispiel an die Bestrebungen, die Beschränkung der Weinanbauflächen EUweit aufzuheben. Es hätte nicht nur Auswirkungen auf unsere Winzer, sondern auch auf die einprägsame fränkische Kulturlandschaft, wenn die typischen Steillagen in Franken nicht mehr bewirtschaftet werden würden.

Auch Glühbirnen, Duschköpfe, Tachographen oder Olivenkännchen in Restaurants kommen ohne EU-Vorgaben aus. Wir vertrauen auf unsere Kommunen, die unsere Trinkwasserversorgung gewährleisten. Brüssel soll und muss sich auf seine Kernaufgaben beschränken und darf sich nicht überall einmischen. Den Grundsätzen der Sparsamkeit und Konsolidierung muss sich auch der EU-Apparat unterwerfen.

Insgesamt betrachtet, muss sich die Europäische Union weiterentwickeln, um künftigen Herausforderungen gerecht zu werden und auch auf Dauer auf Akzeptanz in den Mitgliedstaaten zu stoßen. Dazu gehört eine Konzentration der Kommission, die Verbes-

serung ihrer Arbeitsfähigkeit genauso wie die Besinnung auf grundlegende Aufgaben. Langfristig sollte die Zahl der Kommissare durch eine Vertragsänderung insgesamt verringert werden. Hier kann die Neubesetzung der Kommission nach den Europawahlen eine Chance sein. Entsprechende Regelungen wird der neue Kommissionspräsident finden müssen.

Verwaltungskosten und Regelungsdichte bei der EU müssen abgebaut werden. Größere Entscheidungsspielräume vor Ort müssen wieder möglich sein. Die Bürokratieabbaukommission unter Vorsitz unseres ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber hat hier Erfolge zu verzeichnen. Wir haben im Europaausschuss vor einigen Wochen einen tollen Bericht von ihm bekommen. 300 Gesetze wurden beleuchtet. 3,8 Milliarden Euro konnten allein durch elektronische Übermittlung der abzuführenden Mehrwertsteuer bei den Betrieben eingespart werden.

(Unruhe bei der SPD)

Das sagen nicht nur wir von der CSU, das sagt auch die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, die es sehr begrüßt hat, dass so viele Regelungen neu durchleuchtet worden sind. Der Präsident der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, Herr Gaffal, sagt auch, er fühle sich durch die Staatsregierung in Brüssel, in der EU gut vertreten und in der Vertretung durch die Staatsregierung gut aufgehoben.

Die EU-Mitgliedstaaten sollten auch darauf verzichten, auf EU-Richtlinien eigene Regelungen aufzusatteln, und zum Prinzip der Eins-zu-eins-Umsetzung zurückkehren. Gerade im Hinblick auf die Europawahl am 25. Mai brauchen wir eine Rückkehr zum Europa der Chancen und kein Verzetteln im Europa der Bürokratie. Es gilt: Weniger ist mehr. Weniger Regelungen führen zu mehr Akzeptanz für Europa.

Wenn ich auf die Wortmeldung der FREIEN WÄHLER zurückkommen darf: Frau Müller, Sie kritisieren ziemlich viel. Aber wenn Sie einmal in Europa auch Funktionen haben, müssen Sie, glaube ich, mehr Werbung für ein geeintes Europa machen und dürfen weniger kritisieren; denn bisher machen Sie keine Werbung für Europa, bringen Sie keine Steigerung der Beteiligung an der Europawahl.

(Beifall bei der CSU)

Europa bietet gerade für die jüngere Generation viele Chancen. Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, die Vorzüge in den Vordergrund zu stellen, indem wir uns wieder auf die Kernbotschaften europäischer Politik beschränken.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Schwab. Der nächste Redner ist Hubert Aiwanger von den FREIEN WÄHLERN. Bitte schön.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute über Europa, und ich glaube, das ist dringend nötig. Wir brauchen ein Europa der Bürger, weniger ein Europa der Lobbyisten. Wenn Sie mit den Bürgern draußen sprechen, stellen Sie fest, dass sie zu Europa stehen, sich aber deshalb Sorgen machen, weil sie sehen, dass sie immer mehr abgehängt und von Entscheidungen überrascht werden, die in der Bevölkerung eigentlich nicht mehrheitsfähig sind.

Frau Merk hat am Anfang gesagt, die Politiker hätten vielleicht häufig Angst vor den Bürgern und müssten die Bürger mehr einbinden. Dazu sage ich: Ja, nur zu! Meine Damen und Herren, binden Sie die Bürger ein! Sie haben aber leider die Bürger nicht eingebunden, als es um die Einführung des Euro gegangen ist. Niemand wurde gefragt, ob der Euro kommen soll und wie er kommen soll. Genauso wenig binden Sie heute die Bürger ein, wenn es um das Freihandelsabkommen geht. Sie haben als Bundesregierung dafür die Verantwortung, dass das so intransparent abläuft, wie es abläuft.

Wir haben in den Landtag einen Vorschlag eingebracht, der vorsieht, in Deutschland eine Volksabstimmung zum Freihandelsabkommen zuzulassen. Dieser Vorschlag wurde von Ihnen abgelehnt. Herr Söder hatte das aber vor einiger Zeit im Wahlkampfvorgeplänkel selber gefordert. Er bleibt jedoch jede Aktion schuldig, das auch umzusetzen. Das heißt: Immer wenn es heiß wird, kündigen Sie irgendwelche demokratischen Erweiterungen an. Sie kündigen an, die Bürger einzubinden. Wenn die Wahl vorbei ist, wollen Sie davon nichts mehr wissen.

Mein großer Appell an Sie gerade beim Freihandelsabkommen: Öffnen Sie endlich die Türen, lassen Sie die Bürger wissen, worum es dabei überhaupt geht, und achten Sie auf das, was die Bürger wollen! Die Bürger wollen in ihrer erdrückenden Mehrheit eben keine Gentechnik auf dem Teller zwangsverordnet bekommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Was tun Sie dagegen? - Gar nichts. Sie enthalten sich kraftvoll mit der Folge, dass die Gentechnik salonfähig wird.

Meine Damen und Herren, wir fordern Sie auf, die Bürger endlich zu Wort kommen zu lassen und einzubinden. Machen Sie Volksabstimmungen dazu! Dazu brauchen Sie vielleicht nicht unbedingt das Grundgesetz zu ändern. Dort ist doch die Möglichkeit genannt, dass das Volk in Wahlen und Abstimmungen entscheidet. Selbst wenn die Abstimmung dann die Regierenden nicht in eine Richtung zwingen sollte, genauso wie es bei Ihrem bayerischen Vorschlag ist, könnte man im Prinzip eine TED-Umfrage durchführen. Machen Sie eine solche Umfrage einmal zum Freihandelsabkommen; dann werden Sie sehen, wo die Mehrheiten sind.

Konkret schlagen wir FREIEN WÄHLER vor, die Kommission auf zehn Personen zu reduzieren. Stärken Sie den Ausschuss der Regionen, lassen Sie die Kommissare auch vom Ausschuss der Regionen mitwählen! Dann können nämlich nicht ständig solche Betriebsunfälle passieren, wie wir sie derzeit erleben müssen, dass plötzlich über einen Wettbewerbskommissar die Trinkwasserprivatisierung auf das Tapet kommt, angeblich ohne dass das irgendjemand will. Wenn der Betreffende vor dem Ausschuss der Regionen Angst haben müsste - bei ihm kann man etwas mehr Sachverstand und Bürgernähe voraussetzen, als wenn man nur mit den Lobbyisten redet -, dann würde er sich überlegen, ob er solche Vorschläge macht. Er würde sie dann nämlich nicht machen.

Und noch etwas ist uns sehr wichtig, meine Damen und Herren: Wir dürfen unter der Überschrift "Wettbewerb" nicht länger die Linie "Wettbewerb um jeden Preis" fahren. Dadurch wird sehr viel an Regionalität kaputt gemacht. Da kann ein mittelständischer Handwerker eben nicht mehr konkurrieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Da muss sich eine Kommune plötzlich mit Wettbewerbern auseinandersetzen, denen sie nicht gewachsen ist. Also, wir müssen den Wert der Regionalität, der kurzen Wege und damit des Schutzes von sozialen Standards und von Umweltschutzstandards sehr viel höher hängen. Ich würde sogar sagen, wir sollten diese Werte oberhalb des Wettbewerbs ansiedeln, anstatt mit der Parole "Wettbewerb über alles" alles plattzumachen, was nicht weltweit aufgestellt ist, am Ende inklusive der regionalen Bankenlandschaft,

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

die vor Fehlentwicklungen zunehmend Angst hat.

Wir sehen hier einen gewissen Nachholbedarf auch im Bereich der Finanzpolitik. Sie haben vorhin gefragt, wie das mit dieser Parallelwährung funktionieren soll. Meine Damen und Herren, da gibt es nicht nur namhafte Leute wie Professor Meyer von der Helmut-Schmidt-Universität, sondern es gibt auch gelebte Beispiele. Auf dem Balkan hatten früher im Ostblock schwache Währungen eine D-Mark, einen Dollar als stabile Zweitwährung.

(Zurufe von der CSU)

Manche Regionen führen wieder eine Zweitwährung ein, um regionale Wirtschaftskreisläufe aufrechtzuerhalten. Das ist auf alle Fälle sehr viel zielführender und leichter durchführbar als der Vorschlag der CSU, diesen Ländern das Seil abzuhacken und sie abstürzen zu lassen. Das können Sie ohnehin nicht durchsetzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ihr Finanzminister Söder hat gesagt, das sei wie bei einer Seilschaft: Wenn einer nicht mehr mitkommt, tief hinten im Seil hängt und mich belastet, dann haue ich das Seil ab. – Das ist nicht unser Weg, meine Damen und Herren. Wir wollen diese Länder in die Lage versetzen, sich aus eigener Kraft aus ihrem Dilemma herauszuarbeiten, aus einem Dilemma, in das Sie diese Länder mit hineingestürzt haben, als Sie die Aufnahme dieser Länder akzeptiert haben, obwohl sie die Voraussetzungen dafür nicht hatten. Das hat Griechenland nicht genutzt, und das hat uns nicht genutzt. Sie sagen bei den Wählern draußen, die Griechen müssten aus dem Euroraum geworfen werden, und hier schütteln Sie darüber den Kopf und sagen: Wir wollen alles so lassen, wie es ist.

Wir FREIEN WÄHLER wollen, dass die Euro-Zone so bleibt, wie sie ist, dass aber die Länder, die dem Wettbewerb nicht gewachsen sind, die Möglichkeit bekommen, wieder eine eigene Zweitwährung einzuführen und damit vor Ort wieder wettbewerbsfähig zu werden. So könnten sie ihren eigenen Wirtschaftskreislauf aufrecht erhalten und einen Beitrag dazu leisten, die Schulden zurückzuzahlen, anstatt Massenarbeitslosigkeit zu haben, die dazu führt, dass am Ende der Ofen aus ist. Wir brauchen ein Europa der Bürger und nicht ein Europa derjenigen, die es in den letzten Jahren zu einem Europa der Lobbyisten gemacht haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Aiwanger. Die letzte Wortmeldung innerhalb der Aussprache kommt von Kollegin Mechthilde Wittmann von der CSU. Bitte schön, Frau Wittmann.

Mechthilde Wittmann (CSU): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Vizepräsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt in hervorragender Art und Weise vom niederbayerischen Dollar gehört. Ich

schlage vor, wir kehren zur europäischen Politik zurück, zu dem Bereich, wo sich die Wirtschaftspolitik stellen und bewähren muss.

(Beifall bei der CSU)

Hier ist derzeit natürlich das Freihandelsabkommen das Thema, das die Bürger beschäftigt und über das wir auf der einen Seite sachgerecht aufklären. Auf der anderen Seite müssen wir vor allen Dingen die bayerische Position in bewährter Art und Weise entscheidend einbringen, zum Beispiel über das Europäische Parlament und über unsere Parlamentarier, die bereits vor zwei Wochen im Ausschuss durch Albert Deß, einen urbayerischen Parlamentarier, einen guten Erfolg erzielen konnten, um Verhandlungsstücke zurückzunehmen. Genauso müssen wir verhandeln. Die Regierungen der Länder, mithin auch Bayern, werden sich hier im Sinne des Europas der Regionen, wie wir das als Geschäftsgrundlage immer wollten, weiterhin stark einbringen.

Meine Damen und Herren, dass uns dies gut gelungen ist, haben wir bereits gezeigt; denn die Kommission hat einen Vertreter zu uns in den Landtag geschickt. Er hat ausdrücklich betont, dass die Kommission erstmals in ein regionales Parlament geht, um sich hier Fragen zu stellen und Antworten zu geben. Sie sehen, der bayerische Einfluss ist einer der stärksten in ganz Europa. Das wollen wir weiterhin so halten. Selbst wenn wir keine rechtlich verankerte Entscheiderposition haben, wollen und werden wir Europa durch unsere Einlassungen und dadurch, wie unsere Staatsministerin, verehrte Frau Dr. Merk, und unser Ministerpräsident agieren, weiter stärken. Uns gelingt es, bayerische Positionen effizient einzubringen.

(Beifall bei der CSU)

Ich denke, wir sind uns darin einig, dass eine neue transatlantische Partnerschaft durch die weitere Öffnung der Märkte sehr wohl dazu beitragen kann, dass die Wirtschaft in Bayern, in Deutschland und in Europa gestärkt wird. Grundlage hierfür aber ist selbstverständlich, dass wir unsere Standards entsprechend hoch halten. Das aber hat nie jemand angezweifelt, ganz im Gegenteil. Sie sind die Grundlage für den großen Erfolg Bayerns.

Sie wissen, für Bayern sind die USA neben der EU der stärkste Exportpartner. Wir haben uns diesen großen Exportmarkt durch die Qualität und die Nachhaltigkeit unserer Produkte und Dienstleistungen erobert. Diese wurden im Übrigen auch durch die Großunternehmen, vor allem aber durch unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen und auch durch die Landwirtschaft, unsere Lebensmittelerzeuger, ge-

schaffen. Hier wurden eine solche Qualität und solche Standards geschaffen, dass die Attraktivität und die Stärke unserer Produkte für das Ausland so interessant wurden. Deswegen ist für uns völlig unabdingbar, dass wir die Standards im Verbraucherschutz, im Arbeitnehmerschutz, in der Landwirtschaft und damit auch in der Lebensmittelqualität aufrechterhalten. Wir werden sie durch ein Freihandelsabkommen nicht gefährden lassen. Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn es uns gelingt, die Standards, die wir in Deutschland und in Europa mit geschaffen haben, zum Maßstab der Weltwirtschaftsordnung zu machen, wird es uns gelingen, auch in der starken Partnerschaft mit den USA, soweit sie sich der Partnerschaft, wie wir sie sehen, anschließen können, erfolgreiche und weitere gute Handelsabkommen mit den sogenannten Drittstaaten abzuschließen, zu denen auch China gehört.

Damit sage ich für Bayern: Eine der Soll-Bruchstellen im Freihandelsabkommen ist die Frage, ob wir die Standards aufrechterhalten können oder nicht. Eines darf ich hinzufügen. Voraussetzung für den Zugang zu den Märkten ist unstrittig die Beidseitigkeit. Voraussetzung ist damit auch, dass die "Buy American"-Klauseln fallen müssen. Das ist einer der wichtigsten Punkte im Freihandelsabkommen, und auf ihn gehen wir bisher viel zu wenig ein.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich in diesem Zusammenhang eine weitere Voraussetzung nennen, die für die Bayerische Staatsregierung nicht verhandelbar ist. In Fragen des Datenschutzes wird es im Rahmen des Freihandelsabkommens nur dann eine Regelung geben, wenn sie nach unseren Standards festgelegt ist und wenn sie unzweideutig festgeschrieben ist und nachdem die Spionagevorwürfe gegen die US-Geheimdienste und andere Geheimdienste umfassend geklärt sind und das weitere Vorgehen unstrittig festgehalten ist.

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt ansprechen, den Sie als noch offen bezeichnet haben, wo uns aber durch die bayerische Stimme ein weiterer Erfolg gelungen ist. Wir haben darauf gedrungen, dass die öffentliche Daseinsvorsorge von den Debatten um das Freihandelsabkommen ausgenommen bleibt, und das ist uns auch gelungen. Wir haben hier einen weiteren Schritt angezeigt, den wir tun werden. Wir wollen keine abschließende Regelung der Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir wissen, dass die Entwicklung weiterschreitet. Noch vor zehn Jahren hätte niemand in diesem Hause die schnelle Breit-

bandversorgung zur öffentlichen Daseinsvorsorge gezählt. Heute aber ist dies eine Selbstverständlichkeit.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

- Wenn Sie darauf bestehen, sind Sie mit mir einer Meinung, und darüber freue ich mich sehr. Wir können das nicht abschließend regeln, sondern müssen im Sinne der Unionsbürger und der bayerischen Bürger für weitere Entwicklungen offen bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Lassen Sie mich zu einem weiteren Knackpunkt kommen, in dem wir auch eine sehr klare Haltung einnehmen, zum Investitionsschutz; Sie haben ihn bereits angesprochen. Auch hier kann es keinen Verhandlungsspielraum geben. Wir sind der Ansicht, die vergleichbaren und hoch entwickelten, vor allen Dingen aber auch gut funktionierenden Rechtssysteme in Europa und den USA bedürfen keiner parallelen Schiedsgerichtsbarkeit. Es kann nicht sein, dass Schiedsgerichte, deren Besetzung keinen rechtsstaatlichen Grundsätzen folgt, eine intransparente Entscheidung fällen, die im Übrigen nur von Unternehmen eingeklagt werden kann, die nicht aus unserem, sondern dem jeweils anderen Lande stammen.

Das verstehen wir nicht unter richtiger Rechtsfindung. Wir glauben, die Rechtssysteme beider Partner passen zueinander. Im Übrigen wäre keine Rechtsmittelinstanz vorgesehen. Dies wäre mit unserer Rechtsordnung nicht vereinbar. Wir werden darüber nicht mit uns verhandeln lassen. Wir glauben, dass die EU-Mitgliedstaaten über ihre öffentlich-rechtlichen Untergliederungen zur Regelung der legitimen Ziele in den Bereichen der öffentlichen Ordnung, in den Bereichen Arbeit, Soziales, Verbraucherschutz, Umwelt, aber auch - Sie haben das angesprochen - der Stabilität des Finanzsystems, der Sicherheit, der öffentlichen Gesundheit und schließlich auch der Gefahrenabwehr allein und uneingeschränkt handeln und regeln können sollen. Das muss unangetastet bleiben, und dafür werden wir uns weiterhin einsetzen.

Meine Damen und Herren, die Europawahlen sind angesprochen worden. Wenn wir wollen, dass Bayern in Europa eine starke Stimme hat und dass Bayern in Europa seinen Einfluss weiterhin geltend machen und verstärken kann, ist es wichtig, dass wir daran in den nächsten Wochen mit Herz und Verstand gemeinsam arbeiten, dass die Menschen zur Wahl gehen und die bayerische Repräsentanz im Europäischen Parlament durch viele Abgeordnete aus den demokratischen Parteien stärken. Ich denke, hier sind wir uns einig, und ich bitte Sie alle: Lassen Sie uns daran gemeinsam arbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Wittmann. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat nun Frau Staatsministerin Dr. Merk das Wort, Bitte schön.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Europaangelegenheiten): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich bedauere es, wenn in einer solchen Debatte Forderungen an uns gerichtet werden, die in keiner Weise dafür sprechen, dass man sich mit dem Thema Europa oder mit den Institutionen in Europa intensiv beschäftigt hat. Zum Beispiel hat Herr Aiwanger gesagt, der AdR müsse sich an der Auswahl der Kommissare beteiligen.

Ich bedauere es auch, dass die Fraktion der GRÜ-NEN alle Vorurteile bedient und sich als Europas Chefbürokraten darstellt, eine Partei, die wirklich noch an die gestalterische Kraft von Gesetzen und Vorschriften glaubt. Ihr Wahlprogramm zur Bundestagswahl hat eine eigene Sprache gesprochen und war voll davon: neue Grenzwerte in der europäischen Chemikalienverordnung - wir haben das alles heute wieder gehört -, europäische Bodenschutzrichtlinie, EU-Datenschutzregelungen, Rechtsgrundlagen für die Polizei und Ähnliches. Ich frage mich wirklich, ob wir nicht irgendwann zu dem Punkt kommen, an dem wir sagen, wir sind für die Bürgerinnen und Bürger da, wie das heute auch von einigen Rednern sehr deutlich gemacht worden ist. Lieber Herr Rinderspacher, ich tue das nicht gern, aber wenn Sie schon sagen, wir würden nur mit den üblichen Themen ankommen, dann muss ich Ihnen auch sagen: Sie haben heute eine ziemliche rhetorische Pflichtübung geliefert.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das habe ich nicht gesagt! – Diana Stachowitz (SPD): Das hat er nicht gesagt!)

Es hat mir echt wehgetan, dass der europapolitische Sprecher Ihrer Partei heute seine Fachkompetenz nicht eingebracht hat. Wenn Sie uns das stillschweigend vorwerfen, dann sage ich zu Ihnen: Wir sind Taktgeber für Themen, und das haben Sie auch in vielen Punkten - -

(Markus Rinderspacher (SPD): Oh! – Diana Stachowitz (SPD): Nicht für Europa, sondern Taktgeber gegen Europa!)

Wenn Sie es nicht wissen, würde ich Ihnen einfach mal Zeitungslektüre empfehlen. Dann finden Sie jede Menge Themen, mit denen wir uns auseinandersetzen. (Markus Rinderspacher (SPD): Ich habe gegoogelt: Merk, Krim, Ukraine. Ich habe Sie nicht ein einziges Mal gefunden, Frau Merk! – Zurufe der Abgeordneten Diana Stachowitz (SPD) und Christine Kamm (GRÜNE))

Dann schauen Sie sich die Pressemeldungen an, die aus dem Haus rausgehen, und hören Sie sich unsere Reden an. Aber hier ging es um etwas anderes. Sie haben es ganz allgemein gemacht. Die Politik beim Thema Euro und Eurorettung hat Angela Merkel auf den Weg gebracht. Sie ist von Bayern mit geprägt worden und wendet sich gerade gegen die Eurobonds.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Auch wenn Sie jetzt von den Eurobonds Abstand nehmen, sind doch Ihre europäischen Partner selbstverständlich immer noch dabei. Das ist ein Thema, mit dem wir gepunktet haben. Glauben Sie, dass die Griechen sich heute Morgen bzw. in den letzten zwei Tagen mit positiven Ergebnissen des Haushalts 2013 hätten präsentieren können, wenn es nicht gerade unsere Ziele gewesen wären,

(Markus Rinderspacher (SPD): Die Bundesregierung hätte das ohne die SPD nicht gemacht! Sie waren doch gespalten!)

den Haushalt zu konsolidieren und keine weitere Verschuldung und Vergemeinschaftung von Schulden mit auf den Weg zu bringen?

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Denn für die nationalen Mitgliedstaaten ist es der wesentliche Punkt, ihre Finanzen zu ordnen.

Beim Thema Freihandelsabkommen haben wir selbstverständlich sehr frühzeitig gesagt, wo Knackpunkte und Schwierigkeiten sind und dass vor allem das Thema Transparenz ein ganz wichtiges Thema ist, das wir auf den Weg bringen können.

(Diana Stachowitz (SPD): Sie hätten doch Transparenz schaffen können! Das ist die Aufgabe der Nationalstaaten!)

Was andere im Moment noch nicht verstehen, ist die Tatsache, dass nicht die Bundesregierung allein über die Transparenz entscheidet, sondern dass solche Themen natürlich zwischen den beiden Verhandlungspartnern zu klären sind. Darauf wirken wir alle hin. Auch Ihr Bundeswirtschaftsminister Gabriel

spricht dieses Thema jetzt sehr deutlich an und sagt, wir brauchen Transparenz.

(Diana Stachowitz (SPD): Seit November sprechen wir das an!)

Wir haben im Übrigen eingebracht, dass wir keinerlei geklontes Fleisch, Hormonfleisch oder Ähnliches auf unseren Tellern haben wollen, Frau Kamm.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Wir wollen diese Importe nicht. Wir sind auf den Schutz unserer Lebensmittelerzeugung ganz besonders stolz, haben diese Standards mit großen Anstrengungen in Europa durchgesetzt und wollen sie weiterhin beibehalten.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Frau Mechthilde Wittmann hat das eben sehr deutlich gemacht: Wir waren diejenigen, die das Thema Trinkwasser gegen die Liberalisierungsbemühungen von Barnier verteidigt haben.

Wir sind diejenigen, die permanent für das Thema Subsidiarität eintreten. Wir sind diejenigen, die eine Erweiterung der Europäischen Union mit Augenmaß anmahnen.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Ich nenne das Stichwort Türkei. Wir sind diejenigen, die Sozialmissbrauch angeprangert haben, und lassen uns keinesfalls sagen, dass wir nicht klare Bekenntnisse zur Freizügigkeit gegeben hätten. Der Ministerpräsident hat in einer Vielzahl von Reden immer wieder deutlich gemacht, dass das Thema Freizügigkeit eines der wesentlichsten ist.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Das können Sie jetzt auf jeden Fall in allen Zeitungen nachlesen.

(Lachen des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Es waren Ihre Oberbürgermeister und Präsidenten der Städtetage, die in ihren Schreiben deutlich gemacht haben, der innere Friede könne gefährdet sein, wenn wir uns in diesem Punkt nicht einmischen.

(Markus Rinderspacher (SPD): In einem ganz anderen Zusammenhang!)

Sagen Sie bitte nicht, dass es hier eine Zurückhaltung vonseiten Ihrer Bürgermeister gegeben hätte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, dass wir bei diesen Punkten viel näher beieinander sind, als Sie es dargestellt haben. Ich habe damit überhaupt kein Problem. Ich habe nur ein Problem damit, lieber Herr Rinderspacher, wenn Sie die Themen, die wir jeden Tag in unseren Reden, in unseren Äußerungen, in unseren Erklärungen nach draußen geben und auch den Bürgern deutlich machen, ignorieren und unter den Tisch fallen lassen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Seit 15 Jahren hat es keine Regierungserklärung zur Europapolitik im Parlament mehr gegeben, Frau Ministerin! – Diana Stachowitz (SPD): Keine Ängste schüren!)

Das ist zwar die Aufgabe der Opposition. Aber, sorry noch einmal, es ist meine Aufgabe, darauf hinzuweisen: Da sind Sie echt falsch gelegen!

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Vielleicht ist eine kleine Erläuterung notwendig. Die zusammenfassende Stellungnahme ist nicht Teil der Aussprache. Deshalb sind keine Zwischenfragen oder Zwischenbemerkungen möglich. Ich sage das, weil einige Kollegen bedauert haben, nicht noch einmal reagieren zu können.

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Inge Aures, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD) zur Änderung des Bestattungsgesetzes Schaffung einer gesetzlichen Regelung zur Ermöglichung des Erlasses gemeindlicher

Ermöglichung des Erlasses gemeindlicher Friedhofssatzungen bzw. Friedhofsordnungen für ein Verwendungsverbot für Grabmale aus ausbeuterischer Kinderarbeit (Drs. 17/94)

- Zweite Lesung -

Ich eröffne die Aussprache. Im Ältestenrat wurde hierzu eine Redezeit von fünf Minuten pro Fraktion vereinbart. Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Angelika Weikert von der SPD.

Angelika Weikert (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir schreiben heute den 3. April 2014. Ich verkünde Ihnen keine Neuigkeit. Ich nenne das Datum nur deshalb, weil unser Gesetzentwurf etwas regeln will, was bereits im April des Jah-

res 2009 von der Stadt Nürnberg in ihrer Friedhofssatzung geregelt wurde.

(Unruhe)

Entschuldigung, Frau Präsidentin, vielleicht kann man

(Glocke der Präsidentin)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Sie haben schon recht. Grundsätzlich möchte ich darum bitten, das Gemurmel – das ist schon den ganzen Vormittag ein sehr lautes Grundrauschen – etwas herunterzufahren. Das tut den Stimmen der Redner und Rednerinnen gut.

Angelika Weikert (SPD): Vielen Dank für den Hinweis. Wir sind vielleicht alle ein bisschen erkältet; auch ich. Da tut es gut, nicht gegen so viele Nebengeräusche ankämpfen zu müssen.

Ich fange noch mal an. Unser Gesetzentwurf geht darauf zurück, dass die Stadt Nürnberg bereits im April des Jahres 2009 - jetzt ist es fünf Jahre später - eine Bestimmung in ihre Friedhofssatzung aufgenommen hat, wonach keine Grabsteine aufgestellt werden dürfen, die irgendwo in der Welt mit ausbeuterischer Kinderarbeit hergestellt wurden. Ich glaubte zunächst, dass wir alle diesen Grundsatz politisch teilen; denn Kinderarbeit ist etwas, was wir keineswegs billigen können. Bei den vielen Debatten, die es zu diesem Thema hier im Landtag gegeben hat, habe ich das immer wieder betont. Wir können als Bayerischer Landtag immer nur ganz kleine Zeichen setzen im Hinblick auf den Punkt, wie Arbeit zur Abschaffung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und ausbeuterischer Kinderarbeit international funktioniert. Dieser Zusatz in der Friedhofssatzung der Stadt Nürnberg ist wirklich nur ein kleiner Baustein, ein kleines Element.

Es gab gegen die Entscheidung der Stadt Nürnberg eine Klage eines ansässigen Steinmetzes. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat darüber im September 2009 entschieden und bereits damals festgestellt. Kommunen dass die zwar Selbstbestimmungsrecht haben, aber für den Erlass einer solchen Friedhofssatzung ein Landesgesetz notwendig ist. Es gab daraufhin Verfassungsbeschwerde. Der Verfassungsgerichtshof ist bemüht worden. Ich will aufgrund der Kürze der Zeit nicht auf alle Entscheidungen eingehen. Fakt ist allerdings, dass bereits im Jahr 2009 festgestellt wurde, dass wir ein Landesgesetz brauchen. Darauf folgte eine unschöne Zeitspanne, in der sich vieles verzögert hat, indem die Sache in das Wirtschaftsressort unter dem damaligen Wirtschaftsminister Martin Zeil gelangt ist. Er wollte uns allen klarmachen, hier gelte das Gesetz von Angebot und Nachfrage, und wir müssten hier überhaupt nichts regeln.

Jetzt ist eine abschließende Entscheidung getroffen worden. Diese haben wir mit dem Gesetzentwurf, der heute in Zweiter Lesung behandelt wird, aufgegriffen. Nach der Ersten Lesung folgte die Diskussion im federführenden Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport. Dort kam es zu folgender Merkwürdigkeit: Unser Gesetzentwurf wurde zwar nicht angegriffen; es wurde deutlich, dass wir ein Landesgesetz brauchen. Gleichzeitig wurde uns aber vorgehalten, wir hätten nicht genügend ausgeführt, wie der Nachweis der Wertschöpfungskette gegenüber dem Auftraggeber zu erfolgen hat, also wie nachgewiesen werden kann, dass ein Grabstein nicht mithilfe ausbeuterischer Kinderarbeit hergestellt wurde.

Darauf erwidere ich Ihnen, Kolleginnen und Kollegen: Das müssen wir nicht in diesem Gesetz regeln. Dazu kann das Ministerium eine Verordnung erlassen, in der die Bestimmungen darüber, wie der Nachweis zu erbringen ist, genau aufgeführt sind. Trotz dieses Hintergrundes haben Sie im Ausschuss wiederum unseren Gesetzentwurf abgelehnt.

Meine Redezeit geht zu Ende; ich glaube, der Sachvortrag ist Ihnen weitgehend bekannt. Abschließend frage ich Sie: Wie lange noch wollen Sie ein Landesgesetz verzögern, das genau diese Regelung beinhaltet? Es wäre zwar kein großer, aber doch ein gewisser Beitrag zur Abschaffung ausbeuterischer Kinderarbeit in der Welt. Wir können diesem Gesetzentwurf heute zustimmen und gleichzeitig die Ministerien beauftragen, eine entsprechende Rechtsverordnung zu erlassen. Sie würden mit Ihrer Zustimmung heute endlich ein politisches Signal aussenden, dass Sie den Inhalt dieses Gesetzes --

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen W. Heike (CSU))

- Reden Sie nicht dazwischen, meine Redezeit geht zu Ende. Ich hatte vorhin keine Gelegenheit, mich deutlich zu äußern. – Dann würden Sie endlich ein Signal dahin gehend setzen, dass Sie diesen Grundsatz, der im Gesetz aufgegriffen ist, auch politisch unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, bevor ich als nächsten Kollegen Herrn Freiherr von Lerchenfeld ans Rednerpult bitte, möchte ich Ihnen mitteilen, dass für die beiden Tagesordnungspunkte 3 und 4 namentliche Abstimmung beantragt ist. – Bitte.

Ludwig Freiherr von Lerchenfeld (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir behandeln heute in Zweiter Lesung den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion zur Änderung des Bestattungsgesetzes. In das bayerische Bestattungsgesetz soll, wie wir wissen, eine Regelung aufgenommen werden, wonach Friedhofsträger in ihren Friedhofssatzungen festlegen können, dass nur Grabsteine aufgestellt oder Grabeinfassungen angebracht werden dürfen, die nachweislich in ihrer gesamten Wertschöpfungskette aus fairem Handel kommen und ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der Konvention 182 der International Labour Organization hergestellt worden sind.

Dieses Ziel, gegen den Einsatz ausbeuterischer Kinderarbeit zu kämpfen, ist richtig und wichtig.

(Angelika Weikert (SPD): Warum machen Sie es dann nicht?)

Der Gesetzentwurf ist allerdings abzulehnen, weil jetzt hören Sie bitte einmal genau zu - die geplante Regelung nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Noch einmal: Die CSU-Fraktion setzt sich nachdrücklich für die Bekämpfung jeglicher Form ausbeuterischer Kinderarbeit ein. Wir werden diesem Anliegen in allernächster Zeit in Form eines Gesetzes nachkommen. Unser entwicklungspolitischer Sprecher Hermann Imhof wurde hierbei bereits initiativ. Den Gesetzentwurf der SPD zur Änderung des Bestattungsgesetzes lehnen wir allerdings ab, weil er auch in der im Innenausschuss zur Abstimmung gestellten Fassung gegen das Grundgesetz verstößt und damit sein Ziel, über das im Hohen Hause seit Jahren Einverständnis besteht, nicht erreichen kann. Es ist wichtig, sich das bewusst zu machen.

Ich erkläre Ihnen gern, warum es sich so verhält. Das Bundesverwaltungsgericht hat in seinem Urteil vom 16. Oktober 2013 festgestellt, dass die Regelung in der Friedhofssatzung der Stadt Nürnberg, über die Sie. Frau Weikert, berichtet haben, wonach nur Grabmale verwendet werden dürfen, die nachweislich in ihrer gesamten Wertschöpfungskette ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt wurden, gegen höherrangiges Recht, hier gegen das Grundgesetz, verstößt. Die Verwendung von Grabmalen auszuschließen, die unter ausbeuterischer Kinderarbeit hergestellt wurden, ist zwar ein verfassungsrechtlich legitimer Zweck. Den Steinmetzen diesen Nachaufzubürden, beeinträchtigt jedoch deren Berufsausübungsfreiheit in unzumutbarer Art und Weise, solange nicht zugleich bestimmt wird, wie dieser Nachweis geführt wird.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Entschuldigung, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Ludwig Freiherr von Lerchenfeld (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Jetzt nicht, bitte stellen Sie sie erst am Ende. – Artikel 12 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes erlaubt Eingriffe in die Berufsfreiheit nur auf der Grundlage einer gesetzlichen Regelung, die Umfang und Grenzen des Eingriffs deutlich erkennen lässt. Dabei muss der parlamentarische Gesetzgeber alle wesentlichen Entscheidungen selbst treffen. Die bisherigen Regelungen im Bestattungsgesetz reichen dazu nicht aus. Auch die von der SPD nun vorgeschlagene Regelung der Nachweispflicht durch Rechtsverordnung der Staatsregierung genügt den Anforderungen des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts nicht. Vielmehr muss hier der Landtag selbst tätig werden.

Wie Sie wissen, hat die CSU einen eigenen Antrag eingebracht, mit dem die Staatsregierung aufgefordert wird, dem Landtag einen Vorschlag für eine gesetzliche Regelung zu Grabmalen, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt wurden, zu unterbreiten. Dabei wird die Staatsregierung die Vorgaben des Bundesverwaltungsgerichts umsetzen; davon bin ich fest überzeugt. Nur so wahren wir einerseits die berechtigten Interessen des Steinmetzhandwerks und bieten den Kommunen andererseits eine rechtssichere Möglichkeit, Grabsteine aus Kinderarbeit wirksam von ihren Friedhöfen zu verbannen. Meine Fraktion lehnt daher den Gesetzentwurf der SPD ab. Wir bitten Sie gleichzeitig, unserem Antrag, der federführend im Innenausschuss behandelt wurde, zuzustimmen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Vielen Dank. Einen Moment; Frau Kollegin Weikert möchte eine Zwischenbemerkung machen.

Angelika Weikert (SPD): Lieber Kollege, wir haben unserem Gesetzentwurf im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport einen Satz hinzugefügt, der entscheidend ist und der genau auf das eingeht, was Sie gesagt haben. Demnach lautet das Ende unseres Gesetzentwurfes wie folgt:

Der Friedhofsträger kann zur Prüfung nach Satz 1 einen Nachweis fordern; auf Verlangen sind dem Friedhofsträger vollständige und prüffähige Unterlagen vorzulegen. Das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr wird ermächtigt, im Benehmen mit dem Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie das Nähere durch Rechtsverordnung zu bestimmen.

Wir sind also in unserem vorliegenden Gesetzentwurf genau auf die erwähnten Vorgaben des Gerichts eingegangen. Sie wollen aber einem SPD-Gesetzentwurf einfach nicht zustimmen. Deswegen schließe ich eine Frage an: Wann kommt endlich der Gesetzentwurf aus den Ministerien? Wir warten seit fünf Jahren darauf.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Ludwig Freiherr von Lerchenfeld (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Liebe Frau Weikert, Sie sind eben nicht dem Urteilstenor des Bundesverwaltungsgerichts gefolgt, und Sie haben auch nicht Artikel 12 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes beachtet. Wir gehen in allernächster Zeit in die Planung. Unser entwicklungspolitischer Sprecher Hermann Imhof nickt.

(Angelika Weikert (SPD): Und wann kommt Ihr Gesetzentwurf? Wissen Sie das nicht? Noch in dieser Legislaturperiode? – Harald Güller (SPD): Achselzucken beim Redner der CSU!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Als Nächster erteile ich Frau Kollegin Tanja Schweiger das Wort.

Tanja Schweiger (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedaure es sehr, dass das Thema, keine Grabsteine aus ausbeuterischer Kinderarbeit zuzulassen, schon ein Thema war, bevor ich in diesen Landtag gekommen bin. Dieses Thema ist nicht abgeschlossen. Es wird leider auch noch ein Thema sein, wenn ich diesen Landtag im nächsten Monat verlassen werde. Es hilft nichts, wenn wir uns alle gemeinsam parteiübergreifend einig sind, dass wir das nicht wollen. Wir müssen jetzt endlich diesen vielen Worten Taten folgen lassen.

Im Zusammenhang mit den Gesetzentwürfen, die vorliegen, haben die jeweiligen Redner die Situation ausführlich erklärt. Wir schließen uns der Argumentation des Redners der CSU-Fraktion an. Deshalb werden wir dem Gesetzentwurf der CSU zustimmen und dem Gesetzentwurf der SPD nicht zustimmen. Die Problematik war bei euch, dass der Gesetzentwurf gekommen ist, bevor die genaue Formulierung des Gerichtes vorlag. Die Schwierigkeit besteht darin, dass dieses Problem nicht mit einer Rechtsverordnung geregelt werden kann, sondern dass man die Regelung in ein Gesetz gießen muss. Die Fakten sind jetzt da. Ich bitte darum, sich nicht weiterhin hinter irgendwelchen Argumenten zu verstecken und zu sagen, es ginge wegen der Steinmetze nicht. Jetzt muss endlich einmal gesagt werden, wie es geht. Darum muss man sich jetzt kümmern. Wir sollten uns nicht weiter hinter irgendwelchen Zuständigkeiten verstecken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe diese Befürchtung, wenn ich an unser Gespräch im Ausschuss denke. Damit meine ich das Innenministerium. Der Staatssekretär ist heute da. Lieber Gerhard, bitte kümmere dich darum. Wir müssen auch gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium weiterkommen. Von dort hieß es aber, dass die Zuständigkeit beim Gesundheitsministerium liege. Ich freue mich, dass die Gesundheitsministerin hier ist. Bitte kümmert euch alle gemeinsam darum und versteckt euch nicht einer hinter dem anderen und denk nicht: Irgendeiner macht's schon.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Die Formulierung "in dieser Legislaturperiode" ist einfach zu wenig. Wir stehen gerade einmal am Anfang dieser Legislaturperiode. Wir sollten uns gemeinsam zum Ziel setzen, in diesem Jahr zusammen mit allen, die damit zu tun haben, dem Gemeindetag, den Ministerien und vor allem den Steinmetzen, eine praxistaugliche Regelung, die vor dem Gericht standhält, in ein Gesetz zu gießen, damit mit diesem Thema endlich ein für alle Mal Schluss ist. Den Kindern, die ausgebeutet werden, hilft es nichts, wenn wir ständig über dieses Thema sprechen und es nicht schaffen, ein Gesetz zu verabschieden. In diesem Sinne bitte ich darum, dass wir alle zusammenstehen und noch in diesem Jahr vom Ministerium ein vernünftiger Gesetzentwurf vorgelegt wird, den wir umsetzen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich darf jetzt Herrn Kollegen Mistol ans Rednerpult bitten.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche, mich kurz zu fassen, weil bereits längst alles gesagt ist. Alle Argumente sind ausgetauscht. Im Ziel sind wir uns offensichtlich einig. Was wir aber brauchen, lieber Herr Kollege von Lerchenfeld, ist heute Ihre Zustimmung, Seit Jahren fordern wir GRÜNEN, Grabsteine aus Kinderarbeit endlich aus den kommunalen Friedhöfen zu verbannen. Schließlich hat sich der Landtag bereits im Jahr 2009 einstimmig dazu verpflichtet, die notwendige Rechtsgrundlage für den Ausschluss von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit in Friedhofssatzungen zu schaffen. Passiert ist seither nichts. Die Staatsregierung hat stattdessen lieber weiter die Hände in den Schoß gelegt und die Verantwortung auf die Kommunen abgewälzt.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄH-LERN) Kolleginnen und Kollegen, die Strafe folgte auf dem Fuß, als das Bundesverwaltungsgericht die Regelung der Stadt Nürnberg im vergangenen Jahr einkassiert hat. Zwar sei der Zweck, so das Gericht, verfassungsrechtlich legitim, es bedürfe aber einer gesetzlichen Grundlage für ein Verbot und klarer Vorgaben für die Umsetzung. Der Fingerzeig aus Leipzig geht also unmissverständlich in Richtung Staatsregierung, die es bisher versäumt hat, entsprechende landesgesetzliche Regelungen auf den Weg zu bringen. Dass es einfach gehen kann, haben wir GRÜNE bereits mit unserem Gesetzentwurf aus dem Jahr 2010 bewiesen. Dieser sah eine entsprechende Änderung des bayerischen Bestattungsgesetzes vor. So sollte es den Kommunen ermöglicht werden, einen Ausschluss von Grabsteinen aus Kinderarbeit festzusetzen, wie es im Saarland und mittlerweile auch in Bremen und Baden-Württemberg landesrechtlich geregelt ist und dort auch erfolgreich umgesetzt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, hier und heute haben Sie nun endlich erneut die Chance, einen Schlussstrich zu ziehen und dem schmutzigen Geschäft mit Grabsteinen aus Kinderarbeit das Wasser abzugraben. Stattdessen ist jedoch zu befürchten, dass noch weitere Jahre ins Land ziehen werden, bevor Sie die dafür notwendige Änderung des Bestattungsgesetzes unter Dach und Fach bringen werden. Herr Kollege von Lerchenfeld, ich habe gehört, was Sie gesagt haben. Sie haben angekündigt, alsbald und in nicht allzu langer Zeit würden wir etwas von Ihnen hören oder lesen. Lieber Herr Kollege von Lerchenfeld, allein mir fehlt der Glaube.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen von der CSU, hier und heute haben Sie die Möglichkeit, ein Verbot von Grabsteinen aus Kinderarbeit auf den Weg zu bringen. Dies würde endlich für rechtliche Klarheit bei den Kommunen sorgen und zugleich einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Kinder vor Ausbeutung leisten. Was du heute kannst besorgen, das verschiebe nicht auf morgen, heißt es so schön, schon gar nicht, wenn es um das Wohl der Kinder geht. Sie haben schon zu lange wertvolle Zeit verstreichen lassen. In diesem Sinne bitte ich Sie, dem vorliegenden Gesetzentwurf zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Wartezeit für die namentliche Abstimmung ist jedoch noch nicht abgelaufen. Deshalb rufe ich bereits den nächsten Tagesordnungspunkt auf.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Stefan Schuster, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u. a. und Fraktion (SPD) zur Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes Verdoppelung der Ballungsraumzulage (Drs. 17/323)

- Zweite Lesung -

Der erste Redner ist Herr Professor Dr. Peter Paul Gantzer.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Die Ballungsraumzulage – ein ewiges Thema in unserem Plenum. Die Argumente sind eigentlich ausgetauscht. Deswegen will ich auch nicht mehr auf die Wohnraumsituation, die Miete, den Immobilienkauf und die Lebenshaltungskosten eingehen. Ich drehe die Argumentation einfach einmal um: Gerade im Ballungsraum München haben wir eine hervorragende wirtschaftliche Lage.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte Sie um etwas Ruhe und darum, die Gespräche draußen zu führen.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Wir haben eine sehr niedrige Arbeitslosigkeit. Deswegen haben wir einen ständigen Zuzug von Bürgerinnen und Bürgern, auch zulasten anderer Landesteile in Bayern. Weswegen ist das so? - Einer der Hauptgründe ist, dass München die sicherste Großstadt in Deutschland und eine der sichersten Großstädte in der Welt überhaupt ist. Viele ausländische Firmen haben ihren Sitz in München und Umgebung gewählt, weil sie wissen, dass ihre Mitarbeiter vom Direktor bis zum einfachen Angestellten hier in einer sehr sicheren Umgebung arbeiten und mit ihren Familien leben können. Das sagen uns vor allem die amerikanischen Investoren, die in ihren Großstädten ganz andere Kriminalitätszahlen haben. Die Sicherheit, die wir bieten, ist ein Wirtschaftsfaktor. Dieser Wirtschaftsfaktor schlägt sich darin nieder, dass wir eine prosperierende Gegend haben und deswegen auch hohe Preise, hohe Mieten und was damit zusammenhängt.

Meine Damen und Herren, wem haben wir das zu verdanken? - Der Polizei, unseren Polizeibeamtinnen und unseren Polizeibeamten, die eine hervorragende Arbeit leisten. Wie ist die Wirklichkeit? - Alle, die bei uns arbeiten, verdienen gut, sie verdienen sogar besser. Sie bekommen für ihre Leistungen Prämien. Sie bekommen Boni. Der Polizeibeamte muss jedoch mit seinem normalen Gehalt auskommen, obwohl er in

diesem gestressten Großraum arbeiten und leben muss. Ich finde es schade, dass darüber bei der CSU nicht einmal Krokodilstränen vergossen werden.

Bei der Ballungsraumzulage demonstrieren Sie eine soziale Härte. Ich sage das auch im Hinblick auf die Vorsitzende des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes, die das gar nicht zu interessieren scheint, da sie jetzt mit dem Handy telefoniert und hinausgeht. Das ist genau die Lage, wenn wir über die Ballungsraumzulage reden. Diese Frage wurde im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes behandelt, und dort ist sie negativ entschieden worden. Ich wünsche mir manchmal den alten Vorsitzenden Eykmann zurück, der auch Einfluss hatte. Eykmann hatte ein Gefühl dafür, wenn sozial etwas nicht gut lief. Er hat sich auch gegenüber der Staatsregierung durchgesetzt. Das war ein Mann, bei dem wir bei diesem Problem offene Türen eingerannt hätten.

Zusammenfassend sage ich: In unserer Gesellschaft ist die beste Form, Danke zu sagen, Zulagen zu gewähren. Diese Chance haben Sie jetzt.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich möchte darauf hinweisen, dass im Plenarsaal Handy-Verbot herrscht. Ich bitte, das zu berücksichtigen. Wer telefonieren möchte, soll bitte nach draußen gehen. Das Gleiche gilt auch im Hinblick auf die Ruhe im Saal. Ich halte es dem Redner gegenüber für nicht kollegial, wenn jemand gegen eine Wand aus Lärm anreden muss. Ich weiß nicht, was heute los ist. Ich bitte, sich etwas zurückzunehmen und auch dem Redner Respekt entgegenzubringen.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Das ist der Saharawind!)

- Das ist nicht der Saharawind.

Jetzt bitte ich den Herrn Kollegen Fackler ans Rednerpult.

Wolfgang Fackler (CSU): Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! München braucht Beamte. Das war schon immer so, und das wird auch immer so bleiben, ganz klar; denn wir haben einen Zuzug. Deshalb ist es auch selbstverständlich, dass der Freistaat etwas für seine Beamten tut. Die Ballungsraumzulage, früher Ortszuschlag, wurde in der Bundesrepublik schon vor vier Jahrzehnten abgeschafft. Einzige Ausnahme ist der Raum München. Der Freistaat Bayern ist damit wieder einmal Vorreiter und Vorbild. Eigentlich sollte der bayerische Weg für viele Bundesländer sowie für den Bund Orientierung sein, denn nur der Freistaat gewährt freiwillig und ergänzend als einziges Bundesland diese Leistung.

Deshalb muss man auch mit dieser einzigartigen Leistung, die Sie mit Ihrem Gesetzentwurf weiter ausbauen wollen, sowie mit dem Vergleich des marktwirtschaftlichen Prinzips für die Beschäftigten in der freien Wirtschaft mit dem Alimentationsprinzip des Staates vorsichtig sein.

Erstens. Dadurch würde das Besoldungsgefüge Stadt/Land in eine Schieflage geraten, weil die Ballungsraumzulage durch eine Verdoppelung in der Stadt in einem falschen Verhältnis zur Beförderung auf dem Land stünde. Leistung muss sich mehr lohnen als eine Versetzung nach München.

Zweitens steht sie auch im Widerspruch zum Grundsatz einer gleichmäßigen Besoldung im Beamtengefüge. Es soll keinen Gehaltsunterschied zwischen Stadt und Land geben. Das sieht übrigens auch das Bundesverfassungsgericht so und hat in einem Urteil vor gut sieben Jahren festgestellt, dass der Gesetzgeber nicht verpflichtet ist, regional unterschiedliche Lebenshaltungskosten besoldungsrechtlich auszugleichen.

Drittens würde es auch ein falsches Signal an diejenigen Beamten senden, die tagtäglich aus dem Land 50 oder 100 km in die Stadt einpendeln und die Mehrkosten für Benzin und Zug selber tragen müssen. Die Bereitschaft zum Berufspendeln und zum Leben auf dem Land fördern Sie damit sicherlich nicht.

Viertens muss natürlich auch über die Kosten des Antrags gesprochen werden. Laut Berechnung würden allein im Beamtenbereich jährliche Mehrkosten von rund 8 Millionen und bei einer Ausweitung auf den Tarifbereich von rund 20 Millionen auf den Staatshaushalt zukommen, insgesamt also circa 28 Millionen an Mehrkosten jährlich. Gleichzeitig werden in vielen Bereichen Stellenhebungen und Stellenverbesserungen im Rahmen der Haushaltsberatung erhofft. Unser Ziel ist es nach wie vor, die Personalausgaben stabil zu halten und dafür die Investitionsquote auf hohem Niveau zu halten und fortzuführen. Wer Schuldenbremse und Haushaltskonsolidierung ernst nimmt, der muss auch die Personalausgaben des Landes im Blick haben. Wir wollen Politik mit Augenmaß machen, und das unter Beachtung stabiler Finanzen. Statt Gelder im konsumtiven Bereich einfach nur auszuschütten, arbeitet der Freistaat lieber investiv an längerfristig greifenden Maßnahmen, zum Beispiel an der Schaffung von Wohnraum für Staatsbedienstete. Dadurch wird Vermögen geschaffen, dessen Wertsteigerung nach derzeitiger Marktlage garantiert ist.

Fünftens. Auch die Verlagerung von örtlich weniger gebundenen Einrichtungen in das ländliche Umland

ist ein besser geeignetes und vor allem strukturell geeignetes Instrument, um die ländliche Region zu stärken, ohne dabei München zu schwächen; denn in München entstehen ohne Zweifel tagtäglich neue Arbeitsplätze.

Sechstens sei erwähnt, dass insgesamt die Stellensituation in München ebenfalls besser ist als auf dem Land. In der Großstadt kann schneller und besser befördert werden, weil dort höherwertige Dienstposten zur Verfügung stehen, sodass auch hierdurch indirekt ein Ausgleich erfolgt.

Viele Beamte arbeiten gerne und engagiert in der Landeshauptstadt München. Sie tun es, weil sie von ihrer Tätigkeit im Staatsdienst überzeugt sind, auch ohne eine Verdoppelung der Ballungsraumzulage, die wir aus diesem Grund auch ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Günther Felbinger.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema ist nicht neu, es gab in der letzten Legislaturperiode schon mehrere ähnlich gelagerte Gesetzentwürfe. Wenn man sich mit Angehörigen des öffentlichen Dienstes - egal ob Polizisten, Finanzbeamte oder Lehrer - unterhält, stellt man fest, dass es stets aktuell ist. Es ist völlig richtig: Wir haben zwar ein festes Gehaltsgefüge im öffentlichen Dienst, aber München stellt eine Sondersituation nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland dar. Insofern ist der Hinweis des Kollegen Fackler, dass der Ortszuschlag bundesweit abgeschafft worden sei, zwar richtig, aber wir können alle froh sein, dass es seit 1998 in Bayern die Ballungsraumzulage gibt; denn sie ist gerechtfertigt. In diesen 15 Jahren hat sich Erhebliches getan. Die Entwicklung ist nicht stehen geblieben. Wer sich die Mietpreise ansieht, die sich in dieser Zeit verdoppelt haben, und einen Vergleich zum ländlichen Raum zieht, sieht die Problematik. In Weiden in der Oberpfalz - das ist nicht ganz der ländliche Raum, aber trotzdem ein ganzes Stück weg von München - ist eine 40-Quadratmeter-Wohnung um 470 Euro günstiger. Die Mieten in München haben sich allein von 2012 bis 2013 um 7 % erhöht.

Insofern muss man in der Tat überlegen, wie man – das ist unser Grundanliegen, die wir für den öffentlichen Dienst Verantwortung tragen – den öffentlichen Dienst attraktiv gestalten kann, damit wir genügend Nachwuchskräfte haben und diese auch mit Freude ihren Dienst in München verrichten. Deswegen ist die Ballungsraumzulage, die seit 1998 unverändert ge-

blieben ist, dringend renovierungsbedürftig. Wir werden den Antrag der SPD auf jeden Fall unterstützen.

Sie haben recht, Herr Kollege Fackler, wenn Sie auf die Finanzierung hinweisen. Es sind 28 bis 29 Millionen Euro. Wir müssen aber bedenken: Wir stehen im öffentlichen Dienst in verstärkter Konkurrenz zur freien Wirtschaft. Wenn der Lohn, den die Anwärter für ihre Tätigkeit bekommen, im Ballungsraum nicht ausreicht, um damit den Lebensunterhalt zu bestreiten, senden wir ein falsches Signal aus. Deshalb muss diese Ballungsraumzulage dringend verändert werden. Einen solchen Gesetzentwurf hätte man zu einem anderen Zeitpunkt einbringen sollen. Vielleicht wäre man das besser im nächsten Doppelhaushalt angegangen. Dennoch unterstützen wir den Antrag der SPD-Fraktion.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Jetzt bitte ich Kollegen Ganserer an das Rednerpult.

Markus Ganserer (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Sachverhalt ist nicht neu. Seit 1998 hat sich die Ballungsraumzulage nicht erhöht. Das ist der Grund, warum die Fraktionen von SPD, FREIEN WÄHLERN und GRÜNEN die Erhöhung der Ballungsraumzulage in der letzten Legislaturperiode mehrmals gefordert haben. Leider Gottes haben sich die Mietpreise in den letzten Jahren genauso kontinuierlich nach oben bewegt, wie Sie unsere Forderungen nach einer Erhöhung der Ballungsraumzulage abgelehnt haben. Deswegen ist die erneute Einbringung des Gesetzentwurfs richtig und wichtig. Die Argumente, mit denen Sie unsere Forderungen abgelehnt haben, haben sich leider in den letzten Jahren nicht verbessert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie verweisen darauf, dass die Zahlung einer Ballungsraumzulage nicht verpflichtend sei, es handle sich um eine ergänzende und freiwillige Leistung. Deshalb sei ein Eins-zu-Eins-Ausgleich der unterschiedlichen Lebenshaltungskosten nicht geboten und nicht notwendig. Ich sage aber: Eine Erhöhung des Anwärtergrundbetrags von 37,50 Euro auf 75 Euro ist hinsichtlich der Mietpreisdifferenzen noch lange kein Eins-zu-Eins-Ausgleich. Man darf nicht vergessen, dass auch die sonstigen Lebenshaltungskosten von der Frühstückssemmel bis zum Feierabendbier in München deutlich teurer sind als in anderen Regionen Bayerns.

Ich kann auch den Hinweis, dass die Bediensteten in München die Wohnungsfürsorge in Anspruch nehmen können, nicht gelten lassen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Wohnungsfürsorge ist ebenfalls nur eine freiwillige Leistung. Den 80.000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst in München stehen lediglich 10.000 Belegungsrechte gegenüber. Auf der Grundlage, dass jedes Jahr Belegungsrechte wegfallen, ist im Jahr 2008 eine Prognose darüber erstellt worden, wie viele zusätzliche neue Wohnungen in München notwendig wären. Man kam auf das Ergebnis, dass bis zum Jahre 2015 350 neue Wohnungen gebraucht werden. Bis heute sind davon lediglich 170 Wohnungen fertiggestellt oder stehen unmittelbar vor ihrer Fertigstellung. Bis zum Jahr 2015 werden wir die zusätzlichen neuen Wohnungen nicht annähernd zur Verfügung stellen können, sodass sich die Wohnungsfürsorge nicht verbessern wird. Dementsprechend ist die Wohnungsfürsorge kein Argument gegen eine Erhöhung der Ballungsraumzulage.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Herr Kollege Fackler, Sie haben darauf verwiesen, dass zahlreiche Beamte freiwillig aus den ländlichen Regionen nach München pendeln. Man muss sich fragen, warum sich diese Menschen diese Strapazen antun. Die Kosten einer Jahresfahrkarte der Bahn sind in weiten Teilen immer noch niedriger als die Lebenshaltungskosten in München. Aus diesem Grund, pendeln die Leute - nicht, weil sie gerne nach München fahren, sondern weil sie keine andere Wahl haben. Die Lebenshaltungskosten auf dem Land sind wesentlich niedriger.

Ich möchte auf ein letztes Argument von Ihnen noch etwas entgegnen. In der Ersten Lesung haben Sie gesagt, den höheren Lebenshaltungskosten in München stünden bessere kulturelle Angebote gegenüber. Der einfache Polizeibeamte im mittleren Dienst, der für seine Miete in München ein Drittel bis die Hälfte seines Einkommens aufbringen muss, verfügt nicht über die finanziellen Möglichkeiten, das bessere Angebot in Anspruch zu nehmen. - Aufgrund der Preissteigerungen in München ist es dringend geboten, die Ballungsraumzulage zu erhöhen. Deswegen werden wir dem Gesetzentwurf der SPD zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Jetzt darf ich Herrn Staatssekretär Füracker an das Rednerpult bitten.

Staatssekretär Albert Füracker (Finanzministerium):

Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Professor Gantzer sagte, dies sei ein ewiges Thema. Dem stimme ich zu. Das Thema wurde

im Bayerischen Landtag schon sehr oft behandelt. Das Thema ist niemals deshalb negativ verbeschieden worden, weil die Bayerische Staatsregierung bayerische Beamte benachteiligen möchte – auch nicht in den Ballungsräumen. Eine Ablehnung ist deshalb erfolgt, weil es in einem großen Staatshaushalt und in Fragen der Beamtenversorgung schwierig ist, die Balance zu halten. Wir können nicht überall, wo es aufgrund verschiedener persönlicher Betroffenheiten notwendig wäre, noch eine Schippe drauflegen. Insofern ist es schwierig – das haben wir gehört –, die geforderte Verdoppelung der Ballungsraumzulage umzusetzen.

Die Ballungsraumzulage gibt es nur in Bayern. Sie ist ein Alleinstellungsmerkmal, auf das man mit Stolz verweisen kann, und eine ergänzende Fürsorgeleistung bis zur Besoldungsgruppe A 12. Diejenigen, die eine Erhöhung fordern und sagen, das sei eine Notwendigkeit und der Freistaat Bayern müsse die Kostensteigerungen in München 1:1 ausgleichen, sollten dies beachten. Das soll es eben nicht sein.

Der Freistaat Bayern behandelt seine Beamten besser als alle anderen Länder. Das ist wichtig. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Höhe der Ballungsraumzulage wird regelmäßig überprüft. Das wird nicht aus Jux und Tollerei gemacht. Erst im Rahmen der Debatte über das Neue Dienstrecht im Jahre 2010 wurde die Höhe der Ballungsraumzulage zum letzten Mal überprüft. Letztendlich wurde sie in dieser Größenordnung belassen. Selbstverständlich hat alles zwei Seiten. Das haben wir in den verschiedenen Reden gehört. Beamte außerhalb des Ballungsraums München beobachten sehr genau, in welcher Weise wir das Gehaltsgefüge gestalten.

Im Übrigen möchte ich betonen, dass die Ballungsraumzulage nur einen Teil des gesamten Personalkonzepts für den Großraum München ausmacht. Selbst wenn die staatliche Wohnungsfürsorge noch besser und schneller sein könnte, trägt sie im Großraum München wesentlich zur Unterstützung der Beamten bei. Im Großraum München gibt es über 10.000 staatliche Wohnungen. Das Bauprogramm sieht bis zum Jahr 2015 zusätzlich 350 Wohnungen vor. Tatsächlich sind davon schon 200 Wohnungen bis zum 1. Mai bezugsfertig. Außerdem sind noch weitere Wohnungen in Planung. Das ist ein deutliches Signal dafür, dass wir es ernst meinen mit der Unterstützung der Beamten im Großraum München. Hinzu kommt die Kostensituation, die bereits dargestellt wurde. Das möchte ich nicht wiederholen.

Im bundesweiten Vergleich ist eines maßgeblich und richtig: Kein Land hat zeit- und inhaltsgleich die Übertragung des Tarifergebnisses und die Bezügeanpassung 2013 und 2014 so durchgeführt wie der Freistaat Bayern. Allein im Doppelhaushalt 2013/2014 werden mit dem Personalpaket Verbesserungen in Höhe von rund 320 Millionen Euro umgesetzt. Selbst der Beamtenbund sagt, wir in Bayern hätten das modernste und innovativste Dienstrecht seit 2008 geschaffen. Über 34.000 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten wurden geschaffen.

Mit dem LEP, das im letzten Jahr geändert wurde, haben wir die Zahl der Anspruchsberechtigten für die Ballungsraumzulage erheblich erweitern können, weil wir die Gebietskulisse verändert habe. Wir haben auch das muss erwähnt werden - denjenigen, die in Gemeinden wohnen, die nicht mehr in der Gebietskulisse liegen, trotzdem Bestandsschutz gewährt, sodass sie weiterhin Anspruch auf die Ballungsraumzulage haben. Niemand bestreitet, dass der Freistaat Bayern im bundesweiten Vergleich seine Beamten am ordentlichsten behandelt. Deswegen können wir in der Frage der Ballungsraumzulage erklären, warum wir teilweise vielleicht auch berechtigte Wünsche nicht erfüllen können; denn wir haben im Beamtenrecht auf anderen Gebieten sehr weitreichende Verbesserungen erzielt. Deswegen können wir diesem Gesetzentwurf, der eine Verdoppelung der Ballungsraumzulage vorsieht, nicht zustimmen. Deshalb wird auch die Staatsregierung den Gesetzentwurf ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Gesetzentwurf auf Drucksache 17/323. Sie findet als namentliche Abstimmung statt. Dafür stehen Ihnen fünf Minuten zur Verfügung. Ich eröffne hiermit die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 12.41 bis 12.46 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Abstimmung ist abgeschlossen. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt.

Ich darf Sie für einen kurzen Moment um Ihre Aufmerksamkeit bitten. Zunächst einmal möchte ich Ihnen ankündigen, dass nach der nächsten namentlichen Abstimmung eine persönliche Erklärung abgegeben wird. Kollege Bocklet möchte eine persönliche Erklärung zur Regierungserklärung abgeben.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Das geht doch gar nicht!)

Ich komme jetzt zu Tagesordnungspunkt 3zurück. Das ist der Gesetzentwurf auf Drucksache 17/94. Hier geht es um Grabmale aus ausbeuterischer Kinderarbeit. Für die namentliche Abstimmung hierüber haben Sie drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 12.47 bis 12.50 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Zeit für die Abstimmung ist um. Wir schließen die Abstimmung. Es wird wieder außerhalb des Plenarsaals ausgezählt.

Ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen. Wir wollen die Tagesordnung gerne weiter abarbeiten. Sie wollen auch möglichst schnell zum Essen. Zuvor bitte ich Sie aber, noch einmal Platz zu nehmen. Bevor ich dem Kollegen Bocklet das Rednerpult für eine persönliche Erklärung nach § 112 der Geschäftsordnung freigebe, möchte ich ganz kurz einen neu gewählten Landrat herzlich begrüßen. Er ist gerade auf der Besuchertribüne. Ich begrüße Jens Marco Scherf, den neu gewählten Landrat des Landkreises Miltenberg.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Auch Kollege Rüth hat ihn gerade herzlich begrüßt. Jetzt bitte Herr Kollege Bocklet.

Reinhold Bocklet (CSU): Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Christine Kamm hat im Rahmen ihres Beitrags zur Europadebatte folgende Äußerung getan. Ich zitiere wörtlich:

Vielleicht noch eine kleine Anekdote: In Brüssel hat Herr Bocklet einem Gesprächspartner signalisiert, er möge das mit den Verlautbarungen aus Bayern nicht so ernst nehmen. Das wäre so etwas Ähnliches wie Folklore.

Ich stelle dazu fest: Das Thema Europa ist zu wichtig, als dass man hier Anekdoten und Märchen erzählt. Ich habe eine solche Äußerung nie getan. Ich fordere Frau Kamm auf, auch die Namen derjenigen zu nennen, denen gegenüber ich so etwas gesagt haben soll, wenn Sie solche Behauptungen aufstellt. Ich erwarte, dass sie dies klärt. Ich hoffe, dass eine solche üble Nachrede in Zukunft nicht mehr vorkommt.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN: Oh!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 5 auf:

Abstimmung über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 3)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 3)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit übernimmt der Landtag einstimmig diese Voten.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir machen jetzt Mittagspause. Es geht um 13.30 Uhr weiter. Guten Appetit!

(Unterbrechung von 12.54 bis 13.33 Uhr)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Mittagspause ist beendet. Ich nehme die Sitzung wieder auf.

Wir haben vor der Mittagspause eine persönliche Erklärung zur Regierungserklärung, Tagesordnungspunkt 2 dieser Sitzung, von Herrn Bocklet gehört. Zum Hintergrund: Wir waren uns im Präsidium nicht ganz im Klaren, ob es nach Geschäftsordnung zulässig war, diese erst nach weiteren Tagesordnungspunkten zuzulassen. Da ist die Geschäftsordnung nicht eindeutig. Es ist aber Tatsache, dass sich im Anschluss an die persönliche Erklärung, unmittelbar vor der Mittagspause, als die meisten schon den Saal verlassen hatten, Frau Christine Kamm sich zu einer Gegenrede zu dieser persönlichen Erklärung gemeldet hat, die nach unserer Geschäftsordnung zulässig ist. Da wir die persönliche Erklärung zugelassen haben, lasse ich auch diese Gegenrede zu. Ich teile Ihnen noch mit, dass wir diese Unklarheit der Geschäftsordnung demnächst der interfraktionellen Arbeitsgruppe zur Verdeutlichung und Klärung vorlegen werden.

Bitte schön, Frau Kamm, Sie haben fünf Minuten.

Christine Kamm (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Bocklet hat vor der Mittagspause erklärt, dass er sich beleidigt gefühlt habe durch meine Bemerkung, dass er in Brüssel gesagt habe, dass man Worte bayerischer Vertreter nicht so ernst nehmen solle; es würde sich eher um

Folklore handeln; in Wirklichkeit seien die Bayern ja europafreundlich.

Die Situation, in der er dies geäußert hatte, war der Besuch unseres Europaausschusses in Brüssel. Da gab es freundlicherweise für den Europaausschuss und für geladene Gäste einen Abend in der Bayerischen Vertretung am 10. März. Nachdem die Frau Ministerin eine kurze Ansprache gehalten hatte, hat sich Landtagsvizepräsident Bocklet kurz geäußert und in diesem Zusammenhang ein vermittelndes Wort gesucht. Dieses vermittelnde Wort zielte eben darauf ab, dass die harschen Töne aus Bayern nicht so ernst gemeint seien, sondern es sich um folkloristische Gebräuche handeln würde.

Ich habe das hier gesagt, weil ich zeigen wollte, wie janusköpfig oft das Auftreten der Staatsregierung und der CSU in Europa ist. Auf der einen Seite möchte man natürlich gerne große Europäer sein, auf der anderen Seite hört man oft sehr harsche Worte aus München. Herr Bocklet wollte offenbar gegenüber dem Publikum vermitteln und eine etwas freundliche Stimmung schaffen. Es war doch eigentlich ganz nett gemeint. Ich habe diese Bemerkung meinerseits nicht als Beleidigung von Herrn Bocklet gesehen. Ich würde mir eigentlich wünschen, dass er weiterhin vermittelnd auftritt.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN – Beifall der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kamm. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt jetzt endgültig abgeschlossen.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Gesetzentwurf der Abgeordneten Rinderspacher, Aures, Halbleib und anderer und Fraktion (SPD) zur "Änderung des Bestattungsgesetzes -Schaffung einer gesetzlichen Regelung zur Ermöglichung des Erlasses gemeindlicher Friedhofssatzunaen bzw. Friedhofsordnungen für ein Verwendungsverbot ausbeuterischer für Grabmale aus Kinderarbeit", Drucksache 17/94, bekannt: Mit Ja haben gestimmt 52, mit Nein haben gestimmt 99, keine Stimmenthaltung. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Gesetzentwurf der Abgeordneten Rinderspacher, Schuster, Prof. Dr. Gantzer und anderer und Fraktion (SPD) zur "Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes – Verdoppelung der Ballungsraumzulage", Drucksache 17/323, bekannt: Mit Ja haben gestimmt 67, mit Nein haben gestimmt 84,

Stimmenthaltungen: keine. Damit ist dieser Gesetzentwurf auch abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Nun kann ich die Dringlichkeitsanträge aufrufen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Gisela Sengl, Ulrich Leiner u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Agrarförderung klima- und umweltgerecht gestalten - Greening ernst nehmen! (Drs. 17/1431)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Annette Karl u. a. und Fraktion (SPD)
Sicherung und Erhalt des Grünlands in Bayern (Drs. 17/1440)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer u. a. und Fraktion (CSU) EU-Recht 1:1 umsetzen, Wettbewerbsnachteile vermeiden (Drs. 17/1465)

Zum Antrag der CSU-Fraktion ist bereits namentliche Abstimmung beantragt worden.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Sengl. Frau Sengl, bitte schön.

Gisela Sengl (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es ziemlich schade, dass so wenige da sind. Dieser Antrag betrifft ein Thema, das uns alle angeht und sehr wichtig ist. Ich finde es schade, dass gerade von der CSU so wenige da sind, nachdem die doch immer sagen, dass ihnen die Landwirtschaft und die Bauern so am Herzen liegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Betreff unseres Antrags lautet: "Agrarförderung klima- und umweltgerecht gestalten – Greening ernst nehmen!" Warum brauchen wir überhaupt das Greening, und was bedeutet es?

In der industriell betriebenen Landwirtschaft sind Tiere und Pflanzen nicht mehr lebendiger Teil der Natur, sondern reine Produktionsfaktoren, die maximale Leistung bringen müssen mithilfe von viel Chemie, hohem Maschineneinsatz und Futtermittelimporten. Das Ergebnis dieser Art von Landwirtschaft ist der dramatische Rückgang der Arten, und zwar aller Arten von Tieren und Pflanzen. Klimaerwärmung durch CO₂-Freisetzung, überdüngte Seen, nitratbelastetes Trinkwasser, Bienensterben und verdichtete Böden sind die Ursachen.

Ich zitiere aus einer Studie, die ganz aktuell ist. Es wird Sie sicher überraschen, wer diese Studie herausgebracht hat.

Trotz umfangreicher Förderung im Rahmen von Agrar-, Umwelt- und Vertragsnaturschutzprogrammen aus EU-Mitteln, Bundesmitteln und Mitteln der Bundesländer auf circa 40 % der Agrarflächen sind die landwirtschaftlich genutzten Lebensräume der Agrarlandschaft nach wie vor überwiegend in einem schlechten Erhaltungszustand. Teilweise haben sie sich in den letzten sechs Jahren sogar weiter verschlechtert.

Dieses Zitat stammt aus einer Studie, vorgestellt am 26. März dieses Jahres, vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit mit dem Titel "Die Lage der Natur in Deutschland".

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): In Deutschland, nicht in Bayern!)

Die Lage ist schlecht, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Bayern. Deshalb brauchen wir das Greening. Wenn wir nämlich so weitermachen, vernichten wir langsam unsere eigenen Lebensgrundlagen. Im Greening sind drei verpflichtende Maßnahmen enthalten: Die Anbaudiversifizierung, die Erhaltung des Dauergrünlandes und die Bereitstellung der ökologischen Vorrangflächen.

Zum Grünlandumbruchsverbot, das in unserem Antrag gefordert wird: Dauergrünland ist ein wichtiger Faktor für Klima-, Boden-, Erosions- und Wasserschutz. In den letzten zehn Jahren betrug der Verlust an Dauergrünland 5 %. Diese Entwicklung kann man nur mit einem Grünlandumbruchsverbot stoppen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu den ökologischen Vorrangflächen: Sie sind das eigentliche Herzstück des Greening. Ich muss wieder zitieren; ich habe nämlich schöne Studien ganz offizieller Stellen gefunden: Für Sinnhaftigkeit und Erfolg der ökologischen Vorrangflächen ist ein eindeutiger Ausschluss von Pestiziden und Düngemitteln auf die-

sen Flächen unabdingbar. Derart ausgestaltete ökologische Vorrangflächen bergen einen Mehrwert für Gesellschaft und Landwirtschaft.

Das ist die Position des Bundesamtes für Naturschutz, des Umweltbundesamtes und der "Kommission Landwirtschaft am Umweltbundesamt" zur nationalen Umsetzung von ökologischen Vorrangflächen. Die ökologischen Vorrangflächen stellen also einen Mehrwert für uns alle dar, und das soll auch von uns vergütet werden. Subventionen, also Direktzahlungen sind nämlich öffentliche Gelder, die von uns allen erbracht werden. Deshalb sollen wir sie auch für öffentliche Leistungen ausgeben, für Leistungen, die für uns alle gut sind. Direktzahlungen müssen an Bedingungen geknüpft werden, sonst haben sie keine Berechtigung.

Die Greening-Maßnahmen waren ursprünglich viel strenger. Die Einhaltung der Greening-Maßnahmen sollte an den Erhalt der Direktzahlungen gekoppelt werden. Das hätte bedeutet: Nur wer die Greening-Auflagen auch erfüllt, bekommt überhaupt Geld. Diese Koppelung wurde sehr schnell aufgegeben, weil sie politisch nicht durchsetzbar war – Lobbyarbeit der Verbände und bestimmter Industriezweige. Wenn wir jetzt das Greening aber noch mehr aufweichen, indem wir erlauben, dass auf ökologischen Vorrangflächen gedüngt und chemisch gespritzt wird, hätte man sich die ganzen schwierigen, jahrelangen Verhandlungen sparen können.

Der Bauernverband spricht bei den Greening-Maßnahmen immer gern von Zwangsstilllegungen. Wir GRÜNE sagen: Die wahren stillgelegten Flächen sind die Flächen der intensiven Landwirtschaft; denn auf diesen Flächen regt sich nichts mehr – kein zwitschernder Vogel, kein krabbelnder Käfer, keine summende Biene.

Die Produktivität der heutigen Landwirtschaft ist sehr hoch, aber der Preis, den die Umwelt und wir Menschen weltweit bereits ietzt dafür zahlen müssen, ist um ein Vielfaches höher. Wir müssen die Weichen in der Landwirtschaftspolitik anders stellen. Ein echtes Greening ist der erste Schritt. Übrigens wäre auch die Aufwertung des ökologischen Landbaus bei Ausbildung, Beratung und Forschung ein wichtiger Schritt; denn ein Betrieb, der nach EU-Ökoverordnung produziert, fällt automatisch unter die Greening-Auflagen. Wir müssen nicht mehr produzieren, sondern wir müssen qualitativ hochwertiger und ökologischer produzieren. Nur dann können wir Bauern und Bäuerinnen auch bessere Preise für unsere Produkte erzielen: denn schließlich wollen wir eigentlich nicht am Subventionstropf hängen, sondern wollen gerechte Preise für unsere Erzeugnisse.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn man in einem Land für einen Liter Wasser einen höheren Preis verlangen kann als für einen Liter Milch, kann etwas nicht stimmen. Das Überleben der bäuerlichen Landwirtschaft sichert nicht das Produzieren auf Teufel-komm-raus, sondern die Wertschätzung der Gesellschaft für Lebensmittel und deren Hersteller und Verarbeiter.

Ich bitte also um Zustimmung zu unserem Antrag: "Greening ernst nehmen!"

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Sengl. Ich darf Ihnen im Namen der Kolleginnen und Kollegen ganz herzlich zu Ihrer ersten Rede gratulieren.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Ich darf jetzt Herrn Horst Arnold von der SPD das Wort erteilen. Bitte schön.

Horst Arnold (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Schade, dass bei der Beratung über diesen Grünlandantrag der Fachminister nicht präsent ist. Ich hoffe, er hat wichtige Verpflichtungen.

(Zuruf von der CSU: Er ist auf der Agrarminister-konferenz!)

Ich meine schon, dass man ihm mitteilen soll, was hier in diesem Zusammenhang gesagt wird. Wenn er auf der Agrarministerkonferenz ist, wird er sicherlich die einschlägigen Interessen vertreten.

Meine Kolleginnen und Kollegen, Grünland besteht aus Flächen, die durch Einsaat oder auf natürliche Weise zum Anbau von Gras oder anderer Grünfutterpflanzen genutzt werden und mindestens fünf Jahre lang nicht Bestandteil der Fruchtfolge des landwirtschaftlichen Betriebes waren. Dazu zählt auch ununterbrochener Anbau von Ackerfutter, Kleegras, Luzerne und Gras. Das ist die vorliegende rechtliche Definition. Tatsächlich ist aufgrund der Biodiversität klar, dass Wiesen und Weiden Lebensräume für unzählige Tier- und Pflanzenarten sind und dass dem Schutz vor Boden- und Wassererosion eine nachhaltige Funktion zukommt.

Rein rechtlich ist jedes Bundesland gemäß einer EU-Verordnung verpflichtet, ab einer Grenze von 5 % Verlust einzuschreiten und Dauergrünland zu erhalten, nämlich mit einem Grünlandverbot. Wir in Bayern haben bayernweit 4 % Verlust, liegen also noch knapp darunter. Sie alle haben die entsprechende Möglichkeit und die Verpflichtung zur Schaffung gleichartiger Lebensverhältnisse. Wenn man sich im Land umsieht, stellt man fest, dass schon einige bedenkliche Werte erreicht sind: im Berchtesgadener Land 10,4 %, in Miesbach 10,12 %, in Bamberg 13,5 %, in Schwabach in Mittelfranken 14,8 %, im Unterallgäu 12,31 %, in Würzburg 10,27 %. Dies alles sind Werte, die oberhalb der Schwelle liegen. Das heißt, dass mehr Grünland als zulässig umgebrochen worden ist.

Wenn wir für gleichartige Lebensverhältnisse sind, kann es nicht sein, dass die eine oder andere Region die Sünden ausgleicht. Deswegen sind wir dafür, dass die Bayerische Staatsregierung ein Grünlandumbruchsverbot erlässt. Dies ist zwingend erforderlich. Letztendlich werden auch im Landkreis von Staatsminister Brunner die 5 % überschritten. Deswegen hat er schon angedeutet, dass er diese Sache insoweit veranlassen möchte.

Andere Länder haben dies bereits getan. Rheinland-Pfalz, Bremen und Niedersachsen haben schon entsprechende Verordnungen erlassen. Die Frage ist nicht, ob das mit der gemeinsamen Agrarpolitik zu tun hat oder nicht; das ist eine EU-Verpflichtung.

Im Grunde stimmen wir dem CSU-Antrag zu, da er so allgemein gehalten ist, dass man nichts falsch macht, wenn man ihm zustimmt. Sie machen auch nichts falsch, wenn Sie diesen Antrag nicht stellen, weil inhaltlich im Prinzip nichts Konkretes ausgesagt wird.

Anders ist es bei dem Antrag der GRÜNEN. Wir werden uns der Stimme enthalten. Sie wollen die Düngung und den Pestizideinsatz auf ökologischen Vorrangflächen ausschließen. Man muss sich schon einmal vor Augen führen, was dies in der Praxis bedeutet. Wenn unsere Landwirte beispielsweise Gewässerrandstreifen als Vorrangflächen anlegen, dürfen diese nach Ihrem Willen nicht einmal beweidet werden, da mit einer Beweidung automatisch eine Düngung einhergeht. Wenn die Landwirte beispielsweise Ackerbohnen oder Erbsen zur Gewinnung von hochwertigen heimischen Eiweißfuttermitteln anbauen und damit auch den Import von Soja verhindern, kann keine Unkrautregulierung stattfinden. Gerätschaften wie Unkrautstriegel, die bei Biobauern vorhanden sind, sind bei konventionellen Betrieben durchschnittlicher Art normalerweise nicht vorzufinden. Es ist auch nicht zu erwarten, dass wegen einer Ernte von drei Hektar Ackerbohnen eine entsprechende Investition stattfindet. Die Forderung, die Sie stellen, ist zwar nobel, entspricht aber nicht den praktischen Bedürfnissen.

Von daher bitte ich Sie, wieder auf den Boden der Tatsachen zurückzukommen. Die Vermittlungsproblematik von Greening-Themen in der Bevölkerung hat auch etwas damit zu tun, dass keine praktische Akzeptanz vorhanden ist, und zwar sowohl in der Bevölkerung, bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern, aber auch – das ist ganz wichtig – bei den Landwirtinnen und Landwirten selbst. Damit kommen wir nicht weiter.

Ich verstehe Ihr Anliegen, die Flächen auszunehmen. Aber rechtlich ist diese Forderung äußerst problematisch, weil der Umbruch bereits einfachgesetzlich toleriert ist. Wir wollen ja daran arbeiten, dass diese Grenze fällt und ein Verbot stattfindet.

Die SPD-Fraktion hat immer für die Ausweisung von ökologischen Vorrangflächen gekämpft, sofern diese bewirtschaftet werden können. Diese Flächen können dazu beitragen, den Verlust von Artenvielfalt zu bremsen und die bayerischen Fluren in ihrer Vielfalt zu erhalten.

Wir haben seit vielen Jahren Konzepte zur möglichen Nutzung vorgelegt. Von den meisten anderen Fraktionen kam dazu sehr wenig. Häufig wurde die EU kritisiert. Es ist ganz klar: Sie ist weit weg und muss immer als böser Bube herhalten. Dabei ist die EU in mancherlei Hinsicht sehr wichtig, wie wir jetzt im Zusammenhang mit der 5-%-Klausel beim Thema Grünlandumbruchsverbot gehört haben.

Alles in allem, meine Damen und Herren: Das Grünland ist ein sehr wichtiger Faktor, nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für die Biodiversität und letztendlich auch für die vielen Menschen, die in das Land hinausfahren; denn das Grünland prägt unsere Landschaft und damit unsere Gemeinsamkeit. Grünland ist in Bayern flächendeckend vorhanden. Wir haben gehört, dass einige Flächen in diesem Bereich in einem erheblich bedenklichen Zustand sind. Werte von 15 % Verlust können nicht hingenommen werden. Dem kann nur mit einem massiven Genehmigungsvorbehalt, mit einem Verbot von Grünlandumbruch entgegengewirkt werden.

Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen. Wie bereits erwähnt, werden wir dem Antrag der CSU-Fraktion zustimmen. Bei Ihrem Antrag, Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, werden wir uns aus den genannten Gründen der Stimme enthalten. Wir sind zwar in vielen Sachen beieinander. Aber das ist aus unserer Sicht zu wenig praktikabel und damit auch vor Ort auf Feld und Flur nicht erklärbar.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Arnold. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Angelika Schorer von der CSU-Fraktion. Bitte schön.

Angelika Schorer (CSU): (Von der Rednerin nicht autorisiert): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das, was meine Vorredner erwähnt haben, war sehr interessant. Wir haben erst gestern im Ausschuss intensiv mit unserem Minister diskutiert. Er hat dabei erwähnt, dass er wegen der Agrarministerkonferenz nicht an der heutigen Plenarsitzung teilnehmen kann. Das möchte ich ausdrücklich betonen. Deswegen wird er heute hier nicht reden können. Die Teilnahme von Minister Brunner an der Agrarministerkonferenz ist sehr wichtig, um die bayerischen Interessen zu vertreten. Gerade für unsere bäuerlichen Familienbetriebe ist es enorm wichtig, dass ihre Interessen vertreten werden. Ich danke Ihnen, Herr Kollege Arnold, dass Sie das erwähnt haben. Auch ich möchte dies noch einmal ausführen.

Ich möchte jetzt kurz auf meine Vorredner eingehen. Sie haben erwähnt, dass die Greening-Verhandlungen und das Thema Greening aktuell nicht mehr auf der Tagesordnung stehen. Dies bedeutet natürlich Einschnitte und Veränderungen für die bäuerliche Landwirtschaft in Bayern. In der ersten Säule sind nämlich 30 % der Zahlungen auf ökologische Maßnahmen ausgerichtet. Ich meine, dass das vor dem Hintergrund des ganzen Pakets zum Thema Grünlandumbruch ein wesentlicher Punkt ist.

Mir ist wichtig, heute in diesem Hohen Haus Folgendes deutlich zu machen: Wir haben gestern im Landwirtschaftsausschuss ausführlich über das Bayerische Kulturlandschaftsprogramm diskutiert, in dem viele Maßnahmen genau das aufgreifen, was Sie hier alles erwähnt haben, nämlich die Grünlandverbesserungen und auch das Thema Grünlandumbruch. Wenn man das KULAP einmal anschaut, stellt man fest, dass es wichtige Maßnahmen enthält wie beispielsweise die umweltorientierte Dauergrünlandnutzung und die Grünlandextensivierung durch Mineraldüngerverzicht. Diese Maßnahmen waren nur kombiniert zu machen und haben in Bayern in den vergangenen Jahren den Weg aufgezeigt, wie wir unter der Grenze von 5 % bleiben können. Herr Kollege Arnold, in Bezug auf ganz Bayern war das die richtige Richtung, die man eingeschlagen hat. Aber natürlich haben Sie recht, dass es einzelne Ausreißer gibt.

Wir regen dies alles auch im neuen KULAP an. Mit freiwilligen Maßnahmen wollen wir das umsetzen - deswegen unser Antrag "EU-Recht 1: 1 umsetzen, Wettbewerbsnachteile vermeiden" -, was von der EU vorgegeben wird. Wir setzen nach wie vor hier an.

Sie haben ebenfalls erwähnt – ich denke, auch das ist wichtig -, dass wir unseren Blick auch auf eine umweltgerechte Bewirtschaftung und auf unsere Maßnahmen legen müssen. Unsere Landwirtinnen und Landwirte in Bayern machen das bereits.

Der Erhalt des Dauergrünlands insgesamt ist uns wichtig. Wichtig ist uns auch, hier nicht noch mehr einzuschränken. Wir müssen das Ganze natürlich im Gesamtkontext betrachten, wenn wir über der Grenze von 5 % liegen. Wir werden sehen, was auf der Agrarministerkonferenz und auch auf EU-Ebene hierzu besprochen wird. Auch wir in Bayern müssen diese Grenzen dann einhalten, und wir werden sie auch einhalten.

Wir meinen – das ist nicht nur meine Meinung, sondern auch die Meinung des Ausschusses und der gesamten Fraktion -, dass wir über diese Maßnahmen hinaus bayernweit nicht noch etwas fordern sollten. Wir dürfen unseren Bauern nicht noch mehr zumuten und ihnen nicht eine noch schnellere Umsetzung von EU-Maßnahmen aufbürden. Ich glaube, das ist nicht der richtige Weg.

In Bezug auf die ökologischen Vorrangflächen legen wir Wert auf eine produktive Flächennutzung. Ich bin dankbar dafür, dass mein Vorredner dies erwähnt hat. Das heißt aber auch – schauen wir uns nur einmal den Antrag der GRÜNEN an -, dass wir keinen Wirtschaftsdünger mehr ausbringen und keine Weidehaltung in dem Sinne mehr machen könnten. Auch solche Dinge müssen wir im Blick haben. Solche Dinge dürfen von zusätzlichen Beschlüssen und Entscheidungen hier in Bayern nicht konterkariert werden. Genau das sollten wir beachten. Von daher haben wir in unserem Antrag auch darauf abgehoben, nicht noch mehr oben draufzupacken.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, heute wurde auch schon erwähnt, dass andere Bundesländer, nämlich Niedersachsen, NRW und Rheinland-Pfalz, das Umbruchsverbot schon umgesetzt haben. Warum haben sie dies bereits umgesetzt? - Weil sie schon seit Langem weit über den 5 % liegen. Das muss man an dieser Stelle einmal erwähnen. Diese Länder haben keine freiwilligen Maßnahmen ergriffen und auch nichts auf den Weg gebracht, wie Bayern es getan hat. Es ist erwähnenswert und auch notwendig, dass man mit diesen freiwilligen Maßnahmen 60 % der bayerischen Landwirte und 60 % der bayerischen Fläche erreicht hat. Es ist ein besonderer Wert, dass man diese Fläche in Bayern in besonderer Wirtschaftsweise gepflegt hat.

Ich bin erschrocken, Frau Kollegin Sengl, als Sie erwähnt haben, wie Bayern laut einer Bundesstudie

ausschauen könnte. Dann müssten wir ja in einer Mondlandschaft leben, nicht mit blühenden Wiesen, sauberen Seen und anderen wunderbaren Flächen. Wenn man jetzt zum Fenster hinausschaut, wird man sehen, dass es solche Flächen auch hier in München nicht gibt. Ich denke, das sollten wir nach außen hin nicht so darstellen. Vielmehr sollten wir die Wirklichkeit wahrnehmen, auf unsere freiwilligen Maßnahmen und auf die verpflichtenden Maßnahmen von Brüssel schauen und da einen Kontext finden.

Wir lehnen den Antrag der GRÜNEN und auch den Antrag der SPD ab, weil wir aktuell kein Grünlandumbruchsverbot wollen.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Sie wollen von Miesbach nichts wissen!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bleiben Sie bitte noch am Pult, Frau Schorer. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich die Kollegin Sengl gemeldet. Bitte schön.

Gisela Sengl (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert): Ich habe eine Frage: Sie haben von blühenden Wiesen und sauberen Seen gesprochen. Aber dem ist ja leider nicht mehr so; denn nicht ohne guten Grund hat Minister Brunner die Ökomodellregionen ins Leben gerufen, zum Beispiel bei uns am Waginger See. Das war dringend notwendig, weil wir sonst die EU-Wasserschutzrichtlinie, die ja nächstes Jahr greift, nicht einhalten können. Das ist seit 15 Jahren ein Problem. Wir haben dort eben keine blühenden Wiesen mehr, sondern Wiesen, auf denen höchstens noch zwei Gräserarten wachsen. Der See ist jedes Jahr überdüngt. Da muss etwas passieren. Diese idyllische Landwirtschaft, wie sie so gern gemalt wird, gibt es heute leider nicht mehr. Ich finde, wir in Bayern sollten schauen, dass wir uns wenigstens etwas davon erhalten oder wiedererschaffen. Aber wir dürfen nicht in dieser Turbolandwirtschaft weitermachen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Frau Schorer, bitte schön.

Angelika Schorer (CSU): (Von der Rednerin nicht autorisiert): Kollegin Sengl, ich stimme mit Ihnen überein, dass es Ausnahmen gibt. Diese Ausnahmen muss man genau anschauen. Der Landkreis Ostallgäu, aus dem ich komme, ist der Landkreis mit den meisten Seeflächen. Wir haben die Gewässergüte nicht nur verbessert, sondern sie mit der Landwirtschaft in hervorragender Weise nach vorn gebracht. Wir hatten auch Probleme.

Das genau ist der Punkt. Wir müssen auf diese Dinge noch besser achten und Verbesserungen vornehmen. Ich erwähne auch den Waginger See. Diesen See nimmt der Minister als Beispiel dafür, dass man noch Verbesserungen erreichen muss. Aber wenn hier zu über 90 % wirklich gute Qualität vorliegt, dann sollte man das auch beachten und in der Öffentlichkeit darstellen.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Frau Schorer, es gibt eine weitere Zwischenbemerkung von Herrn Arnold. Bitte schön.

Angelika Schorer (CSU): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Ja, bitte.

Horst Arnold (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert): Frau Kollegin, Sie setzen auf Freiwilligkeit. Das ist gut so, weil Freiwilligkeit in der Tat Einsicht bedeutet und hilft, das entsprechend voranzubringen. Die Zielmarke wurde aber in manchen Landkreisen gerissen, wie im Landkreis Bamberg mit 13,5 % und im Unterallgäu mit 12,31 %. Ich habe das bereits erwähnt. Wie wollen Sie bei der Freiwilligkeit dafür sorgen, dass etwaige Anträge auf weiteren Grünlandumbruch in einem solchen Landkreis abgelehnt werden? Wie wollen Sie das bewerkstelligen? Glauben Sie, sie sagen, auf KULAP bezogen, wir machen das freiwillig, ihr macht es ja auch freiwillig? So wie die Rechtslage derzeit mit all den Ausnahmen ist, haben die betroffenen Landwirte und Landwirtinnen Anspruch darauf, ihr Grünland umzubrechen. Bamberg wird in Zukunft nicht nur 13,5 % haben, sondern vielleicht 15 oder 16 %, wenn der Aufbruch von Grünlandflächen notwendig ist. Irgendwann wird auf diese Art und Weise auch in unserem schönen Freistaat Bayern die 5-%-Grenze gerissen. Dann können wir nicht mehr anders, weil uns dann nämlich die EU dazu verpflichtet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte schön, Frau Schorer.

Angelika Schorer (CSU): (Von der Rednerin nicht autorisiert): Herr Kollege Arnold, natürlich gibt es diese Ausreißer. Sie haben gestern – und das hat mich gefreut – die Vorstellung des KULAP im Ausschuss positiv bewertet. Dann haben Sie auch erkannt, dass hier weitere, zusätzliche Verbesserungen stattgefunden haben, und zwar auf freiwilliger Basis. Natürlich muss man den Blick darauf haben, diese Programme nicht nur deutlich zu machen, sondern den Landwirten auch die Verbesserungen darzulegen. Wenn wir bayernweit aktuell bei 4,8 % bezüglich der umgebrochenen Fläche sind, dann müssen wir sicherlich auch da noch andere Schritte unternehmen und mehr Beratungen durchführen. Das heißt aber auch:

Wenn die Veränderungen von der EU kommen und die Freiwilligkeit nicht so greift, werden wir natürlich die anderen Maßnahmen automatisch umsetzen müssen, aber nicht vorher und nicht in vorauseilendem Gehorsam.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Kollegin Schorer. Der nächste Redner ist Dr. Leopold Herz von den FREIEN WÄHLERN.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wurde schon sehr viel zum Thema Grünlandumbruch und Grünlandumbruchverbot gesagt. Ich möchte nicht alles wiederholen, auch wenn es wiederholenswert wäre.

Die Anträge von SPD und GRÜNEN sind sehr berechtigt. Es ist natürlich ein Problem gerade im Zeichen der Diskussion über Teller und Tank, über die Energiewende und den Grünlandumbruch. Ich selbst bewirtschafte einen reinen Grünlandbetrieb. Darum ist mir diese Problematik sehr bewusst.

Es wurde angesprochen, dass wir in Bayern die 5 % noch nicht erreicht haben. Es gibt natürlich, wie Kollege Arnold gesagt hat, in Bayern schon Bereiche, in denen wir schon sehr weit darüber sind. Wir dürfen das aber nicht verallgemeinern.

Ich stelle zunächst nochmals fest: Grünland ist als CO₂-Speicher sehr wichtig. Das hat nicht nur die Wissenschaft schon erwiesen. Aber andererseits muss man auch einmal betonen, dass hinter dem Begriff Grünlandumbruchsverbot auch die Kritik an der Vermaisung der Landschaft steht. In der Diskussion geht dabei die Energiewende etwas unter. Da müssen wir auch ein Stück weit Konsequenzen tragen. Der Mais als Pflanze ist ein sehr guter CO₂-Speicher und verarbeitet über die Fotosynthese wesentliche Ansammlungen dieses Stoffes. Das sollten wir hier auch einmal betonen.

Ich fasse zusammen, warum die Debatte berechtigt ist. Wir sollten Grünland unterhalten. Die Probleme mit den Imkern wurden gerade genannt. Diese Probleme hängen aber nicht unmittelbar mit dem Grünlandumbruchsverbot zusammen. Das ist ein weiteres Feld, das wir heute nicht bearbeiten können und wollen.

Es geht auch ein Stück weit um den Schutz des Eigentums. Wir Landwirte sind da gebrannte Kinder, angefangen von der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie bis hin zum Grünlandumbruchsverbot, wenn es denn nun käme. Wir müssen auch ein bisschen darauf achten, dass die Eigentümer nicht alle Rechte abgeben müs-

sen; denn jeder hier im Saal, der Eigentümer ist, wird mit Recht darauf verweisen: Wenn wir uns alles vorschreiben lassen müssen und nur noch von Verboten regiert werden, dann wird es problematisch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir, die Fraktion der FREIEN WÄHLER, setzen hier ebenfalls auf ein Stück Freiwilligkeit. Ich erinnere mich an ein Gespräch, das wir in der vergangenen Woche im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hatten, bei dem auch Minister Brunner anwesend war. Er hat die Idee ins Spiel gebracht, dass Landwirte, die Grünlandflächen umbrechen wollen, dies zukünftig bei den Ämtern für Landwirtschaft anmelden könnten. Ich halte das für einen gangbaren Kompromiss; denn allein durch diese Möglichkeit wird hier schon Einfluss genommen. Wir sollten das alle zusammen weiterverfolgen; denn das scheint mir doch ein Ansatz zu sein, hier ein Stück weiterzukommen.

Ich möchte zusammenfassen: Grünlandumbruch wird auch in Zukunft ein Thema bleiben. Wir müssen hier auch ganz genau schauen, wie sich die Energiewende weiterentwickelt. Vielleicht können wir hier noch Dinge gestalten und beispielsweise eine Bremse einsetzen. Aber insgesamt sagen wir FREIEN WÄHLER unter dem Blickwinkel der Eigentumsrechte zu den Anträgen sowohl der GRÜNEN als auch der SPD Nein.

Ich will noch etwas zum Antrag der GRÜNEN zum Thema ökologische Vorrangflächen ergänzen. Hier haben Sie einen Passus eingefügt, der besagt, dass auch Düngung verboten werden soll. Jedem, der sich mit diesem Thema befasst, ist wohl klar, dass dieses Verbot der Bewirtschaftung von Flächen nicht zielgerichtet ist. Flächen sind momentan knapp. Wir werden sie auch im Zeichen der Energiewende brauchen. Wir können hier auch andere Dinge anbauen, die energetisch genutzt werden können. Wenn Sie sagen, dass es dann keinen Einsatz von Pflanzenschutz und keine Düngung geben darf, muss ich Ihnen entgegenhalten: Ich kenne sehr viele ökologisch wirtschaftende Kollegen, die sagen: Düngung - und da nenne ich zum Beispiel den Einsatz von Festmist - stellt die Fütterung des Bodenlebens dar. Lassen Sie sich das bitte alle einmal auf der Zunge zergehen: Fütterung des Bodenlebens. Das ist also ein anderes Verständnis als einfach nur Düngung. Vielleicht kann der eine oder andere mit diesem Begriff etwas anfangen.

Aus diesen Gründen müssen wir diesen Antrag ablehnen.

Dem Antrag der CSU werden wir zustimmen. Ich muss aber hinzufügen: Er ist schon ein Stück scheinheilig.

(Thomas Kreuzer (CSU): Dann könnt ihr doch nicht zustimmen!)

- Herr Kollege Kreuzer, lassen Sie mich das noch ausführen. Wir beide sind mit diesem agrarpolitischen Thema schon seit zwei Monaten befasst. Seit die EU besteht, erleben wir immer wieder, dass Vorschriften, die aus Brüssel kommen, in Deutschland umgesetzt und in Frankreich höchstens gelesen werden. Wenn ich aber italienische Kollegen treffe, sagen sie mir, sie haben von der Vorschrift nie etwas gehört.

Liebe Kollegen von der CSU, sorgen Sie bitte dafür, dass es nicht bei Lippenbekenntnissen bleibt. Natürlich müssen wir Ihrem Antrag, der eine Umsetzung 1:1 fordert, zustimmen. Es ist schön, wenn das auch in der Praxis passiert. Aber die Vergangenheit lehrt – da muss ich Sie, Frau Aigner, ein bisschen ansprechen -, dass Deutschland und Bayern bei der praktischen Umsetzung von Vorgaben der EU immer noch etwas draufgelegt haben. Da müssen wir aufpassen, und da sind wir alle – nicht nur wir von der Opposition, sondern auch Sie von der CSU-Fraktion – gefordert, den Lippenbekenntnissen praktische Taten folgen zu lassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege Herz, bleiben Sie bitte noch am Pult. Die Kollegin Sengl unternimmt sicher gerne noch einmal den Versuch, Sie umzustimmen, und hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Frau Sengl.

Gisela Sengl (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert): Sie haben auf Eigentümerrechte hingewiesen. Wenn Eigentümer ihren Grund und Boden bewirtschaften, bekommen sie vom Staat Geld. Das ist öffentliches Geld, das sind Steuergelder. Deshalb muss ich noch einmal betonen: Wenn wir Geld geben, wollen wir dafür auch Leistungen haben. So ist es auch richtig. Ich drücke es verkürzt aus: öffentliches Geld für öffentliche Leistungen. Die öffentliche Leistung sind nun einmal Greening-Maßnahmen, und mir ist die Feststellung ganz wichtig, dass in sie sehr viel Geld fließt.

(Jürgen W. Heike (CSU): Was soll denn das?)

Also ist es das Recht der Gesellschaft, dafür bestimmte Leistungen zu fordern.

Ökologische Vorrangflächen kann man nur so nennen, wenn die Flächen nicht gedüngt und nicht ge-

spritzt werden dürfen. Sonst sind sie keine ökologischen Vorrangflächen mehr. Da können Sie alle Fachgremien fragen; so ist es einfach.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Herz, bitte schön.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Liebe Kollegin Sengl, ich möchte Ihnen dazu zwei Punkte nennen. Zunächst einmal müssen wir natürlich aufpassen, weil es um staatliche Gelder geht. Ich nutze selber seit 1988 das Kulturlandschaftsprogramm in Bayern. Ich weiß sehr genau, dass wir für die öffentlichen Gelder, die wir bekommen, auch eine Leistung erbringen müssen. Wenn ich auf mineralischen Stickstoff verzichte, habe ich weniger Erträge und leiste damit einen Beitrag zu Natur-, Umwelt- und Grundwasserschutz. Das ist meine Leistung für die öffentlichen Gelder.

Sie haben von den ökologischen Vorrangflächen gesprochen. Wir haben sie jetzt. Ursprünglich waren 7 % vorgesehen, und am Ende sind es nur noch 5 %. Das ist völlig richtig. Wenn Sie sagen, dass eine Leistung erbracht werden muss, betone ich: Wir werden es uns im Zeichen der Energiewende – da ist neben den Ackerflächen und den Wiesen auch der Wald eine wichtige Fläche – nicht leisten können, zunehmend Flächen stillzulegen. Wir werden die Flächen brauchen, wenn auch nicht in aller Intensität.

Wir haben am Mittwoch das neue Kulturlandschaftsprogramm verabschiedet. Das heißt, dass Bayern den Weg in die extensive Landwirtschaft geht. Schon von daher werden wir uns weitere ökologische Vorrangflächen gar nicht leisten können.

(Horst Arnold (SPD): Wir haben das Programm nicht verabschiedet, das war ein Entwurf!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Dr. Herz. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Zwischenzeitlich hat auch die SPD zu ihrem Antrag namentliche Abstimmung beantragt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden im Laufe des Nachmittags einige namentliche Abstimmungen durchführen. Uns liegen aber Hinweise vor, dass die Durchsagen nicht in allen Räumen im Haus funktionieren. Wir haben also zwei Möglichkeiten. Entweder kommen jetzt alle Kolleginnen und Kollegen in den Raum und verlassen ihn nicht mehr, bis die Sitzung zu Ende ist; dann bekommen alle alles mit. Oder Sie achten kollegialerweise darauf, dass die Plätze rechts und links von Ihnen bei den Abstimmungen nicht frei bleiben, und Sie informieren die Kolleginnen und Kollegen vielleicht selber. Das nur als kleiner Hinweis.

(Alfred Sauter (CSU): Können wir nicht auf die Abstimmungen verzichten?)

- Ich habe die Abstimmungen nicht beantragt. Als Erste hat sie die CSU beantragt.

(Alfred Sauter (CSU): Die machen wir noch!)

Wir kommen zur Abstimmung, und ich trenne die Anträge. Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/1431. Dazu ist keine namentliche Abstimmung beantragt. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenstimmen bitte. – Das sind die Fraktion der CSU und die Fraktion FREIE WÄHLER. Gibt es Enthaltungen? – Das ist die SPD-Fraktion. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir führen nun zwei namentliche Abstimmungen durch. Ich beginne mit dem Dringlichkeitsantrag der SPD auf Drucksache 17/1440. Die Urnen sind bereitgestellt. Wir haben für die Abstimmung fünf Minuten Zeit. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 14.17 bis 14.21 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben.

Wir fahren mit der Abstimmung fort und kommen zum CSU-Antrag. Das ist der Antrag auf Drucksache 17/1465. Die Urnen stehen wieder bereit. Ich verkürze die Abstimmungszeit auf drei Minuten und eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 14.22 bis 14.25 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, die drei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben.

Wir kommen nun zum zweiten Dringlichkeitsantragspaket dieses Nachmittags.

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Gudrun Brendel-Fischer u. a. und Fraktion (CSU) Bayerische Anliegen bei der Energiewende (Drs. 17/1432)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bürgerenergiewende retten - Kahlschlag beim EEG verhindern (Drs. 17/1434)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Nach dem Energiegipfel: Die Interessen bayerischer Bürgerinnen und Bürger vertreten (Drs. 17/1466)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Annette Karl u. a. und Fraktion (SPD) EEG Novelle 2014 - Wie werden die Weichen für Bayern gestellt? (Drs. 17/1467)

Für den Antrag auf Drucksache 17/1432 ist namentliche Abstimmung beantragt.

Beim Antrag auf Drucksache 17/1434 werden wir zwei namentliche Teilabstimmungen durchführen und über den Rest offen abstimmen.

Zum Antrag auf Drucksache 17/1467 werden wir auch eine namentliche Abstimmung durchführen. – Ich eröffne nun die Aussprache. Der erste Redner ist der Herr Kollege Blume.

Markus Blume (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Man merkt, dass das Thema Energiewende nach wie vor bewegt. Das zeigt schon die Anzahl der Dringlichkeitsanträge zu diesem Thema. Aber im Gegensatz zu mancher Debatte, die wir in den letzten Wochen oder Monaten hier geführt haben, ist heute - und ich hoffe sogar partei- oder fraktionsübergreifend - ein Stück weit Grund zur Freude; denn ich glaube, dass wir bei der Weiterentwicklung und auf dem weiteren Weg der Energiewende heute ein wichtiges Etappenziel erreicht haben, das sich insbesondere darin manifestiert, dass die Ministerpräsidenten der Länder, die Bundeskanzlerin und der zuständige Bundeswirtschaftsminister tatsächlich gemeinsam ein Werk geschaffen und damit deutlich gemacht haben, dass die Energiewende in diesem Land nur im Konsens funktionieren kann. Ich glaube, Anerkennung gebührt an dieser Stelle insbesondere der Bundesregierung, aber auch den Ministerpräsidenten der Länder, die es geschafft haben, tatsächlich die schwierigen, sehr unterschiedlichen regionalen Interessen in Balance zu bringen.

Insbesondere müssen wir aber sagen - und das beschäftigt uns hier -, dass aus bayerischer Sicht die wesentlichen Interessen im Grunde alle durchgesetzt wurden. Wir haben es geschafft - und das war ja das allen Überlegungen zugrunde liegende oberste Ziel und hat die bayerische Wirtschaftsministerin, den Ministerpräsidenten und andere umgetrieben -, die Kostenspirale zu durchbrechen, ohne die Energiewende abzuwürgen. Damit schützen wir die Interessen der Verbraucher und die Interessen der Unternehmen gleichermaßen. Die Energiewende kann weitergehen, aber ohne Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze zu gefährden. Wir haben, so jedenfalls die Einigung beim Energiegipfel, gerade für Bayern wichtige Verbesserungen beim Wind erreicht. Binnenlandstandorte haben weiterhin Förderbedingungen, die an windhöffigen Standorten einen wirtschaftlichen Betrieb erlauben. Das hören wir auch von der Windbranche. Wir haben die Möglichkeit, die Energiewende in diesem Bereich weiterhin mit den Bürgern und nicht gegen die Bürger durchzuführen. Die Länderöffnungsklausel im Baurecht für die Abstandsregelung wird so kommen, wie wir uns das vorgestellt hatten.

Das Thema Biomasse ist vielleicht das größte bayerische Interesse. Da besteht auf meiner oder unserer Seite - ich will es nicht verhehlen - ein Stück weit Unverständnis, wieso sich die anderen Länder damit so schwer tun. Bei der Biomasse als sehr wichtiger Energieform, die einen Ausgleich zu den fluktuierenden Energieerzeugungsformen leisten kann, gibt es aus bayerischer Sicht wesentliche Verbesserungen. Sie liegen vor allem darin, dass bestehende Anlagen Bestandsschutz bekommen und nicht bei der vorgesehenen Deckelung angerechnet werden.

Ich möchte als Letztes die Eigenerzeugung hervorheben. Auch darum ist heftig gerungen worden. Auch die Eigenerzeugung ist zumindest im Bestand von der Umlage befreit. Das heißt: Wer seine Energie selbst erzeugt, kann sich darauf verlassen, dass die Bedingungen, unter denen er investiert hat, auch in Zukunft gelten. Es ist deswegen sicherlich richtig, dass, wie auch vonseiten der Wirtschaft verlautbart wird, die Energiewende damit auf dem richtigen Kurs ist und dass, wie es Alfred Gaffal von der vbw gesagt hat, Licht am Ende des Tunnels zu sein scheint. Man kann durchaus, ohne zu hoch zu greifen, noch einmal das Wort des Herrn Ministerpräsidenten anführen, der von einem "politischen Meisterwerk" und einer "Sternstunde des Föderalismus" gesprochen hat.

Aber dies war nur der erste Reformschritt. Wir müssen noch weitere Reformschritte gehen. Ein besonderes Augenmerk aus bayerischer Sicht - dazu wird die Frau Staatsministerin sicherlich noch einiges sagen gilt der Ausgleichsregelung für die Industrie. Wir sind hier in einem sehr schwierigen Verfahren mit der Europäischen Kommission. Wir müssen alles daran setzen, dass unsere Unternehmen tatsächlich die Befreiungen bekommen, die sie brauchen, damit sie im internationalen Wettbewerb bestehen können. Ich will ganz ehrlich sagen - und das ist auch der Grund, warum wir die Anträge von GRÜNEN und FREIEN WÄHLERN ablehnen -: Benennen Sie uns doch mal die Unternehmen, die aus Ihrer Sicht tatsächlich zu Unrecht von dieser Ausnahmeregelung profitieren! Die Golfplätze, die Sie in der Vergangenheit angeführt haben, gibt es nicht. Sie waren nicht auf der Liste und sind auch aktuell nicht auf der Liste. Deswegen würde ich in Richtung der FREIEN WÄHLER und der GRÜ-NEN vorschlagen: Nennen Sie die Unternehmen, von denen Sie glauben, dass sie künftig nicht mehr für die Befreiung infrage kommen. Wir jedenfalls werden dafür kämpfen, dass hier keine bayerischen Arbeitsplätze gefährdet werden. Ich komme zu meinem zweiten Punkt. Wir brauchen auch für diese EEG-Reform einen Nachfolger. Der Bundeswirtschaftsminister hat diesen Gedanken völlig zu Recht in dieser EEG-Reform angelegt. Nach EEG 2.0 folgt also im Jahre 2017 EEG 3.0. Das wird schon alleine deshalb der Fall sein, weil wir aufgrund der EU-Vorgaben nicht einfach so weitermachen können.

Die FREIEN WÄHLER und die GRÜNEN erwecken in ihren Anträgen den Eindruck, wir könnten es uns ganz anders überlegen. Dazu muss ich sagen: Es geht nicht. Auch aus diesem Grunde sind Ihre Anträge nicht zustimmungsfähig.

Wir müssen uns darüber unterhalten, wie das neue Strommarktdesign aussieht; das ist noch nicht Gegenstand der Reform. Wir müssen erörtern, wie der Kapazitätsmechanismus ausgestaltet werden kann, damit bei uns die notwendigen Ersatzkapazitäten entstehen können. Und wenn die Erzeugungsplanung feststeht, müssen wir die Netzplanung nachziehen.

All das verändert für Bayern etwas die Rahmenbedingungen, wie ich ausgeführt habe. Nach unserer Meinung geschieht das sehr zum Positiven, wie der Vergleich mit dem ersten Entwurf zeigt. Das wird in letzter Konsequenz auch dazu führen, dass das bayerische Energiekonzept weiterentwickelt und aktualisiert werden muss. Dieses Thema greift die SPD in ihrem Antrag auf. Ich vermute, dass die Staatsministerin etwas dazu sagen wird. Dieses Energiekonzept wird ohnehin aktualisiert. Letztendlich stellt sich dabei die Frage des Zeitpunktes, um den wir heute ringen,

wobei ich diesem Aspekt nicht zu viel Bedeutung beimessen würde. Wir würden darum bitten, dass Sie in Ihren Antrag schreiben: "nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens" oder "spätestens mit Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens", weil im Laufe der nächsten Wochen und Monate selbstverständlich noch die eine oder andere Änderung folgen kann, die zu veränderten Annahmen führt. Dem Antrag der SPD mit dieser Änderung würden wir zustimmen.

Meine Damen und Herren, wir haben mit dieser Reform die richtigen Weichen gestellt, damit die Energiewende in diesem Land vorangehen kann, damit für die, die investieren wollen, Rechtssicherheit besteht, damit aber auch Sicherheit für diejenigen besteht, die darauf angewiesen sind, dass die Kosten für die Energiewende nicht ins Unermessliche explodieren. Ich würde mir wünschen, dass der Geist der Beratungen zwischen Ministerpräsidenten völlig unterschiedlicher Couleur und der Bundesregierung auch in diesem Raum einziehen würde, weil am Ende doch die Überzeugung gewinnt, dass die Energiewende dann erfolgreich verläuft, wenn wir sie im Konsens angehen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Blume. Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Thorsten Glauber von den FREIEN WÄH-LERN. Bitte schön.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der Einführung des EEG wurde das Ziel verfolgt, die erneuerbaren Energien zur Marktfähigkeit zu führen. Wir sind der Meinung, dass Sie in dem neuen EEG-Entwurf an der Marktfähigkeit der erneuerbaren Energien, die wohl gegeben ist, rütteln wollen. Sie legen am Rednerpult dar, dass Ihr Entwurf in der aktuellen Form genauso ein Konsens und ein Erfolg wäre. Aus Sicht der FREIEN WÄHLER kann bei diesem EEG-Entwurf keinesfalls von einem Erfolg gesprochen werden.

Werfen wir einen näheren Blick auf Bayern. In Bayern war das Wort Bürgerenergiewende bei den Bürgern gang und gäbe. Bayern war hinsichtlich der Energiewende ein Vorbild in Deutschland. Gerade die Bürgerenergiewende, das Engagement unserer Bürger, wird im neuen EEG-Entwurf, den Sie hier loben, konterkariert. Ganz bewusst sage ich Ihnen: Wir zielen auf Planwirtschaft ab. Wir schreiben Marktmengen im Drei-, Fünf- und Zehnjahresplan aus. Wir wissen noch gar nicht, was Sie eigentlich wollen. Wollen Sie über zehn Jahre Windkraft in einer Menge ausschreiben? Wollen Sie über fünf Jahre Photovoltaik in einer Menge ausschreiben? Das wissen wir noch gar nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, sicher wissen wir aber: Sie werden die Oligopole stärken, weil Bürger-Energiegenossenschaften an diesem Marktwettbewerb nicht teilnehmen können. Sie haben nicht die Möglichkeit, im erforderlichen Maße in Vorleistung zu gehen. Sie verfügen nicht über die nötigen Planungsabteilungen. Entscheidend ist, dass wir bisher auf der Grundlage einer Rechtssicherheit im EEG auch sehr gute Konditionen bei der Planungssicherheit für Bürgerenergieanlagen hatten. Diese wird es nicht mehr geben. Somit drängen Sie die Energiewende hin zu Oligopolen und weg von den Bürgerinnen und Bürgern.

Ihren jetzigen Entwurf müssen Sie, wie gesagt, zuerst mit Blick auf die Ausschreibung überarbeiten. Danach müssen Sie auf die Befreiung energieintensiver Unternehmen eingehen. Ich kann gar nicht verstehen, warum Herr Kollege Blume das nicht angesprochen hat. Er hat gesagt, dass wir keine energieintensiven Unternehmen nennen können. Bei der Einführung der Befreiung von der EEG-Umlage gab es deutschlandbefreite Unternehmen. Unter weit zunächst 59 Schwarz-Gelb ist diese Zahl auf 2.100 Unternehmen in Deutschland angestiegen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, 25 % des heutigen EEG-Anteils macht diese Befreiung der energieintensiven Unternehmen aus. Und Sie sprechen davon, wir können keine Unternehmen nennen! Beim Unternehmen ExxonMobil, das Erdöl fördert und von der EEG-Umlage befreit ist, werden bewusst Unternehmensteile so gestaltet, dass sie in dem Prozess energieintensiv sind. Sie haben sogar den maßgeblichen Anteil von 15 auf 14 % gesenkt, damit sie noch leichter in den Genuss dieser Befreiung kommen. Oder betrachten wir das Unternehmen Vattenfall, das Braunkohle abbaut. Hier zeigt sich, dass Sie mit Ihrer Regelung dafür sorgen, dass ein Unternehmen, das im Braunkohleabbau tätig ist, von der EEG-Umlage befreit ist. Und Sie sprechen davon, wir können diese Unternehmen nicht nennen!

Der Bayerische Ministerpräsident lobt in seiner heutigen Pressemitteilung, dass diese Befreiung energieintensiver Unternehmen genau das Richtige ist. Dazu muss ich bemerken, dass diese Befreiung für Handwerk und Mittelstand, für die wir auch verantwortlich sind, eine Katastrophe ist; denn sie können sich nicht freirechnen und im Prinzip nicht entlasten.

Lesen Sie dazu in der gestrigen Ausgabe der "Süddeutschen Zeitung" einen Bericht, in dem die Aussage des Vorsitzenden des Verbands der familiengeführten Unternehmen in Deutschland angeführt wird, wonach das Schlimmste an der Energiewende die Befreiung der energieintensiven Unternehmen sei. – Wenn das schon die Unternehmer sagen, warum reagieren Sie dann nicht darauf? Warum verengen Sie jedes Mal

Ihren Horizont, wenn es darum geht, diese Ausnahmeregelungen endlich in Angriff zu nehmen? Letztendlich schaden Sie dadurch Bayern als Standort des Handwerks und des Mittelstands. Das muss Ihnen klar sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Mein nächster Punkt betrifft den Deckel, den Sie auf die Erzeugung von Energie aus Windkraft und Biogas gelegt haben. Wir sind gespannt, wie Sie mit diesem Deckel umgehen werden. Wir hoffen, dass dieser Nettozuwachs wirklich zum Tragen kommt, wenn es schon einen Deckel geben muss.

Zum Deckel hinsichtlich der Energieerzeugung aus Biomasse ist zu bemerken, dass Bayern ein absoluter Vorreiter ist. Sehen wir uns an, was in Straubing geforscht wurde, sehen wir uns an, was C.A.R.M.E.N. geleistet hat! Deutschland schaut auf Bayern. Biomasse wurde durch Bayern marktfähig. In diesem Zusammenhang werden Energiepflanzen erforscht. Wir müssen ganz anders vorgehen. Wir müssen letztendlich beim Bundeswirtschaftsminister unsere bayerischen Interessen vertreten. Wir müssen im Bundeskabinett diese bayerischen Interessen vertreten, damit bei uns die Energieerzeugung aus Biomasse und Biogas gestärkt und nicht geschwächt wird.

Ein letzter Punkt. Völlig absurd ist der Umstand, dass der erneuerbare Strom, der selbst produziert wird, ab 10 Kilowatt auch noch mit der EEG-Umlage versteuert werden muss. Wenn Sie das nicht regeln, und zwar sowohl im Referentenentwurf als auch im Kabinettsbeschluss, dann machen Sie die Energiewende mit erneuerbaren Energien zu einem Absurdum. Das kann so nicht stehen bleiben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe Ihnen die Punkte aufgezählt. Herr Kollege Blume hat gesagt, es gebe in Bayern keinen Handlungsbedarf. Ich habe Ihnen den Handlungsbedarf, was die bayerischen Interessen betrifft, ganz klar aufgezeigt. Ich erwarte mir von unserer Wirtschaftsministerin, dass sie bayerische Interessen stark vertritt. Das erwarten auch die Bürgerinnen und Bürger. Dafür ist die Ministerin ins Kabinett berufen worden.

Zu den Anträgen: Am 8. April wird das Kabinett entscheiden. Die CSU schreibt jedoch in ihrem Antrag, dem Landtag möge berichtet werden. Ich glaube, die Zeit des Berichtens ist lange vorbei. Jetzt ist es viel wichtiger, zu handeln. Wie bei Ihren Anträgen zum G 8 und zum G 9 bekennen Sie sich in Ihrem Antrag zu nichts. Wir können den Antrag nicht einmal ablehnen, weil nichts drinsteht.

Ich bin gespannt auf die Rede zum Antrag der Kolleginnen und Kollegen der SPD. Wenn wir den Referentenentwurf übernehmen, würden wir auch die Regelung für die energieintensiven Unternehmen übernehmen. Das wollen wir nicht. Deshalb werden wir diesen Antrag ablehnen.

Zum Antrag der GRÜNEN: Wir wollen die Länderöffnungsklausel so nicht. Wir wollen aber mehr Mitsprache der Kommunen. Wir haben dazu in der letzten Periode zwei Anträge gestellt. Sie sind hier noch nicht dabei. Ihre Auffassung zur guten landwirtschaftlichen Praxis beim Biomasse-Anbau teilen wir. Also werden wir uns bei diesem Antrag der Stimme enthalten und warten auf die Vorstellung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke, Herr Kollege Glauber. Der nächste Redner ist Herr Kollege Martin Stümpfig von den GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Energiegipfel am 1. April, also am letzten Dienstag, wurde nicht zu einem Aprilscherz, wie wir das befürchtet haben. Tatsächlich wurden einige Verbesserungen beschlossen. Eines möchte ich vorweg sagen: Wir sehen trotzdem unsere Vorstellung des Modells von einer Energiewende in Bürgerhand durch die Novelle des EEG massiv in Gefahr.

Speziell der erste Punkt unseres Antrags, den wir nachgereicht haben, ist eine fundamentale Kritik an dieser Novelle. Die Idee, die Windkraft als effizienteste und billigste Form der Energieerzeugung mit dem Argument zu deckeln, die EEG-Umlage müsse gesenkt werden, macht einfach keinen Sinn. Dies hat ökonomisch und ökologisch in keiner Weise irgendeine Berechtigung. Mit unserem Antrag wollen wir uns darauf beschränken, im Detail nachzusteuern, wo Verbesserungen möglich sind. Wir fordern die Staatsregierung auf, hier tatkräftig einzusteigen, zum Beispiel bei der Stichtagsregelung für Windkraft- und Biogas-Anlagen.

Herr Blume, Sie haben in Ihrer Rede erwähnt, wir bräuchten Rechtssicherheit für diejenigen, die investieren wollen. Mit der Stichtagsregelung ist diese Rechtssicherheit nicht gegeben. Im letzten Jahr wurden etwa 220 Windkraft-Anlagen in Bayern genehmigt. Diese Anlagen sollen bis zum 31. Dezember 2014 ans Netz gehen. Das heißt, diesen 220 Anlagen bleiben noch genau neun Monate. Das ist nicht umsetzbar.

Da diese Stichtagsregelung deutschlandweit gilt, können Sie sich vorstellen, wo der Knackpunkt liegen

wird. Dieser Knackpunkt liegt bei den Kränen zum Aufstellen dieser Windkraft-Anlagen. Diese werden heiß begehrt sein. Hier und auch im Sinne der Biogas-Anlagen, die längere Zeit für die Planung benötigen, müssen Sie noch nachsteuern. Wir fordern deshalb eine Verlängerung der Stichtagsregelung um sechs Monate bei der Genehmigungserteilung, also bis zum Juli, und dann noch einmal zwölf Monate mehr bis zur Errichtung, das heißt bis zum 31. Dezember 2015. Herr Kollege Blume, das ist die Rechtssicherheit, die Sie genannt haben. Hier müssen Sie endlich einmal Farbe bekennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Flexibilisierung bei den Biogas-Anlagen begrüßen wir sehr. Das ist ein Fortschritt. Wir müssen aber noch verstärkt auf die kleinen Biogas-Anlagen eingehen. Kleine 75-kW-Anlagen sind bis jetzt nicht berücksichtigt worden. Sie fallen aus der Vergütung heraus. Diese Anlagen verdienen eine besonders hohe Vergütung, weil sie eine besondere Stellung haben und besonders effizient arbeiten. Wenn diese Anlagen Spitzenstrom zu Zeiten erzeugen, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint, dürfen sie nicht dadurch bestraft werden, dass sie aus der Vergütung fallen. Für diese Anlagen brauchen wir keine Bemessung nach der reinen Leistung, sondern eine sogenannte Bemessungsleistung dessen, was sie über das ganze Jahr hinweg erzeugen.

Der Wert von 100 MW bei den Biogas-Anlagen ist zu gering. Wir haben inzwischen in Bayern viele mittelständische Betriebe, die in den letzten Jahren entstanden sind und sich auf den Bau von Biogas-Anlagen spezialisiert haben. Herr Seehofer - er ist heute leider nicht da - hat vor zwei Jahren die Firma "agri-Komp" in Merkendorf im Landkreis Ansbach besucht und war ganz begeistert von der Idee, dass Biogas-Anlagen einspringen könnten, wenn keine Sonne scheint und kein Wind weht. Diese Anlagen könnten dann Spitzenstrom erzeugen. Genau solche Firmen wie die Firma "agriKomp" sind massiv bedroht. Diese Firmen müssen wir unterstützen. Da hilft es nichts, wenn die CSU heute einen Berichtsantrag stellt. Das hilft unseren Firmen vor Ort, die mit dem Rücken an der Wand stehen, nicht weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄH-LERN)

Bei der Eigenstromerzeugung steht momentan noch nicht genau fest, wie die Erzeuger an der EEG-Umlage beteiligt werden. Wir sagen ganz klar: Die Sonne stellt keine Rechnung. Auch ein Herr Gabriel oder eine neue Bundesregierung darf keine Rechnung für eigenproduzierten Strom stellen. Wir wollen deshalb eine Befreiung für die Photovoltaik-Anlagen. Wir wollen auch die besonders effektiven Blockheizkraftwerke, die mit fossilen Brennstoffen betrieben werden, maximal mit 25 % an der EEG-Umlage beteiligen. Das ist die dezentrale Energiewende, die wir brauchen.

Herr Glauber hat soeben etwas zu dem Ausschreibungsmodell gesagt. Ich will mich deswegen kurz fassen. Dieses unsägliche Ausschreibungsmodell, das im Jahr 2017 kommen soll, würde unseren Bürgerprojekten komplett den Boden unter den Füßen wegziehen. Das ist keine Energiewende in Bürgerhand. Eine solche wäre dann wirklich ad acta gelegt. Das müssen wir gemeinsam verhindern. Hier müssen wir an einem Strang ziehen. Die Idee des Ausschreibungsmodells muss aus den Hinterköpfen und aus diesem Papier. Dafür werden wir uns stark einsetzen. Ich hoffe, dass wir hier mit einer gemeinsamen Stimme sprechen können.

Die Unterstützung all dieser Punkte fördert die dezentrale Energiewende, von der wir in den letzten Wochen im Rahmen der Debatte über die Stromtrassen viel gesprochen haben. Die CSU ist dabei ganz vorn gestanden. Jetzt heißt es, Farbe für die dezentrale Energiewende zu bekennen. Hier müssen wir noch kräftig nachsteuern.

Abschließend ein paar Worte zu den Industrie-Rabatten und der Befreiung der Industrie von der EEG-Umlage. Unsere Industrie beklagt stets die hohen Strompreise in Deutschland. Die erneuerbaren Energien haben es aber geschafft, im Zeitraum von 2008 bis 2013 den Börsenstrompreis auf die Hälfte zu senken. Heute können unsere Großverbraucher den Strom an der Börse für 3,5 Cent kaufen. Gerade diese Großverbraucher haben die Möglichkeit, an der Börse einzukaufen. Diese Möglichkeit haben unsere mittelständischen Betriebe und die Bürger nicht. Das ist wirklich ungerecht. Deswegen sagen wir: Wir müssen die Industrie stärker an der EEG-Umlage beteiligen. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat unsere Subventionen konsequent nach oben getrieben. Heute haben wir 2.098 Betriebe, die diese Subventionen erhalten. Gedacht war die Subvention eigentlich einmal für stromintensive Betriebe, die im internationalen Wettbewerb stehen. Niemand wird behaupten können, dass sich die Zahl dieser Betriebe innerhalb der letzten zwei Jahre verdreifacht hat. Vor zwei Jahren hatten wir noch 734 Betriebe, heute sind es über 2.000. Dort muss man wirklich einen Riegel vorschieben.

Während die EEG-Umlage in der Regierungszeit von Angela Merkel von circa 0,7 Cent pro Kilowattstunde auf 6,3 Cent pro Kilowattstunde angestiegen ist, ist die Belastung für die großen Unternehmen im gleichen Zeitraum konstant geblieben, nämlich bei 0,05 Cent. Diese Ungerechtigkeit gilt es zu korrigieren.

Unsere Strompreise empfinden auch die Betroffenen in den Nachbarländern ganz anders als bei uns. In Holland hat zum Beispiel ein Aluminiumwerk schließen müssen, weil der Strompreisunterschied zwischen Holland und Deutschland so hoch ist. Im Ruhr-Unternehmen gebiet weitet ein Aluminiumwalzwerk aus, und zwar wegen der günstigen Produktionsfaktoren in Deutschland. Der Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft stellt fest, dass die Strompreise für die Industrie im März 2014 so niedrig sind wie zuletzt im Sommer 2005. All diese Fakten muss man anerkennen und heute sagen: Es ist höchste Zeit, Vernunft einkehren zu lassen. Es ist ein Jammer, dass diese Vernunft von der EU-Kommission aufgebracht werden muss. Wir hätten uns das von unserem sozialdemokratischen Wirtschaftsminister erwartet, und wir hätten uns erwartet, dass er für mehr Gerechtigkeit eintritt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dem Antrag der FREIEN WÄHLER werden wir zustimmen. Der CSU-Antrag – das wurde schon erwähnt – ist relativ nichtssagend. Es ist ein Berichtsantrag, und wir werden uns der Stimme enthalten, weil er eine Ablehnung nicht wert ist. Zum SPD-Antrag müssen wir leider sagen, dass wir dabei nicht mitgehen können und ihn ablehnen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Nun erteile ich Frau Kollegin Natascha Kohnen von der SPD das Wort

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon ein bisschen überzogen, Herr Stümpfig, wenn Sie von fundamentaler Kritik an den Kompromissen sprechen. Es war schlichtweg so, dass die Interessen von Bund und 16 Ländern abgestimmt werden mussten und ein Kompromiss dabei herausgekommen ist. Das kann nie der Riesenwurf sein, den Sie sich wünschen. Ein bisschen Realitätssinn und Abkehr von der fundamentalen Kritik wäre gut. Die einzelnen Regionen kämpfen für ihre Interessen. Es muss doch am Schluss ein EEG herauskommen, das über die Legislaturperioden hinweg verlässlich ist. Wir können es uns nicht leisten, dass einzelne Branchen, wie zum Beispiel die Solarbranche, in den letzten Jahren der plötzlichen Kappung ihrer Förderansätze zum Opfer fallen und Industriebetriebe zugrunde gehen. Die Unternehmen,

die Investoren und die Endverbraucher benötigen eine wirkliche Planbarkeit und eine Sicherheit bei dem, was sie tun.

(Beifall bei der SPD)

Dass die EEG-Novelle ein heißes Eisen ist, haben wir festgestellt. Unter der letzten, schwarz-gelben Bundesregierung hat keiner hingefasst. Es ist ausgesprochen respektabel, dass Sigmar Gabriel sich da drangemacht hat. Ihm ist es zum Teil ganz um die Ohren geflogen. Wozu haben wir das EEG entwickelt, Herr Glauber? - Es war nicht nur dafür da, dass sich die Erneuerbaren am Markt etablieren, sondern sie sollten in den Markt hineinfinden. Jetzt sind wir bei einem Zustand angelangt, in dem die Erneuerbaren einen Marktanteil erreicht haben, bei dem sie tatsächlich Verantwortung mit übernehmen müssen. Darüber müssen wir uns unterhalten. Bleibt es bei einer staatlichen Förderhöhe, oder gibt es Alternativen dazu?

Ich bin froh, dass das Quotenmodell nicht gekommen ist. Es ist gut, dass es weg vom Tisch ist. Bei den Ausschreibungen ist es nicht so fixiert, wie Sie schreiben, dass es 2017 absolut kommt, sondern es wird – wie Herr Blume schon gesagt hat – ein EEG 3.0 geben. Das Ausschreibungsmodell muss in einem Pilotprojekt getestet werden. Es ist bedenklich, wenn bei diesem Ausschreibungsmodell Bürgerenergiegenossenschaften oder kommunale kleine Unternehmen tatsächlich hinten herunterfallen. Das ist gefährlich. Das müssen wir uns genau anschauen. Gibt es Möglichkeiten, wie Bürgerenergiegenossenschaften über Konsortien teilnehmen können? Vielleicht funktioniert das so. Ich glaube, gegen eine Evaluierung des Ganzen spricht nichts. Insofern sollten wir das angehen.

Wir kommen zum Strommarkt: Der Strommarkt ist ein europäischer, und das wissen wir. Es gibt Kritik von Brüssel an der Befreiung von Industriebetrieben in Deutschland, weil sie eine Wettbewerbsverzerrung zu sehen glauben. Wir von der SPD - das haben wir schon getan, seitdem es unter Schwarz-Gelb zu einer Verfünffachung der Ausnahmetatbestände gekommen ist - haben gesagt, dass das nicht sein kann; denn Unternehmen müssen auch die Strompreise schultern wie jeder einzelne Endverbraucher. Die Unternehmen dürfen dabei aber nicht in die Knie gehen. Jetzt ist abzuwägen zwischen missbräuchlicher Entlastung von Unternehmen und der damit einhergehenden Belastung von Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land sowie dem Schutz von Arbeitsplätzen. Es muss in den nächsten Monaten Aufgabe sein, dies zu lösen. Hoffentlich gelingt diese Zusammenarbeit mit Brüssel, damit sich das nicht ewig hinzieht.

Weniger kompliziert und in meinen Augen gut gelöst ist in der EEG-Novelle durch den Bund-Länder-Kompromiss im Sinne von Bayern der Ausbau der Windkraft. Es bleibt in Bayern rentabel, Windkraft auszubauen. Das, was Sie, Herr Glauber, in Bezug auf den Übergang von der Brutto- zur Nettoregelung gesagt haben, ist durch den Kompromiss erreicht. Daher ist Ihre Ziffer 4 obsolet. Darüber muss man nicht mehr abstimmen. Ich bin der Meinung, Sie hätten in Ihrem Antrag die Staatsregierung deutlich stärker auffordern sollen bezüglich einer gangbaren Stichtagsregelung bei bereits geplanten Windkraftprojekten. Ich kann nicht verstehen, warum sich die GRÜNEN auf gewisse Dinge so fixieren, zum Beispiel auf sechs Monate bei der Stichtagsregelung. Es dürften auch mehr sein. Es dürften auch mehr als sechs oder zwölf Monate sein; denn die Planung für Windkraftprojekte dauert verdammt lang. Wir lehnen die Fixierung auf feste Werte in ihren Anträgen ab.

Die Bayerische Staatsregierung wird einen Teufel tun, denn sie will nicht, dass sich Windmühlen drehen. Wir hatten das Theater bei der geplanten 10-H-Regelung. Frau Aigner schaut mich schon liebenswürdig an. Ich dürfte nicht Sie ansprechen, sondern müsste mich an Herrn Seehofer wenden, weil er die ganzen Kapriolen verursacht hat. Ich schiebe die Verantwortung dafür nicht Ihnen zu. Er hat mit der 10-H-Regelung angefangen. Dann wäre nichts mehr übrig geblieben. Jetzt schwant ihm wohl, dass es keine wahnsinnig gute Idee war. Jetzt säuselt er ein bisschen in Richtung Kommunen, wenn diese sich einig sind, dann dürfen sie doch. Ich finde es infam, wenn man über zehn Monate hinweg die Windenergie runterredet und die Stimmung für die Windenergie in diesem Land versaut, indem man sagt, es komme zur Umzingelung, und Ängste vor der Windkraft schürt, um dann festzustellen: Die Kommunen wollen das vielleicht doch, und jetzt müssen sie im Prinzip den Karren aus dem Dreck ziehen. Das ist nicht schön und realitätsfern. Setzen Sie sich einmal in einen Gemeinderat in Bayern über mehrere Monate und versuchen Sie, ein Windkraftprojekt durchzubringen. Sie werden erleben, dass dann der Teufel los ist, weil sich wegen der Stimmung, die geschürt wurde, immer wieder Gegner finden. Im Moment ist kein Bürgermeister bereit, den Karren, den Sie in den Dreck gefahren haben, wieder herauszuziehen.

(Beifall bei der SPD)

Damit kommen wir zum Energiekonzept "Energie innovativ", das 2011 entwickelt wurde und dem wir und das gesamte Haus zugestimmt haben. Was war dort geplant? - Dort war geplant, dass wir 2021 10 % Windenergie in Bayern bekommen. Heute, im Jahr 2014, haben wir 1,3 %. Das ist gegenüber dem, was Sie sich einmal vorgenommen haben, nichts. Bei der Wasserkraft sollten wir 17 % bekommen. Wie ist es heute? - Wir haben 13,2 % im Jahr 2013. Im Jahr 2011 haben Sie 13,6 %. Es ist mehr Wasserkraft im Jahr 2011, weil es mehr geregnet hat und es mehr Niederschläge gab. So ist es nun einmal in der Natur.

Was haben wir sonst noch? – Photovoltaik. Ziel waren 16 %, heute sind es 9,2 %. Das ist meine Frage, die Sie im Nachtragshaushalt werden beantworten müssen: Wo ist Ihr 10.000-Häuser-Programm, das Sie entwickelt haben? Wir haben einen Antrag gestellt, in dem wir das Programm unterstützen. Wir fordern, dass Sie diesem Antrag im Nachtragshaushalt zustimmen.

Es wurde immer behauptet, dass das "Energie-innovativ"-Konzept nicht überarbeitet werden könne, bis das EEG überarbeitet ist bzw. klar ist, was dort passiert. Ich denke, es ist klar, was dort passieren wird. Deswegen, Herr Glauber, geht es in unserem Antrag darum, dass das "Energie-innovativ"-Konzept aktualisiert wird. Das Konzept soll aber nicht nur aktualisiert werden. Die Staatsregierung soll vielmehr die Schizophrenie der 10-H-Regelung und der Windkraftausbauziele ehrlich benennen. Darum geht es uns.

Lassen Sie mich noch ein paar Anmerkungen zu den Sätzen machen, die der Ministerpräsident im Februar von sich gegeben hat. Als es um die Trassen-Debatten ging, sagte er, er wolle die bayerische Stromversorgung künftig ohne Kohle und Atomstrom aus dem Ausland oder aus anderen Bundesländern sicherstellen. Bayern solle autark werden. Im heutigen CSU-Berichtsantrag steht, die Stromversorgungssicherheit sei Aufgabe der Bundesnetzagentur. Man müsse über die Ausschreibung von Reservekapazitäten reden. Reden wir doch einmal darüber, was Sie kommen sehen, wenn Sie über Reservekapazitäten reden müssen. Sie sehen kommen, dass es eng wird. Wir sollten Klartext reden. Sie könnten als Bayerische Staatsregierung selbst ein Gaskraftwerk bauen. Das rentiert sich nur nicht. Niemand investiert in ein Gaskraftwerk. Das bedeutet, Sie müssten dieses mit vielen Millionen subventionieren. Deshalb warten Sie lieber ab, bis es eng wird, und beantragen Reservekapazitäten. In diesem Falle müssen alle Bundesbürger über ihre Netzentgelte mitzahlen. Das ist keine ehrliche bayerische Autarkie und keine gut durchdachte Energiewende in Bayern, weil sie auf Kosten der anderen Bundesländer geht.

(Beifall bei der SPD)

Kürzlich hat der Ministerpräsident hinsichtlich der bayerischen Autarkie noch einen draufgesetzt. Das klang nicht mehr besonders autark. Er sagte, wenn die Stromversorgung nach der Abschaltung von Grafenrheinfeld und Gundremmingen tatsächlich eng werde, müsse eben das europäische Ausland ausgleichen, weil wir einen europäischen Strommarkt hätten. Das stimmt. Im Umkehrschluss heißt das jedoch, dass Sie akzeptieren, dass wir Strom aus den französischen und tschechischen Atomkraftwerken beziehen. So viel zur bayerischen Autarkie. Ich kann Ihnen nur eines sagen: Herr Seehofer spielt mit dem Feuer, wenn er die bayerische Energiepolitik durchsetzt, die er zurzeit verfolgt. Das geschieht auf dem Rücken der anderen europäischen Länder und auf dem Rücken der restlichen Republik. Warum? Der Rückschlag wird kommen, und zwar dann, wenn die Debatte über zwei verschiedene Strompreiszonen in Deutschland aufflammt, weil der Süden zu wenig und der Norden zu viel Strom produziert. Sollte der Strompreis in Bayern steigen, wird die Gaskraft wieder rentabel. In diesem Falle könnte man damit Geld verdienen. Was bedeutet das jedoch für die bayerischen Unternehmen? Das bedeutet, dass die bayerischen Unternehmen dem Süden den Rücken kehren, weil ihnen das schlichtweg zu viel wird. Das ist keine Utopie. Darüber debattieren die Wirtschaftsexperten bereits. Das wissen Sie.

Deswegen berücksichtigen Sie, wessen Haus Horst Seehofer mit seiner Energiewende-Politik anzündet. Ich bitte Sie, Ihr Energiewende-Konzept mit Ehrlichkeit zu überarbeiten. Räumen Sie den erneuerbaren Energien einen Vorrang ein, damit wir in Bayern die Stromversorgung endlich wieder selber in den Griff bekommen. Herr Glauber, das ist unser Wunsch. Wir wollen ein ehrliches Konzept mit Vorrang für die erneuerbaren Energien – Wind und Biomasse – in einem Rahmen, den das EEG durchaus vorlegt. Hierfür muss man keinen Deckel heben, da die Deckel für die Windkraft ausreichen. Das haben die letzten Jahre gezeigt. Der Kompromiss vom 1. April ist gelungen.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf einen Ehrengast auf der Besuchertribüne begrüßen. Ich heiße Herrn Khazan Gul Tani aus Afghanistan herzlich willkommen, der heute Gast der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist. Er war Erziehungsminister der Provinz Khost im Südosten des Landes. Er engagiert sich heute für Bildung und Landwirtschaft in seiner Heimat. Er hat in Deutschland studiert und spricht daher sehr gut deutsch. Deshalb versteht er alles, was wir heute diskutieren. Wir freuen uns sehr, dass Sie sich die Zeit nehmen, unserer Sitzung zu folgen. Ich wünsche Ihnen bei uns im Bayerischen Landtag und in unserem Land einen angenehmen Aufenthalt.

(Allgemeiner Beifall)

Die nächste Rednerin ist Frau Staatsministerin Ilse Aigner.

Staatsministerin IIse Aigner (Wirtschaftsministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Khazan Gul Tani, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für die Gelegenheit, heute über die Ergebnisse der gemeinsamen Ministerpräsidentenkonferenz vom 1. April zu sprechen. Die Ansicht von Frau Kohnen, dass ein Kompromiss gefunden worden ist, teile ich. Das ist ein wichtiges Zeichen. Damit können wir uns auf den Weg machen, um verlässliche Bedingungen für die nächsten Jahre zu schaffen. Das ist notwendig, um weitere Investitionen tätigen zu können. Deshalb ist es gut, dass alle Ministerpräsidenten zugestimmt haben. Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat ausdrücklich zugestimmt. Insofern kann das Konzept gar nicht so schlecht sein.

Frau Kohnen, ich kann jetzt schon sagen, dass ich einen Bericht vorlegen werde. Aus Respekt vor dem Parlament ist es jedoch sinnvoll, das Ende der Parlamentsberatung abzuwarten. Wahrscheinlich kennen Sie das Strucksche Gesetz von Peter Struck: Kein Gesetz verlässt das Parlament so, wie es hineinkommt. Man muss immer damit rechnen, dass die Parlamentarier etwas verändern. Deshalb ist es sinnvoll, ein Gesamtkonzept vorzulegen. Das werde ich auch machen. Mein Angebot lautet: Wenn Sie das Wort "umgehend" aus Ihrem Antrag streichen, kann man dem Antrag zustimmen, da es eine Selbstverständlichkeit ist.

(Natascha Kohnen (SPD): Das machen wir!)

Als Nächstes möchte ich noch ein paar grundsätzliche Anmerkungen machen. Meine Damen und Herren, wir werden, müssen und können nicht den kompletten Ausbau der erneuerbaren Energien in einem, zwei oder drei Jahren schaffen. Im Ergebnis sind wir in Bayern aber so weit wie kein anderes Bundesland.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Das stimmt nicht!)

- Das stimmt nicht? Wir sind aber bei 36 %. Das liegt daran, dass wir sehr viel Industrie und damit einen hohen Energieverbrauch haben. Wir befinden uns bei allen Erzeugungsleistungen mit Ausnahme von Wind an der Spitze der Bundesländer. Deshalb sind wir auf einem guten Weg und erzielen bundesweit gute Ergebnisse. Beim Ausbau der erneuerbaren Energien stehen wir insgesamt sehr gut da.

Eigentlich ist es falsch, wenn Sie sagen, wir wollten die Energiewende blockieren. Meine Damen und Her-

ren, wir haben den Zubau von 2.500 Megawatt an Sonnenenergie und 2.500 Megawatt an Windenergie zugesagt. Das sind pro Jahr 5.000 Megawatt. Wenn man von einem durchschnittlichen täglichen Verbrauch von 60.000 Megawatt ausgeht, erkennt man den Zubau, den wir pro Jahr leisten. Sie können nicht sagen, wir würden den Ausbau der erneuerbaren Energien abwürgen. Das war auch nicht mit dem Koalitionsvertrag geplant. Es hat einige Veränderungen gegeben, mit denen man meines Erachtens erhebliche Verbesserungen erreicht hat.

Wir haben aber auch ein zweites Problem, die Preisentwicklung. Das ist heute schon angesprochen worden. Die EEG-Umlage hat sich aus unterschiedlichen Gründen erhöht. Das hat auch etwas mit den niedrigen Börsenpreisen zu tun. Tatsache ist, dass wir im Moment 6,24 Cent EEG-Umlage haben. Das drückt natürlich nicht nur die privaten Verbraucher, sondern auch die Betriebe. Sehr geehrter Herr Glauber, Sie begründen Ihren Dringlichkeitsantrag damit, dass die Betriebe ausgenommen seien. Ich bitte Sie, konkret nachzuschauen, was das für bayerische Betriebe bedeutet. Wen trifft es? Wer würde künftig nicht mehr reinkommen?

(Beifall bei der CSU)

Ich nenne Ihnen jetzt ganz konkrete Betriebe, die in Bayern betroffen sind, weil das immer eine Phantom-debatte ist. Wir können gerne gemeinsam zu diesen Betrieben gehen. Sie können es denen ins Gesicht sagen. Es handelt sich um die Adolf Zeller Ziegelwerke in Alzenau, das Ziegelwerk Klosterbeuren, die ABH Berger Härtetechnik in Memmingen, die Kunstmühle in Aichach, Clariant in Gersthofen, Bayernland eG in Regensburg und die Goldsteig Käsereien in Plattling. Diesen Firmen müssen Sie künftig sagen, dass Sie aus den besonderen Ausgleichsregelungen herausfallen.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Ja!)

Wir können gerne gemeinsam dort hingehen und darüber diskutieren, wie die Firmen das stemmen sollen. Dabei wünsche ich Ihnen viel Vergnügen.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt gehe ich einmal zur Glas- und Keramikindustrie nach Oberfranken. Ich gehe in den Osten Oberbayerns, in das Chemiedreieck.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Sprechen Sie mit dem Chef von Wacker Chemie!)

- Ja, mit dem rede ich. Ich sage Ihnen aber genau, was der in Zukunft macht, wenn er aus der EEG-Um-

lage herausfällt. Er wird Neuinvestitionen in anderen Ländern vornehmen. Das geschieht nicht auf einen Schlag, das ist ein schleichender Prozess. Sie können mir glauben, ich habe ein großes Herz für das Handwerk. Dessen können Sie sich sicher sein, denn ich komme aus einer Handwerkerfamilie. Ich sage Ihnen auch: Wenn die Leitindustrie aus einer Region weggeht, schadet dies der ganzen Region und den mittelständischen Betrieben vor Ort.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb müssen wir auch immer an die konkreten Auswirkungen unserer Beschlüsse denken, und deswegen ist es unser gemeinsames Ziel gewesen, bei der Reform auf die Kosteneffizienz und darauf zu achten, dass die Kostendynamik gebrochen wird. Nach den Berechnungen von Bundesminister Sigmar Gabriel ist bis 2017 Stabilität prognostiziert. Wir müssen auch darauf schauen, dass wir eine höhere Kosteneffizienz bekommen. Deswegen werden die Vergütungssätze gesenkt. Wir haben in der Tat eine Markteinführung, wir haben aber auch eine Lernkurve. Deshalb müssen die Stromkosten bzw. die Einspeisevergütungen sinken. Nicht zuletzt brauchen wir eine bessere Marktorientierung.

Mit Verlaub, wir haben im Moment alles andere als eine Marktwirtschaft. Wir haben hier ganz eindeutig eine Planwirtschaft. Sie können 20 Jahre lang zu einem garantierten Preis einspeisen, egal, ob wir den Strom brauchen oder nicht. Nennen Sie mir einen einzigen anderen Markt, auf dem das funktioniert. Einen anderen solchen Markt hat es in der Tat früher schon gegeben. Zuvor hatten wir die Debatte über die Agrarpolitik. Kollegin Ulrike Müller nickt ganz kräftig. Bei der Agrarpolitik haben wir auch Lehrgeld bezahlt. Auch dort haben die Landwirte, egal, was sie abgeliefert haben, einen garantierten Preis bekommen. Dann hatten wir die Butterberge, die Milchseen und die vollen Getreidespeicher. Deshalb ist es jetzt an der Zeit, dass wir uns Schritt für Schritt immer mehr am Markt orientieren. Das wird mit diesem Gesetz zwar nicht bei den kleinen, aber doch bei den größeren Anlagen vollzogen. Ab 2017 werden wir auch in die Richtung eines Ausschreibungsmodells gehen.

Herr Glauber, ich bin an Ihrer Seite. Bei den Ausschreibungskriterien werden wir darauf achten müssen – darüber habe ich mit den Verbänden gesprochen -, dass sich auch Bürgerenergieanlagen an den Ausschreibungen beteiligen können. Das ist mein erklärtes Ziel. Auch hier muss Wettbewerb ermöglicht werden. Ich bin relativ zuversichtlich, dass Bürgerenergieanlagen sehr wohl im Wettbewerb bestehen können. Deshalb werden wir auch diese Anlagen im

Auge behalten. Dessen können Sie sich ganz sicher sein.

Der zweite Punkt ist die Eigenversorgung. Es ist gut, dass sich gegenüber den ersten Eckpunkten, die vorgelegt worden sind, noch etwas geändert hat. Wichtig ist, dass der Bestand so weitergeführt werden kann wie bisher. Für die Eigenversorgung sind Investitionen getätigt worden, und deshalb ist es auch in unserem Sinne, die Eigenversorgung weiter zu unterstützen. Mit den zukünftigen Anlagen sind wir noch nicht ganz am Ende. Auf der Ministerpräsidentenkonferenz ist darüber nicht bis zum Schluss verhandelt worden. Darüber werden wir auch gemeinsam mit Baden-Württemberg diskutieren. Wir wollen bei den neuen Anlagen auch das produzierende Gewerbe mit einem niedrigen Satz beteiligen. Wir wollen, dass hierbei die Kraft-Wärme-Kopplung bevorzugt wird. Das steht im Übrigen auch im Koalitionsvertrag.

Der Koalitionsvertrag enthält aber auch eine Regelung, die ich für sehr sinnvoll halte; die will ich noch einmal extra ansprechen. Bisher bedeutete Eigenversorgung, dass ich den Strom verbrauche, wenn ich ihn gerade brauche. Wenn ich ihn nicht brauche, speise ich ihn ein. Die jetzige Regelung sieht bei größeren Anlagen, also Anlagen ab einer Leistung von 10 kW, vor, dass ich mich entscheiden muss. Entweder betreibe ich Eigenversorgung und ich habe dann keine Belastung, oder ich speise ein und nehme dafür die Einspeisevergütung nach dem EEG in Anspruch. Warum sage ich das so dezidiert? Damit gibt es einen Anreiz, in Speichertechnologien zu investieren. Wenn ich gar nichts mehr einspeise, sondern alles selbst verbrauche, muss ich zwischendurch irgendwann einmal speichern. Das trifft insbesondere für große Photovoltaikanlagen zum Beispiel auf großen Supermärk-Unter der Woche verbrauchen Supermärkte den Strom, am Sonntag speisen sie ihn ein, weil sie ihn nicht brauchen. Deshalb ist es richtig, auch die Eigenversorgung vernünftig auszugestalten.

Der nächste Punkt ist die Biomasse. Ohne Bayern hätte sich an dem Vorschlag zur Biomasse überhaupt nichts geändert. Damit es ganz klar ist, das geht ausschließlich auf die CSU zurück. Das muss ich einmal ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der CSU)

Wie oft haben wir uns vorwerfen lassen müssen, die Biomasse sei nur ein bayerisches Problem? Ganz im Gegenteil, sie ist ein bundesweites Problem, und es gibt dabei Unterschiede. Wind und Sonne sind nicht immer da. Die Biomasse ist sogar regelbar. Die Biomasse kann ich genau dann verwenden, wenn keine Sonne scheint und wenn kein Wind weht. Die Biomasse

se kann ich verlässlich verwenden. Deshalb war es uns wichtig, Bestandsschutz zu gewährleisten; auch das hat etwas mit Verlässlichkeit zu tun. Das ist erreicht; denn da war ein massiver Eingriff geplant.

Das Zweite war die Erhaltung der Möglichkeit der Flexibilisierung auch für die Zukunft. Dafür werden die Rahmenbedingungen vernünftig weitergeführt. Wir gehen davon aus, dass der vorhandene Deckel ausreicht, um die Anlagen umzubauen, die potenziell geeignet sind, Biomasse zu verwerten. Deshalb sind wir auch bei der Biomasse auf einem sehr guten Weg.

Der nächste Punkt ist der Wind. Hier ist eine Änderung eingetreten, die in Ordnung ist. Der Referenzertrag wird zwischen 60 % und 80 % liegen. An den guten Standorten in Bayern wird es künftig möglich sein, diesen Ertrag einzuhalten. Darüber gab es auch eine Diskussion. Das wird auch bei der 10-H-Regel noch möglich sein. Noch einmal für alle, die es noch nicht verstanden haben, zum Mitschreiben: Grundsätzlich muss ein Abstand in zehnfacher Höhe der Anlage eingehalten werden. Wenn eine Gemeinde insbesondere bei einer Bürgerwindanlage, an der sich alle und nicht nur ein fremder Investor beteiligen, unter den Abstand nach der 10-H-Regel gehen will, muss der Gemeinderat darüber einen Beschluss fassen. Damit muss aber auch die Nachbargemeinde einverstanden sein. Die Praxis hat nämlich gezeigt, dass die Gemeinden bei vielen Planungen möglichst weit von der eigenen Bebauung weggehen und möglichst nah an die Bebauung der Nachbargemeinden herangehen. Das kann natürlich auch nicht sein.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb sollen die Windkraftanlagen in Übereinstimmung mit den Bürgern vor Ort gebaut werden. Ich bin mir sicher, dass das eine vernünftige Regelung ist. So verstehen wir es auf alle Fälle.

Abschließend möchte ich noch einmal sagen: Der Wind weht nicht immer, und die Sonne scheint auch nicht immer. Die Versorgungssicherheit muss trotzdem gewährleistet sein.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Frau Kollegin, wollen Sie eine Zwischenfrage stellen oder eine Zwischenbemerkung machen?

(Natascha Kohnen (SPD): Ich habe zwei Fragen!)

Sie wollen zwei Fragen stellen. Das geht nicht. Dann müssen Sie eine Zwischenbemerkung machen. Ich bitte die Frau Ministerin, erst zu Ende zu kommen. Dann dürfen Sie eine Zwischenbemerkung machen.

Staatsministerin IIse Aigner (Wirtschaftsministerium): Gut, dann machen wir es nachher. - Die Versorgungssicherheit muss gewährleistet sein, und deshalb findet am 10. April ein gemeinsames Gespräch mit Beteiligung des Freistaates Bayern und des Landes Baden-Württemberg darüber statt, wie die Versorgungssicherheit nach der Abschaltung des Kraftwerks Gundremmingen gewährleistet wird. Der Vorgang ist relativ einfach. Die Bundesnetzagentur, die den Bedarf feststellt oder auch nicht feststellt, bestätigt, ob eine Lücke besteht oder nicht besteht. Darauf gibt es eine Ausschreibung. Jeder kann sich auf diese Ausschreibung in einer gewissen Größenordnung und in einer bestimmten Region bewerben. Ich kann Ihnen nur sagen: Es macht durchaus Sinn, dass wir in den Regionen, in denen der Strom verbraucht wird, einen möglichst hohen Selbstversorgungsgrad erhalten. Das hat auch etwas mit der Netzstabilität zu tun. Darum werden wir gemeinsam mit Baden-Württemberg kämpfen. Wir verfolgen hier gemeinsame Interessen, und deshalb werde ich mich im Interesse der bayerischen Bevölkerung und der Versorgungssicherheit der Menschen, aber auch der Wirtschaft einsetzen. Dieses Konzept ist von A bis Z durchgedacht. Das werden wir verwirklichen. Ich bin mir sicher, dass wir es gemeinsam mit den Menschen auch schaffen werden.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Ministerin. Wir haben jetzt zwei Zwischenbemerkungen. Die erste Zwischenbemerkung kommt von Kollegin Kohnen.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert): Frau Präsidentin, herzlichen Dank dafür, dass Sie mich so nett darauf aufmerksam gemacht haben, dass ich keine Frage formulieren darf. Deshalb sinniere ich einmal vor mich hin.

Bei der Preisminderung wird es natürlich nicht um das EEG und die EEG-Umlage gehen. Wir müssen uns auch darüber Gedanken machen, wie wir mit einer eventuellen Senkung der Stromsteuer umgehen. Deshalb wäre es interessant zu wissen, wie Sie das in Zukunft auf Bundesebene für das Land Bayern handhaben wollen.

Zur Wasserkraft habe ich Ihnen vorhin schon gesagt, dass ihr Anteil in den letzten Jahren nicht wirklich gestiegen ist. Die Wasserkraft hat einfach historisch einen hohen Anteil an den erneuerbaren Energien. Fraglich ist schon, worin die Ursachen liegen, dass die Wasserkraft in Bayern nicht vorwärtskommt. Sie kommt nicht vom Fleck. Nur wenn es regnet, kommt sie vorwärts, aber nicht, weil wir sie modernisieren.

(Widerspruch bei der CSU)

Ich glaube, man muss sich bei der 10-H-Regelung auch Gedanken über Regressansprüche machen, wenn ein Land das regelt, auch Gedanken darüber, inwieweit das eventuell mit der Verfassung und Ähnlichem kollidiert, wenn man in bestehende Flächennutzungspläne eingreift.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte schön, Frau Ministerin.

Staatsministerin IIse Aigner (Wirtschaftsministerium): Ich fange von hinten an. Das eine sind die Regionalpläne. Wir haben gesagt, die können jetzt genehmigt werden. Aber es geht immer noch um die einzelne Anlage.

(Natascha Kohnen (SPD): Um die Flächennutzungspläne geht es mir!)

Die Flächennutzungspläne sind von der einzelnen Anlage unabhängig. Deshalb ist die Neuplanung von Flächennutzungsplänen etwas anderes als die Planung der einzelnen Anlage.

(Zuruf der Abgeordneten Natascha Kohnen (SPD))

Wir ändern nicht die Flächennutzungspläne, sondern wir wollen sozusagen die einzelne Baugenehmigung ändern. Das ist das eine.

Das Zweite: Bei der Wasserkraft haben wir erst vor Kurzem ein Projekt in Töging auf den Weg gebracht. Beim Ausbau – jetzt schaue ich etwas mehr nach links – bin ich gespannt auf die Unterstützung, wenn man zum Beispiel aus hydrologischen Gründen ein Gewässer umbauen oder ausbauen darf. Marcel Huber ist bei dieser Frage federführend. Ich bin gespannt, ob die Begeisterung auf allen Seiten dieses Hauses so uneingeschränkt ist, wenn wir die Wasserkraft zusätzlich nutzen wollen, wenn man ein Gewässer zusätzlich mit Querbauwerken nutzt, wenn man neue Technologien einsetzt, zum Beispiel Schachtkraftwerke, die fischverträglich sind, die also durchlässig sind. Wie gesagt: Ein Projekt haben wir schon auf den Weg gebracht.

Der erste Punkt war die Stromsteuer. Die Bayerische Staatsregierung hat in einem Kabinettsbeschluss Folgendes festgelegt: Wenn die EEG-Umlage über einen bestimmten Betrag steigt – wir sagen: grob 7 Cent –, dann soll die Stromsteuer verwendet werden, um die EEG-Umlage zu stabilisieren. Das ist die Planung. Die Stromsteuer soll nicht gesenkt werden. Sonst ge-

schieht das auch für diejenigen, die zum Beispiel befreit sind. Da aber selbst die Prognose bis zum Jahr 2020 von Sigmar Gabriel im Moment bei 7 Cent liegt, hoffen wir, dass es gar nicht so weit kommt.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön. Jetzt haben wir eine Zwischenbemerkung. Bleiben Sie bitte noch am Pult! Herr Kollege Stümpfig, bitte.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Frau Aigner, ich bin nicht einverstanden mit Ihrer Bemerkung, die Gemeinden hätten in der Vergangenheit die Windkraftanlagen ganz bewusst an die Grenzen ihrer Gemarkung geschoben, um dann selbst weniger betroffen zu sein.

(Widerspruch bei der CSU – Zuruf von der CSU: Das war so! – Zurufe von den GRÜNEN)

Das ist nicht der Fall. Wenn man sich eine Gemarkung anschaut, dann sieht man im Zentrum einer Gemarkung, einer Gemeindefläche dichte Bebauung. Zu den Rändern hin wird die Bebauung dünner. Das ist eine Tatsache. Man hat es in der Vergangenheit immer geschafft, in Übereinkunft mit den angrenzenden Gemeinden eine Lösung zu finden. Diese Regelung, die Veto-Möglichkeit der angrenzenden Gemeinden, wird die Windkraft in Bayern massiv ausbremsen.

Meine Frage an Sie betrifft die Stichtagsregelung. Ich habe es in meiner Rede schon erwähnt: 220 Anlagen in Bayern haben derzeit eine Genehmigung nach dem Bundes-Immissions-Schutzgesetz. Diese Anlagen müssen in den nächsten neun Monaten gebaut werden und ans Netz gehen. Das ist in der Praxis nicht zu leisten. Wir werden in Deutschland Engpässe haben. Sowohl was den Transport als auch Baukräne angeht, das wird nicht zu leisten sein. Was wollen Sie tun, um diese Stichtagsregelung auszuweiten? Unser Vorschlag ist, sie um mindestens ein Jahr bis zum 31.12.2015 zu verlängern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsministerin IIse Aigner (Wirtschaftsministerium): Zum ersten Punkt, Herr Stümpfig: Ich habe nicht gesagt, dass es generell so ist. Sie werden mir, glaube ich, schon recht geben müssen, dass es diese Fälle gegeben hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Bei aller Freundlichkeit muss man das ehrlich benennen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Etwas ruhiger, bitte!

Staatsministerin IIse Aigner (Wirtschaftsministerium): Ich kann Ihnen nur sagen: Sie tun so, als ob nach dem 31.12.2014 kein Windrad mehr aufgestellt werden dürfte. Man darf das, aber die Vergütungssätze werden gesenkt. Das heißt nicht, dass danach nichts mehr gebaut werden darf.

Meine Damen und Herren, noch einmal zurück zum Ausgangspunkt: Wir müssen auch auf die Kosten schauen. Letztlich muss hier immer ein Punkt gesetzt werden. Es gibt einen Vertrauensschutz bzw. eine Übergangsregelung. Jeder hat Bescheid gewusst, dass mit dem Kabinettsbeschluss eine neue Zeitrechnung beginnt. So ist es nun einmal, wenn Sie etwas ändern müssen. Dann wird es auch zu Brüchen kommen. Entscheidend ist natürlich, dass wir das Ganze im Blick behalten, nicht nur die Rendite einer einzelnen Anlage, sondern auch die Gesamtkosten, die anfallen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dafür werden die Anträge wieder getrennt.

Die CSU-Fraktion hat auf namentliche Abstimmung zu ihrem Dringlichkeitsantrag verzichtet. Wir kommen deshalb jetzt zur Abstimmung über den CSU-Antrag in einfacher Form. Das ist der Antrag auf Drucksache 17/1432. Wer dem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der CSU und die Fraktion der SPD – war das eine Zustimmung? –

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Zwei! Berichts-antrag!)

Berichtsantrag – und zwei Stimmen aus der Fraktion der GRÜNEN.

(Beifall bei der CSU)

Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, über den auch in einfacher Form abgestimmt wird. Das ist der

Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/1466. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte! – Das sind die SPD-Fraktion und die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Das ist die Fraktion der FREI-EN WÄHLER. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zu den namentlichen Abstimmungen. Ich lasse zunächst über den Antrag der FREIEN WÄHLER abstimmen. Bei diesem Antrag werden wir zwei Teilabstimmungen in namentlicher Form durchführen und über den Rest eine Abstimmung in einfacher Form.

(Unruhe)

Ich lasse nun über den ersten Teil in namentlicher Form abstimmen. Es geht um den Antrag auf Drucksache 17/1434. Über die Nummer 1 wird namentlich abgestimmt. Sie lautet:

1. das EEG nicht wie im Entwurf der Bundesregierung vorgesehen ab 2017 durch ein Ausschreibungsmodell ersetzt wird, wodurch Bürgerenergieanlagen aus dem Markt gedrängt werden;

Über diesen ersten Teil lasse ich jetzt namentlich abstimmen. Die Urnen stehen bereit. Sie haben dafür fünf Minuten Zeit. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 15.27 bis 15.32 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaales ermittelt und später bekannt gegeben.

Wir fahren fort mit der namentlichen Abstimmung über die Ziffer 2 dieses Antrags auf Drucksache 17/1434. Sie lautet:

2. die Besondere Ausgleichsregelung (§ 41 EEG) auf diejenigen Industriebetriebe beschränkt wird, die tatsächlich strom- und exportintensiv sind;

Für diese Abstimmung verkürze ich die Abstimmungszeit auf drei Minuten. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 15.33 bis 15.36 Uhr)

Die drei Minuten sind vorbei. Ich schließe die Abstimmung.

Wir stimmen jetzt in einfacher Form über die restlichen Ziffern dieses Antrages – die Ziffern 3 bis 8 – ab. Zur Erinnerung, das ist der Antrag der FREIEN WÄH- LER auf Drucksache 17/1434. – Ich bitte, die Plätze einzunehmen, sonst kann ich nicht sehen, wie Sie abstimmen.

Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will – also den Ziffern 3 bis 8 –, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die Fraktion der CSU. Enthaltungen? – Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Fraktion der SPD.

Die Ziffern 3 bis 8 dieses Antrags sind abgelehnt. Auf das Ergebnis der Abstimmung über die Ziffern 1 und 2 müssen wir noch warten. Es wird später bekannt gegeben.

Die SPD hat auf namentliche Abstimmung ihres Antrags verzichtet. Wir können daher über diesen Antrag gleich in einfacher Abstimmung abstimmen. Ich weise darauf hin, dass es hier eine Änderung gibt. Die SPD streicht das Wort "umgehend" im letzten Satz, in der letzten Zeile des Antrags. Muss ich das noch einmal vorlesen? – Nein, alles klar. Danke.

Wir stimmen ab über den Antrag auf Drucksache 17/1467. Wer diesem Antrag in der geänderten Form seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der CSU und die Fraktion der SPD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der FREI-EN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag in der geänderten Fassung angenommen.

Damit ist der Block Dringlichkeitsanträge erledigt.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt. Ergebnis zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Annette Karl und andere und Fraktion (SPD) betreffend "Sicherung und Erhalt des Grünlands in Bayern", Drucksache 17/1440: Mit Ja haben 48 gestimmt. Mit Nein haben 94 gestimmt. Stimmenthaltungen: keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Ergebnis zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "EU-Recht 1: 1 umsetzen, Wettbewerbsnachteile vermeiden", Drucksache 17/1465: Mit Ja haben 125 gestimmt. Mit Nein haben 16 gestimmt. Stimmenthaltungen: keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Angelika Weikert u. a. und Fraktion (SPD) Keine Beschädigung des gültigen Streikrechts

(Drs. 17/1433)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Hermann Imhof u. a. und Fraktion (CSU)
Bewährtes Tarifrecht weiterentwickeln Grundsatz der Tarifeinheit regeln! (Drs. 17/1468)

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Für beide Dringlichkeitsanträge ist namentliche Abstimmung beantragt. - Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Karl. Bitte schön, Frau Kollegin Karl.

Annette Karl (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CDU nutzt einen unpopulären Streik als Anlass für den Versuch, die Axt an das Grundrecht Streik zu legen. Sie kratzt damit an ein demokratisches Grundrecht, das konstitutiv für unsere soziale Marktwirtschaft ist, die seit Jahrzehnten der Garant des wirtschaftlichen Erfolges in Deutschland ist.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage deshalb ganz deutlich: Wehren wir den Anfängen! Lassen wir dem stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Vaatz diese Äußerungen nicht durchgehen. Ich fordere die CSU und die Staatsregierung auf: Legen Sie ein klares Bekenntnis zu einem uneingeschränkten Streikrecht ab, dem Grundpfeiler der Tarifautonomie.

(Beifall bei der SPD)

Der Anlass dieser Äußerungen, nämlich der Streik der Piloten, ist deshalb so unpopulär, weil hier eine Gruppe ihre Sonderstellung ausnützt und sich aus der Solidarität der Beschäftigten herauszieht. Würden die Piloten auch für das Bodenpersonal an den Flughäfen für 10 % Lohnerhöhung streiken, dann wäre die ganze Angelegenheit sicher deutlich populärer.

Aber ob einem das Vorgehen nun gefällt oder nicht, das hat nichts damit zu tun, dass es Grundrechte für jede Bürgerin und jeden Bürger bei uns in Deutschland gibt. Das bedeutet, dass das Recht, sich zu organisieren, sich auch in Vereinigungen zu organisieren, nicht angetastet werden darf.

Wir brauchen deshalb beim Thema Spartengewerkschaften und Sonderinteressen einen Prozess, bei dem sich alle noch einmal an einen Tisch setzen und auf Augenhöhe besprechen, wie das Prinzip der Tarifeinheit verfassungskonform gestärkt werden kann.

Die Große Koalition hat sich in ihrem Koalitionsvertrag dazu verpflichtet, nach Lösungen zu suchen, und die Arbeitsministerin Frau Nahles hat ja auch für Januar Lösungen angekündigt. Auch die DGB-Gewerkschaften sprechen sich klar für die Tarifeinheit aus; allerdings betonen auch sie, dass dies ohne einen Eingriff in das Streikrecht geschehen muss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie deshalb alle, unserem Antrag zuzustimmen, um ein klares Zeichen zu setzen. Der nachgezogene Dringlichkeitsantrag der CSU ist leider ein halbherziges Placebo.

(Beifall bei der SPD)

Er wiederholt nur die geltende Rechts- und Verfassungslage und enthält keinerlei Distanzierung zum Vorstoß von Herrn Vaatz. Er lässt damit ein klares Bekenntnis zum Streikrecht vermissen. Hier wurde eine Chance auf deutliche Aussage verpasst. Aber wie gesagt: Der Antrag beschreibt nur die geltende Rechtslage. Damit ist er zwar inhaltsleer, aber auch nicht falsch. Das heißt: Wir werden auch diesem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte jetzt Kollegen Dr. Reichhart ans Pult.

Dr. Hans Reichhart (CSU): Frau Vizepräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am SPD-Antrag ist doch sehr schön zu sehen, dass sich auch bei der SPD sowie bei manch anderen Parteien der Horizont nach der Kommunalwahl etwas verschoben hat. Mit dem vorliegenden Antrag macht sich die SPD zum Anwalt der Spitzenverdiener, die die Piloten der Lufthansa mit 55 Jahren abschlagsfrei in Rente schicken wollen.

(Widerspruch von der SPD)

185.000 Euro Durchschnittsgehalt, eine Rente mit 55 – das sind Bedingungen, von denen ein normaler Bürger nur träumen kann.

(Zurufe von der SPD)

Als Junger kann ich sagen: Wir als Junge leiden derzeit unter Frau Nahles in Berlin und können nur hof-

fen, dass die Rente mit 55 nicht auch noch eine Idee ist, die aus Bayern nach Berlin schwappt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unabhängig vom Pilotenstreik gilt: Die Tarifautonomie und die Tarifeinheit sind viel zu ernst, als dass man sie zum Gegenstand nicht durchdachter und – so ist der SPD-Antrag leider – in sich widersprüchlicher populistischer Anträge machen sollte. Wie das Streikrecht der Piloten auf der einen Seite und die Tarifeinheit auf der anderen Seite zueinander passen sollen, erschließt sich wahrscheinlich leider nur Ihnen.

Aber auch aus einem anderen Grund können wir den Antrag der SPD so nicht mittragen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

Es ist nicht Aufgabe der Bayerischen Staatsregierung und auch nicht von Ihnen, Herr Wengert, Meinungsäußerungen von Bundespolitikern permanent zu kommentieren und sich permanent dazu zu äußern. Wenn dem so wäre, liebe Kolleginnen und Kollegen, würden wir hier nicht mehr fertig werden, und wir hätten bei Weitem nicht mehr die Zeit, aktiv die Zukunft Bayerns zu gestalten.

Lassen Sie mich aber Folgendes sagen. Die Tarifautonomie ist ein wesentlicher Beitrag zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und ein Grundpfeiler der freien Marktwirtschaft. Diese in Frage zu stellen, würde auch die Grundlagen unserer Wirtschaftsordnung in Frage stellen. Für uns ist eines klar: An unserer Tarifautonomie, zu der auch zwingend das Streikrecht gehört, darf nicht gerüttelt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das genügt aber nicht. Wir haben uns im Rahmen des Koalitionsvertrages intensiv dafür eingesetzt, dass die Tarifautonomie nochmals gestärkt wird. Hierzu gehört in erster Linie das Nichteinmischen des Staates in die von Tarifparteien vereinbarten Verträge über eine angemessene Entlohnung von Arbeitnehmern durch Arbeitgeber. Nur dort und wirklich nur dort, wo Missstände bestehen, darf der Staat regulierend eingreifen. Unsere Sozialpartner sind es, die seit Jahrzehnten am besten wissen, was für Arbeitnehmer und Arbeitgeber erforderlich und vertretbar ist. Diese Bedeutung der Tariffreiheit, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, vergessen Ihre Genossen in Berlin leider immer wieder, wenn versucht wird, die Tarifautonomie schrittweise auszuhöhlen. Gerade die Pilotenstreiks zeigen aber, dass der jahrelang bestehende Grundsatz der Tarifeinheit auch wieder Wirkungen entfalten muss.

Daher war es uns als CSU sehr, sehr wichtig, in den Koalitionsverhandlungen darauf zu drängen, die Tarifeinheit zu stärken und endlich gesetzlich zu regeln. Sofern Frau Nahles – was wohl auch Sie hier sehen – dieses Ziel etwas aus den Augen verloren hat, wollen wir sie mit unserem Antrag, den wir bewusst nachgeschoben haben, gerne daran erinnern. Wir werden auch hier einmal mehr Motor der Koalition in Berlin sein und uns dafür einsetzen,

(Lachen des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

dieses Anliegen möglichst zeitnah in verfassungsrechtlich zulässiger Weise in die Tat umzusetzen. In Zukunft darf es nicht mehr vorkommen, dass Tausende Reisende an Bahnhöfen oder Flughäfen stranden, nur weil Einzelne ihre Forderungen auf Kosten der übrigen Belegschaft eines Konzerns durchsetzen wollen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, daher darf ich Sie bitten, mit uns gemeinsam, mit der Fraktion der CSU ein deutliches Zeichen für eine Wiedereinführung der Tarifeinheit zu setzen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Dr. Reichhart, bitte verbleiben Sie am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung der Kollegin Karl.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Ist das Dillinger Landrecht, oder was?)

Dr. Hans Reichhart (CSU): Nein, wenn, dann Günzburger Landrecht, Herr Kollege!

Annette Karl (SPD): Herr Kollege, mir hat sich aus Ihrem etwas wirren Beitrag nicht erschlossen,

(Beifall bei der SPD)

was das Grundgehalt von Piloten mit der Frage zu tun hat, ob Sie eine Einschränkung des Streikrechts befürworten. Deswegen frage ich Sie deutlich: Sind Sie der Meinung, dass dieser Streik, zu dem man stehen kann, wie man will – ich habe auch sehr deutlich gesagt, was ich von den Sonderinteressen halte –, der Anlass ist, das Streikrecht einzuschränken? Ja oder Nein?

Dr. Hans Reichhart (CSU): Wenn Sie mir statt Ihrem Kollegen zugehört hätten, der nebenan lautstark geschrien hat, wäre es kein Problem gewesen. Selbstverständlich halte ich das Streikrecht, das wesentliches Element der Tarifautonomie ist, hoch, und wir unterstützen das Streikrecht auch. Wir wollen aber

– da sollten wir uns einig sein – gerade die Tarifeinheit in den Betrieben stärken, um gewissen Einzelgruppen das Instrument zu nehmen, auf Kosten der ganzen Belegschaft Maßnahmen zu ergreifen. Ich darf Sie nur an eines erinnern: Auch Ihre Ministerin, Frau Nahles, fährt diese Linie und sagt: Tarifautonomie ja, die Tarifeinheit muss aber hergestellt werden. Zur Tarifautonomie gehört auch das Streikrecht.

(Widerspruch von der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Jetzt darf ich den Kollegen Pohl an das Rednerpult bitten.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben Dringlichkeitsanträge zu besprechen, aber stattdessen haben wir eine Nachhilfestunde zum Thema Tarifautonomie bekommen. Ich kann das nicht ganz nachvollziehen. Ich weiß nicht, wer in diesem Raum einen Nachholbedarf hat.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

- Der Kollege Wengert hat Nachholbedarf. - Ich bin eigentlich der Meinung, dass jeder von uns in diesem Saal ungefähr weiß, was Tarifautonomie bedeutet, welchen Wert die Tarifautonomie hat und dass der Staat, sehr geehrter Herr Kollege Dr. Reichhart, selbstverständlich nicht in das Lohngefüge einzugreifen und vorzugeben hat, was ein gerechter Lohn ist. Der Sachverhalt, ob die Piloten etwas mehr oder etwas weniger verdienen, ist vom Verfassungsgesetzgeber ganz bewusst so gestaltet worden.

Jetzt muss ich Sie schon einmal fragen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD: Was soll dieser Dringlichkeitsantrag? Ist er notwendig, nur weil Herr Vaatz aus dem Bundestag irgendeine passende oder unpassende Äußerung gemacht hat? Muss deswegen der Bayerische Landtag hierüber debattieren?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wenn Sie vor ein paar Wochen eine Aussprache zu der Äußerung eines Bundespolitikers beim Politischen Aschermittwoch zur Krim-Krise und zur Rolle Russlands initiiert hätten, dann hätte ich gesagt: Na gut, Herr Gauweiler ist wenigstens ein bayerischer Politiker, da besteht noch ein gewisser Bezug zu Bayern. Aber, Herr Vaatz, so meine ich, kommt aus Sachsen. Er hat eine Meinung geäußert, die meines Wissens kein einziger führender Unionspolitiker bekräftigt hat. Müssen wir deswegen diesem Herrn Vaatz jetzt solch

eine Ehre erweisen, dass wir ein ganzes Parlament heute Nachmittag damit beschäftigen?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Was macht die CSU? - Anstatt dies unkommentiert zu lassen, kommt ein Dringlichkeitsantrag, der die Bundesregierung auffordert, doch endlich den Koalitionsvertrag zu erfüllen, der ein paar Monate alt ist. Dazu muss ich schon sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Arbeitet vielleicht erst einmal den Koalitionsvertrag der letzten Legislaturperiode ab!

(Markus Rinderspacher (SPD): Um Gottes willen! Nein!)

Ergänzt das Landesentwicklungsprogramm um die zentralen Orte! Das liegt und liegt und liegt. Nicht einmal ein Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion, sehr geehrter Herr Kollege Kreuzer, hat das Wirtschaftsministerium dazu veranlasst, endlich einen Entwurf vorzulegen. Das wäre nämlich dringlich. Meine Damen und Herren, bringen Sie bitte das nächste Mal Dringlichkeitsanträge ein, die diesen Namen verdienen. Wir werden uns in beiden Fällen enthalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Ich darf jetzt den Kollegen Mütze an das Rednerpult bitten.

Thomas Mütze (GRÜNE): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin schon recht überrascht, was für eine Wendung diese Debatte genommen hat, besonders in Bezug auf den Antrag der CSU-Fraktion. Lieber Kollege Pohl, ich gebe Ihnen selten recht, aber Sie haben heute mit Ihrem Redebeitrag voll ins Schwarze getroffen.

Ich darf einmal zwei Sachen zitieren. In dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion heißt es: "... muss endlich der Grundsatz der Tarifeinheit unter Einbindung der Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber vorangetrieben werden." In dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion steht: "... der Grundsatz der Tarifeinheit verfassungsrechtlich abgesichert geregelt wird." Sehen Sie da in beiden Anträgen irgendeinen Unterschied? Nein, es gibt keinen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin schon sehr verwundert, dass jetzt irgendwelche Barrieren aufgebaut und große Debatten über Dinge gehalten werden, die Ihre beiden Parteien in Berlin im Koalitionsvertrag der Großen Koalition geregelt haben und die umgesetzt werden sollen. Dafür fehlt mir ein bisschen das Verständnis.

Die Situation, die wir jetzt erleben, ist doch nicht neu. Vor zwei Jahren, liebe Kolleginnen und Kollegen, gab es einen Lokführerstreik. Damals legte eine kleine Spartengewerkschaft durch Streik den kompletten Zugverkehr in Deutschland lahm. Auch damals regte sich Widerstand gegen diesen Streik. Es kam die Frage auf: Kann bzw. darf eine so kleine Gewerkschaft ganz Deutschland in Beschlag nehmen? Niemand hat damals, jedenfalls soweit ich mich erinnern kann, das Streikrecht für diese Berufsgruppe infrage gestellt.

Die Situation ist nun eine andere. Herr Vaatz wurde gerade schon genannt. Anscheinend hat der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion seinen Flieger in Berlin nicht bekommen, oder er hat irgendeinen Flug geplant gehabt. Auf jeden Fall war er verärgert. Jedenfalls meinte er, das Streikrecht in den Blick nehmen zu müssen, assistiert vom Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU, Herrn Steiger, und assistiert von Klaus Barthel, dem Chef des SPD-Arbeitnehmerflügels, der in der "Bild"-Zeitung kritisierte, dass Minigewerkschaften die Interessen weniger auf Kosten vieler verträten.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Das ist ja nicht falsch!)

Die Schäden, die entstanden sind, sind erst einmal der Lufthansa entstanden. Sie werden auf einen hohen zweistelligen Millionenbetrag geschätzt. Das ist das eine. Die Schäden für die Reisenden sind das andere. Aber soweit ich das überblicken konnte, haben alle Beteiligten im Vorfeld so gut informiert, dass die Betroffenen gut auf die Situation reagieren konnten. Auf den Flughäfen gab es kein Chaos, wie es damals auf den Bahnhöfen der Fall war. Profitiert hat in diesem Fall die Bahn, die Ersatzzüge bereitstellte.

Warum dann die Aufregung? Schließlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht es bei diesem Streit zwischen der Gewerkschaft Cockpit und der Lufthansa um eine Summe von etwa einer Milliarde Euro. Die Piloten fordern eine Lohnerhöhung von 10 %, dass ihre Übergangsrenten nicht reduziert werden dürfen und dass das Ausstiegsalter nicht verändert werden soll.

Meiner persönlichen Meinung nach ist es nicht nachvollziehbar, dass Piloten noch immer mit 55 Jahren in den Vorruhestand gehen können. Deutschland arbeitet bis 67. Das ist jetzt die Regel geworden. Piloten müssen sicherlich auch in Zukunft nicht bis 67 arbeiten. Aber auch die Piloten müssen sich daran gewöhnen, länger zu arbeiten. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist doch Sache der Firma und der Gewerkschaft, darüber zu entscheiden. Unser Haus und auch der Bundestag brauchen sich nicht damit zu beschäftigen. Ich bin schon sehr verwundert, dass Ihr Kollege gerade jetzt das Streikrecht und damit die Tarifautonomie in den Blick nimmt.

Als wir in diesem Hause um den Mindestlohn gestritten haben – daran kann ich mich noch gut erinnern -, hieß es immer: Das ist die Sache der Tarifpartner, da wollen wir uns nicht einmischen. – Anscheinend ist es jetzt nicht mehr die Sache der Tarifpartner. Komischerweise soll sich jetzt die Politik einmischen. Warum gerade jetzt?

Die Tarifeinheit ist also im Feuer. Genau darum geht es nämlich, um nichts anderes. Tarifeinheit heißt: Die größte Gewerkschaft dieser Firma entscheidet darüber, wie der Abschluss auszusehen hat. Alle anderen kleinen Gewerkschaften, die es in der Firma noch gibt, müssen sich diesem Tarifabschluss anschließen.

Die Bundesarbeitsministerin will ein Gesetz vorlegen. Eine Gewerkschaft des DGB hat schon Widerstand angekündigt, "ver.di" will das nicht mitmachen.

Gehen wir doch einmal zu der Entscheidung zurück: Was ist denn die Grundlage dieser Debatte? Das Bundesarbeitsgericht hat im Jahr 2010 ausdrücklich bestätigt, dass es keinen übergeordneten Grundsatz gebe, dass für verschiedene Arbeitsverhältnisse derselben Art in einem Betrieb nur einheitliche Tarifregelungen zur Anwendung kommen müssen. Es darf, es soll sogar mehrere Tarifregelungen in einer Firma geben. Somit ist das, was Cockpit fordert, nichts Außergewöhnliches.

Vor diesem Hintergrund sind für uns Eingriffe in das Streikrecht und in das Grundrecht der Koalitionsfreiheit der falsche Weg, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Koalitionsfreiheit ist ein Freiheitsrecht – das haben wir schon gehört -, ein Grundrecht und ein Grundpfeiler des Minderheitenschutzes, auch wenn diese Minderheit sechsstellig verdient, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Herr Reichhart, Sie haben Ihren Debattenbeitrag vorhin mit dem Verdienst der Piloten begonnen. Ich finde, das ist schändlich. Das ist nichts anderes als eine Neiddebatte und gehört nicht in dieses Hohe Haus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie wissen: Der Beruf des Piloten erfordert eine besondere Ausbildung. Piloten müssen ihre Ausbildung, die Kosten im sechsstelligen Bereich verursacht, selbst finanzieren. Diese Ausbildung hat eine ganz eigene Bedeutung. Ob sie so viel verdienen müssen oder nicht - es gibt sicherlich welche, die weniger verdienen -, ist eine andere Frage. Das ist jetzt einfach so. Es ist Sache der Lufthansa, sich damit auseinanderzusetzen.

Alle Beschäftigten und Berufsgruppen müssen auch weiterhin die Möglichkeit haben, sich zu organisieren und für bessere Arbeitsbedingungen zu streiten und möglicherweise auch zu streiken. Es gibt also keinen Grund, auf die Verhältnismäßigkeit von Streiks hinzuweisen, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD. Daher werden wir uns bei Ihrem Dringlichkeitsantrag enthalten.

Auch Sie, Kollegen der CSU, bekräftigen zwar die herausragende Stellung der Tarifautonomie, wollen aber wieder den Rollback hinter die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichtes. Auch deshalb enthalten wir uns bei Ihrem Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. Als nächste Rednerin bitte ich Frau Staatsministerin Müller ans Rednerpult.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich wundere mich schon, dass die SPD Kommentare der Bayerischen Staatsregierung zu einzelnen politischen Äußerungen aus der CDU einfordert. Wenn wir die vielfältigen Bemerkungen und Äußerungen zum Beispiel von SPD-Politikern kommentieren würden, hätten wir auch viel zu tun. Um es offen zu sagen: Der Antrag ist aus meiner Sicht unnötig.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Wieso ist der unnötig?)

Aber lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, um für die offenbar notwendige Klarheit zu sorgen.

Anlass des Antrags ist wohl, wie vorhin schon mehrfach erwähnt, eine Äußerung des stellvertretenden Vorsitzenden der Unionsfraktion im Bundestag Arnold Vaatz aus Sachsen im Zusammenhang mit dem Streik der Spartengewerkschaft Cockpit. Herr Vaatz fordert in der "Rheinischen Post" – ich zitiere -: "Wir sollten diesen Fall zum Anlass nehmen, über eine Gesetzesänderung nachzudenken. Auch in Tarifkonflikten müssen die Verhältnismäßigkeit und die Chancengleichheit gewahrt werden."

Verhältnismäßigkeit und Chancengleichheit sind es auch, was Sie in Ihrem Antrag fordern, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD. Dann fordern Sie, dass endlich der Grundsatz der Tarifeinheit unter Einbeziehung der Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber vorangetrieben werden muss.

Liebe Frau Karl, nichts anderes fordert Herr Vaatz. Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene haben wir gemeinsam, CDU, CSU und SPD, vereinbart – ich zitiere auch da -:

Um den Koalitions- und Tarifpluralismus in geordnete Bahnen zu lenken, wollen wir den Grundsatz der Tarifeinheit nach dem betriebsbezogenen Mehrheitsprinzip unter Einbindung der Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gesetzlich festschreiben. Durch flankierende Verfahrensregelungen wird verfassungsrechtlich gebotenen Belangen Rechnung getragen.

Der Ball liegt aber nicht im Spielfeld der Bayerischen Staatsregierung – das wissen Sie -, sondern in dem der Bundesarbeitsministerin, Frau Nahles. Sie gehört Ihrer Partei an, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD. Dieser Hinweis muss auch in dieser Debatte erlaubt sein. Fakt ist: Die Bundesministerin hat den Auftrag, hier die notwendigen Prüfungen und Gespräche durchzuführen und einen Vorschlag zu unterbreiten. Dem Vernehmen nach verzögert sich dieser jedoch unter anderem wegen schwieriger verfassungsrechtlicher Fragestellungen.

Wie Sie wissen, ist auch die Haltung unter den Gewerkschaften nicht einheitlich. So hat der Vorsitzende von "ver.di", Herr Bsirske, erst am 31. März eine gesetzliche Regelung abgelehnt.

Die Haltung der Bayerischen Staatsregierung ist klar, meine Damen und Herren. Wir stehen für Gewerkschaftspluralität und Koalitionsfreiheit, die Verhältnismäßigkeit und Chancengerechtigkeit wahrt. Um ein verfassungskonformes Vorgehen zu gewährleisten, sind drei Punkte unverzichtbar:

Erstens. Wir brauchen eine enge Einbindung aller betroffener Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften. In diesem Rahmen sind auch die bisherigen Erfahrungen in der Praxis mit der Rechtsprechungsänderung zu berücksichtigen.

Zweitens. Wir müssen die Balance zwischen allen betroffenen Interessen und Positionen wahren.

Drittens. Es darf zu keiner Verdrängung von Berufsgruppen- und Spartengewerkschaften kommen. Ihre Rechte aus Artikel 9 des Grundgesetzes müssen gewahrt bleiben.

In diesem Sinn wird sich die Bayerische Staatsregierung in den Gesetzgebungsprozess einbringen, so wie es auch der Dringlichkeitsantrag der CSU treffend formuliert.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bayerische Staatsregierung steht für eine ausgewogene und verfassungskonforme Regelung der Tarifeinheit. Lassen Sie uns deshalb weiter gemeinsam an einem Strang ziehen. Der Antrag kann damit als erledigt gelten.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: (nicht autorisiert) Herzlichen Dank. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen jetzt zur ersten namentlichen Abstimmung, und zwar rufe ich zunächst den Dringlichkeitsantrag Drucksache 17/1433 auf. Das ist der Antrag der SPD-Fraktion. Wir bleiben bei fünf Minuten. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 16.05 bis 16.10 Uhr)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Zeit ist um. Wir schließen jetzt unsere Abstimmung. Es wird außerhalb des Saales ausgezählt.

Ich bitte einen Moment um Geduld. Wir haben jetzt noch eine namentliche Abstimmung und dann noch einen Antrag. Danach ist es für heute schon geschafft. Ich rufe jetzt für die namentliche Abstimmung die Drucksache 17/1468 – das ist der Antrag der CSU-Fraktion – auf. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 16.11 bis 16.14 Uhr)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Zeit ist um. Wir schließen die Abstimmung. Es wird wieder außerhalb ausgezählt.

Inzwischen darf ich bekannt geben, dass für den nächsten Tagesordnungspunkt von der Fraktion der GRÜNEN namentliche Abstimmung beantragt worden ist

(Jürgen W. Heike (CSU): Bravo!)

Bevor ich aber diesen Tagesordnungspunkt aufrufe, darf ich zunächst noch Abstimmungsergebnisse bekannt geben, zunächst einmal zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Bürgerenergiewende retten – Kahlschlag beim EEG verhindern". Das ist die Drucksache 17/1434, zunächst zur Nummer 1. Mit Ja haben gestimmt 29, mit Nein haben gestimmt 86, und 33 haben sich der Stimme enthalten. Damit ist der Dringlichkeitsantrag hinsichtlich der Nummer 1 abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Nun zum Ergebnis der Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Bürgerenergiewende retten – Kahlschlag beim EEG verhindern", Drucksache 17/1434, Nummer 2. Mit Ja haben gestimmt 60, mit Nein haben gestimmt 84. Damit ist der Dringlichkeitsantrag hinsichtlich der Nummer 2 abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/1435 bis 1439, 1441 und 1469 bis 1471 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Damit komme ich zum letzten Tagesordnungspunkt für heute.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u. a. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ehe für alle: Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts (Drs. 17/261)

Als erste Rednerin darf ich Frau Kollegin Stamm ans Rednerpult bitten.

Claudia Stamm (GRÜNE): (nicht autorisiert) (Von der Rednerin nicht autorisiert): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen, sehr geehrte Kolleginnen! Im Juli 2009 entscheidet das Bundesverfassungsgericht: In der Hinterbliebenenversorgung muss der Dienstherr die eingetragene Lebenspartnerschaft und die Ehe gleich behandeln. In dem Urteil heißt es: Die Ungleichbehandlung von Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft im Bereich der betrieblichen Hinterbliebenenversorgung für Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes, die bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder zusatzversichert sind, ist mit Artikel 3 Absatz 1 des Grundgesetzes unvereinbar. Weiterhin heißt es: Geht die Privilegierung der Ehe mit einer Benachteiligung anderer Lebensformen einher - ich kürze ab -, rechtfertigt der bloße Verweis auf das Schutzgebot der Ehe eine solche Differenzierung nicht.

Im August 2009 entscheidet das Bundesverfassungsgericht, dass das Amtsgericht Schweinfurt unrecht hatte, als es davon ausging, dass die eingetragene Lebenspartnerschaft verfassungswidrig sei. Diese Vorschrift betrifft Adoptionsverfahren, bei denen eine Partnerin einer gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaft das leibliche Kind der anderen Partnerin als Kind annehmen möchte. Das Gericht hatte dies für verfassungswidrig gehalten, weil Eltern immer ein Mann und eine Frau sein müssten. Auch das wurde vom Bundesverfassungsgericht gekippt.

Im Juli 2010 entscheidet das Bundesverfassungsgericht, dass Lebenspartnerschaft und Ehe bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer gleich zu behandeln sind. Im Juni 2012 ergehen zum beamtenrechtlichen Familienzuschlag das gleiche Urteil und die gleiche Beurteilung wie bei der Hinterbliebenenversorgung im Jahr 2009.

Ich könnte so weitermachen, also ein Bundesverfassungsgerichtsurteil nach dem anderen aufzählen. Das war nur ein Ausschnitt dessen, was die Politik wie die Richter in Karlsruhe nach und nach jedes Mal beschäftigt, wobei das Gericht die Politik eigentlich jedes Mal abwatscht; anders kann man das nicht nennen.

Eigentlich ist das eine Reihe von Peinlichkeiten. Dabei könnte es so einfach sein, die Ehe für Schwule und Lesben zu öffnen. Zur Anpassung der Lebenspartnerschaft an die Ehe muss der Gesetzgeber noch 150 Vorschriften in 60 Gesetzen und Verordnungen anpassen. Die Ehe für alle zu öffnen, wäre ein großer Schritt in Sachen Gerechtigkeit. Das Stückwerk muss ein Ende haben, statt immer wieder neue Gesetze anzupassen. Machen Sie es doch den Schwulen und Lesben, uns, den Richterinnen und Richtern leichter! Machen Sie es vor allem, liebe CSU, den Schwulen und Lesben in Ihren Reihen leichter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Gewürge von SPD und Union um jeden einzelnen Paragrafen muss ein Ende haben. Es ist für uns Vertreterinnen und Vertreter der Gesellschaft unwürdig, so zu handeln. Die Politik und nicht Karlsruhe sollte hier das Heft des Handelns in der Hand haben. Stimmen Sie unserem Antrag zu, öffnen Sie die Ehe, und dann ist es gut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: (nicht autorisiert) Danke schön. Ich bitte jetzt den Kollegen Zellmeier ans Rednerpult.

Josef Zellmeier (CSU): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Die GRÜNEN greifen mit ihrem Antrag ein Thema auf, das im vergangenen Jahr in Frankreich Millionen von Demonstranten auf die Straßen gebracht hat. Obwohl Frankreich ein sehr liberaler Staat mit einer langen laizistischen Tradition ist, hat die Öffnung der traditionellen Ehe die Herzen und Gemüter der Menschen bewegt; denn die Ehe ist eben nicht nur ein Rechtsinstitut, liebe Kollegin Stamm, mit dem das Zusammenleben von zwei Menschen geregelt wird, sondern im Sinne unserer christlich-abendländischen Tradition und Prägung sowie auch in der Herleitung aus dem Naturrecht eine dauerhafte Verbindung von Mann und Frau mit dem Ziel, Nachkommen zu zeugen.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Sinne ist für uns eine Öffnung der Ehe für homosexuelle Partner nicht möglich.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Trotz Bundesverfassungsgericht? – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Ich verweise auch auf Artikel 6 Absatz 1 des Grundgesetzes. Hier wird beim Schutz von Ehe und Familie die Verbindung von Mann und Frau vorausgesetzt. Das ist übrigens auch durch Urteile des Bundesverfassungsgerichts so bestätigt.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Entschuldigen Sie, Herr Zellmeier, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Josef Zellmeier (CSU): Liebe Kollegin, ich möchte erst noch zu Ende sprechen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Aus welchem Jahrhundert kommen Sie eigentlich? – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Aus dem 21. Jahrhundert!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich doch einmal ausreden! – Zudem ist die Öffnung der Ehe schlichtweg nicht notwendig, um eine rechtliche Gleichstellung für homosexuelle Partner zu erreichen; denn die eingetragene Lebenspartnerschaft bietet dafür die nötigen Möglichkeiten. Deshalb hat auch der Bundesrat weitergehende Initiativen bisher immer abgelehnt. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD sieht vor, eine mögliche Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Partner allein durch Änderun-

gen in diesem Institut der eingetragenen Lebenspartnerschaft zu verhindern.

Abschließend folgt noch ein Hinweis auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 27. Mai 2008. Das ist noch gar nicht so lange her. Dort wird ausdrücklich ausgeführt, dass es das legitime Anliegen des Gesetzgebers ist, die Ehe ausschließlich Mann und Frau vorzubehalten. Dieses Anliegen des Gesetzgebers habe hohes Gewicht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit ist aber nicht ausgesagt, dass man nicht auf anderem Weg eine rechtliche Gleichstellung herbeiführen kann. - Wir werden den Antrag der GRÜNEN ablehnen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Halt, Moment! Bleiben Sie bitte noch hier! Die Frau Kollegin Stamm hat sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet.

Claudia Stamm (GRÜNE): (von der Rednerin nicht autorisiert): Sehr geehrter Herr Kollege! Ich habe mich jetzt schon gewundert. Denn wenn Sie die große Differenz zwischen eingetragener Lebenspartnerschaft und Ehe ansprechen, frage ich mich, ob das bayerische Beamtenrecht, das inzwischen zum Glück laut Karlsruhe die Gleichstellung bei Hinterbliebenenversorgung usw. vorsieht, nach Ihren Rechtsvorstellungen überhaupt rechtskonform ist. Sie möchten den großen Unterschied zwischen der Ehe und der eingetragenen Lebenspartnerschaft sehen. Genau dieses Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2009 erlaubt keine Diskriminierung der eingetragenen Lebenspartnerschaft, auch nicht mit Hinweis auf Artikel 6 Absatz 1 des Grundgesetzes. Entweder haben wir diesen Unterschied zwischen eingetragener Lebenspartnerschaft und Ehe, den Sie aber gerade eben auch abgelehnt haben - dann ist aber unser Beamtenrecht nicht mehr rechtskonform -, oder es ist tatsächlich so, wie das Bundesverfassungsgericht sagt, dass die Diskriminierung der eingetragenen Lebenspartnerschaft aus diesem Grunde nicht mehr sein darf.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Josef Zellmeier (CSU): Frau Kollegin, Sie haben Recht, es gibt diese Urteile. Wir werden sie auch nachvollziehen, um dort, wo ein eindeutiger Unterschied nicht vorhanden ist, diese Gleichstellung zu bewerkstelligen. Das ist richtig und zutreffend. Das bedeutet aber nicht, dass wir das Rechtsinstitut Ehe für gleichgeschlechtliche Partnerschaften öffnen müssen; denn da ist aus unserer Sicht ein grundsätzlicher Unterschied. Ich sage es so, wie ich es vorhin begründet habe. Da ist, wie man in Frankreich gesehen hat, auch auf emotionaler Ebene ein großer Unterschied. Wir haben mit der Lebenspartnerschaft die Möglich-

keit der Gleichstellung. Wir brauchen dafür nicht die Ehe zu öffnen. Wir sollten sie Mann und Frau vorbehalten.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Warum? Ein Argument, warum! – Thomas Gehring (GRÜNE): Gefühle leiten das Denken!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Vielen Dank! – Ich bitte jetzt die nächste Rednerin, die Frau Kollegin Hiersemann, ans Rednerpult.

Alexandra Hiersemann (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist kein Geheimnis, liebe Frau Kollegin Stamm, dass die SPD seit Langem für die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften eintritt. Deshalb werden wir diesem Antrag heute zustimmen, und das ohne jegliches Gewürge, um Ihren Gedanken von vorhin aufzugreifen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Verweigerung der Möglichkeit der Eheschließung für gleichgeschlechtliche Paare bedeutet für die Betroffenen ganz klar eine konkrete und symbolische Diskriminierung. Diejenigen unter Ihnen, die an dieser Diskriminierung festhalten wollen, zeigen, dass ihr Menschenbild und ihre Vorstellungen von Beziehungen zwischen zwei Menschen schon lange nicht mehr dem entsprechen, was schlicht und einfach die Lebenswirklichkeit ist. Die Verweigerung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare wurde in der Vergangenheit immer mit der damals einschränkenden Definition des Begriffs der Ehe in der Verfassung begründet. Frau Kollegin Stamm hat es dargestellt: Die jetzige Haltung der CSU-Fraktion und der FREIEN WÄHLER ignoriert die mittlerweile glasklare Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts der letzten Jahre. Sie ist in Teilen zitiert worden, aber ich will es noch einmal kurz wiederholen, weil der Herr Kollege Zellmeier vorhin aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts etwas anderes herausgelesen hat. 2009 hat das Gericht gesagt, es sei verfassungsrechtlich gerade nicht zu begründen, aus dem besonderen Schutz der Ehe abzuleiten, dass andere Lebensgemeinschaften mit geringeren Rechten versehen werden könnten. Deutlicher geht es doch wohl kaum mehr. Die Reduzierung des Verständnisses von Ehe auf die Beziehungen zwischen Mann und Frau lässt sich nicht mit der Verfassung begründen.

Im Koalitionsvertrag ist daraus im Übrigen die Lehre gezogen worden. Alle drei Koalitionspartner haben sich gegen rechtliche Diskriminierung dieser Lebensgemeinschaften ausgesprochen. Der Koalitionsvertrag sieht vor, dass rechtliche Regelungen, die die gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften

schlechterstellen, beseitigt werden müssen. Wir befinden uns im Übrigen in bester europäischer Gesellschaft. Die Niederlande, Belgien, Norwegen, Spanien, sogar England und Schottland haben mittlerweile der Anerkennung der Ehe für gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften zugestimmt. Der Untergang des Abendlandes hat bisher ganz offensichtlich nicht stattgefunden. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU-Fraktion und von den FREIEN WÄHLERN, es gibt also tatsächlich für Sie keinen Grund mehr, diesen Antrag hier und heute im Jahr 2014 abzulehnen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Im Übrigen muss man sagen: Auch die Bürgerinnen und Bürger wollen das, und zwar mit deutlicher Mehrheit. Nach einer Forsa-Umfrage im letzten Jahr sind 74 % aller Befragten und immerhin 64 % der Unionswähler für die völlige Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Partnerschaften eingetreten. Das ist bemerkenswert: denn da hat sich in unserer Gesellschaft ganz offensichtlich etwas geändert. Das ist ein deutlich freierer Blick auf Beziehungen zwischen zwei Menschen, als es hier eben unter Bemühung des Naturrechts dargestellt worden ist. Das müssten wir vielleicht an anderer Stelle diskutieren, Herr Kollege Zellmeier. Es ist ein deutlich freierer Blick auf die Beziehungen zwischen zwei Menschen, die sich auf Dauer binden wollen, egal welches Geschlecht sie haben. Das sollten Sie bedenken, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU und von den FREIEN WÄHLERN. Wir haben vorhin gehört, dass sich die CSU als Motor der Koalition in Berlin versteht. Ich würde vorschlagen, den Rückwärtsgang rauszunehmen und ein bisschen aufs Gas zu drücken. Sonst werden Sie von dem abgehängt, was gesellschaftliche Realität ist. Ich bitte Sie auch um Zustimmung. Die SPD-Fraktion wird dem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Kollegin, verbleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Die Frau Kollegin Stamm hat sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet.

Claudia Stamm (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert): Liebe Kollegin, Koalitionsverhandlungen sind wahrscheinlich nicht ohne, gerade mit der CSU, wenn es um solche Themen geht. Aber jetzt hier zu stehen und zu sagen, dass man alles getan hat, um die Diskriminierung von Schwulen und Lesben zu beseitigen, finde ich doch ein bisschen schief. Vielleicht könnte man sagen, man bekommt nicht alles durch. Man hat genau diesen Part nicht durchbekommen. Ein Eingeständnis ist, glaube ich, besser, als zu sagen, in der Großen Koalition ist alles gut, in der

Großen Koalition ist alles dafür getan worden. In den Wahlkampf sind Sie mit etwas anderem gezogen, nämlich mit der Aussage, die Ehe soll mit vollem Recht für Schwule und Lesben und vollem Recht für Adoptionen geöffnet werden. Ich sage: Koalitionsverhandlungen sind Koalitionsverhandlungen. Aber wie man das dann hier eingesteht und wie man darüber redet, ist eine andere Sache.

Alexandra Hiersemann (SPD): Frau Kollegin Stamm, ich habe nicht gesagt, die SPD-Fraktion habe in den Koalitionsverhandlungen alles dafür getan. Ich habe gesagt, wir haben uns schon lange für die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften eingesetzt. Das ist insofern ein Unterschied. Sie wissen selber, wie Koalitionsverhandlungen laufen. Ich habe hier an dieser Stelle keine Verantwortung dafür zu übernehmen, sondern ich kann nur sagen, wie die grundsätzliche Haltung der SPD in dieser Frage der Anerkennung seit vielen Jahren gewesen ist. Tatsächlich haben wir jetzt im Rahmen des Koalitionsvertrags dafür gesorgt, dass eine Schlechterstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften aus rechtlicher Sicht nicht mehr stattfinden soll.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. Als nächsten Redner bitte ich Herrn Kollegen Streibl ans Rednerpult.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich schicke vorweg, dass ich im letzten Jahrtausend geboren wurde. Daher muss man mir diesen Vorwurf nicht machen.

Wegen dieses Antrags wird das christliche Abendland sicherlich nicht untergehen. Allerdings geht es um eine grundsätzliche Frage. Wenn wir die Geschlechtlichkeit als eine Konvention in der Gesellschaft ansehen, dann ist dieser Antrag logisch und konsequent. Wenn wir aber hervorheben, dass die menschliche Natur in zwei Geschlechtern ausgebildet ist, verhält es sich etwas anders; denn dann muss ich betonen, dass sich die menschliche Natur in Mann und Frau widerspiegelt und die Ehe die Geschlechtergemeinschaft von Mann und Frau ist, und zwar schon wesentlich länger, als es diesen Staat überhaupt gibt. Über die Menschheitsgeschichte hinweg gibt es die Institution der Ehe. Deswegen werden wir unabhängig davon, wie wir welche Verbindung auch nennen, die Institution der Ehe nie irgendwo treffen können. Es wird immer Frauen und Männer geben, die sich in einer Geschlechtergemeinschaft treffen und dadurch Leben weitergeben werden. Aus diesen Gründen werden wir diesen Antrag mehrheitlich ablehnen. Ich gebe zu, in unserer Fraktion gibt es auch andere Ansichten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich halte die Ehe allerdings für eine grundsätzliche Institution für jede Gesellschaft; denn ohne die Ehe von Mann und Frau als kleinster Gemeinschaft in einem Staat bzw. in einer Gesellschaft sind der Bestand und die Weiterentwicklung dieser Gesellschaft nicht möglich. Das menschliche Leben wird nur durch Mann und Frau weitergegeben, und eine Abknospung gibt es bei uns eben nicht. Ich danke für das Zuhören und werde den Antrag auf jeden Fall ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. Ich darf jetzt Herrn Staatsminister Professor Bausback ans Rednerpult bitten.

Staatsminister Prof. Dr. Winfried Bausback (Justizministerium): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Seit dem 1. August 2001 gibt es in Deutschland eingetragene Lebenspartnerschaften. Dieses Rechtsinstitut wurde in den folgenden Jahren immer stärker an die Ehe angeglichen. Das begann beim Beamtenrecht und reicht bis zum Ehegattensplitting.

Wir haben es uns damit nicht leicht gemacht. Der Grund dafür, dass wir es uns nicht leicht gemacht haben, war die Sorge, die Anerkennung eingetragener Lebenspartnerschaften könnte das Rechtsinstitut der Ehe schwächen. Richtig ist es aber, Partnerschaften, in denen Menschen füreinander einstehen und verlässlich Verantwortung und Sorge füreinander übernehmen, einen rechtlichen Rahmen und damit institutionellen Schutz zu geben. Deshalb haben wir 2013 im Koalitionsvertrag im Bund vereinbart, rechtliche Regelungen, die gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften schlechter stellen, zu beseitigen. Dazu stehen wir, Kolleginnen und Kollegen. Genauso entschieden stehen wir aber auch zu unserem Bekenntnis zur Ehe als Leitbild und Grundlage unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der CSU)

Die Verschiedengeschlechtlichkeit der Partner ist seit jeher ein Wesensmerkmal der Ehe und steht für uns nicht zur Disposition.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Die eingetragene Lebenspartnerschaft ist heute der Ehe in ihrer rechtlichen Ausgestaltung sehr ähnlich, sie ist aber nicht dasselbe. Frau Kollegin Stamm, Frau Kollegin Hiersemann, Sie verwechseln Gleichstellung mit Gleichsetzung. Dazwischen besteht ein Unterschied.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Ehe ist und bleibt die Grundlage für Familien, in denen Kinder bei ihren leiblichen Eltern aufwachsen. Bei aller rechtlichen Angleichung unterscheidet sie sich in diesem Punkt von der Lebenspartnerschaft. Wir tun deshalb gut daran, beides auseinanderzuhalten. Um es gleich zu sagen: Die im Antrag der Fraktion des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN und die in der heutigen Debatte genannten Argumente für eine Neudefinition der Ehe überzeugen mich überhaupt nicht. Es stellt keine unzulässige Diskriminierung dar, wenn das Rechtsinstitut der Ehe verschiedengeschlechtlichen Partnern vorbehalten bleibt. Für die notwendige und wünschenswerte rechtliche Absicherung gleichgeschlechtlicher Lebenspartner gibt es das Institut der Lebenspartnerschaft.

Die Verfasser des Antrags und auch Frau Hiersemann wollen den Eindruck erwecken, das Bundesverfassungsgericht habe sich für eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Lebenspartner ausgesprochen. Frau Kollegin Stamm, das ist falsch. Das Gegenteil ist der Fall. Das Bundesverfassungsgericht hat hierzu in einer Entscheidung aus dem Jahr 2008 ganz klar ausgeführt:

Das gesetzgeberische Anliegen, das Rechtsinstitut der Ehe, die unter dem besonderen Schutz von Art. 6 Abs. 1 GG steht, als Form des rechtlich abgesicherten Zusammenlebens ausschließlich Mann und Frau, also Partnern verschiedenen Geschlechts, vorzubehalten, ist von hohem Gewicht. In Konsequenz dieser Zielsetzung hat der Gesetzgeber das Institut der Eingetragenen Lebenspartnerschaft geschaffen, um auch gleichgeschlechtlichen Paaren eine rechtlich abgesicherte Partnerschaft zu ermöglichen.

Das Bundesverfassungsgericht erkennt also den Unterschied zwischen dem Institut der Ehe und einem geschaffenen Institut der Partnerschaft durchaus an und betont diesen. Nur der Vollständigkeit halber erwähne ich, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg mit Urteil vom 24. Juni 2010 entschieden hat, die Staaten in Europa seien nicht zur Einführung von Ehen zwischen gleichgeschlechtlichen Partnern verpflichtet.

Die Auffassung der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, dass unser Verständnis der Ehe überholt sei, der sich bedauerlicherweise auch Frau

Kollegin Hiersemann anzuschließen scheint, teile ich nicht. Der insoweit angeblich eingetretene gesellschaftliche Wandel wird von den Verfassern des Antrags zwar behauptet, aber, Frau Stamm, von keiner Seite belegt. Sie verwechseln die Gesellschaft mit Ihren eigenen Vorstellungen. Sie kommen mir vor wie der Autofahrer auf der A 3, der im Verkehrsfunk die Meldung hört, dass auf dieser Strecke ein Geisterfahrer unterwegs ist,

(Lachen bei den GRÜNEN)

und zu seiner Ehefrau oder meinetwegen auch zu seinem eingetragenen Lebenspartner sagt: Einer? Das sind ja Tausende!

(Beifall bei der CSU)

Frau Kollegin, das Argument, die gleichgeschlechtliche Ehe sei weltweit in elf Staaten eingeführt worden, besagt bei gutem Mathematikverständnis in erster Linie, dass die große Mehrzahl aller Staaten diesen Schritt aus guten Gründen nicht gegangen ist.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Davon unabhängig geht es nicht darum, sogenannten internationalen oder auch internationalistischen Tendenzen hinterherzulaufen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

sondern es geht darum, die Grundlagen gesellschaftlichen Zusammenlebens in unserem Land zu definieren. Frau Stamm, Frau Hiersemann, Gleichstellung in gewissen Punkten und Gleichsetzung sind unterschiedliche Dinge. Deshalb fordere ich Sie und alle Kolleginnen und Kollegen auf, diesem Antrag nicht zuzustimmen. Ich setze darauf, die Ehe in dem durch unser Grundgesetz vorgegebenen Verständnis zu bewahren. Ich bitte Sie nochmals darum, den Antrag heute wie bereits im Ausschuss abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Minister, bitte verbleiben Sie am Rednerpult. Es folgt eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Stamm.

Claudia Stamm (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert): Sehr geehrter Herr Staatsminister Professor Bausback, ich habe überlegt, ob Sie die Richter und Richterinnen des Bundesverfassungsgerichts nun Geisterfahrer nennen; denn die Urteile, die ich aufgezählt habe, haben Sie einfach ignoriert. Sie haben mit dem Urteil von 2008 argumentiert. In einem Urteil aus dem Jahr 2009 steht aber schon:

Geht die Privilegierung der Ehe mit einer Benachteiligung anderer ... Lebensformen einher ..., rechtfertigt der bloße Verweis auf das Schutzgebot der Ehe eine solche Differenzierung indes nicht.

Der erwähnte Verweis auf das Schutzgebot der Ehe erfolgt gemäß Artikel 6 Absatz 1 des Grundgesetzes. Weitere Urteile ergingen im Jahr 2009, zweimal im Jahr 2010, 2012 und im Jahr 2013 bezüglich der Sukzessionsadoption. Sie haben einfach die ganzen Urteile, die aus Karlsruhe kamen, ignoriert. Ich habe mich gefragt, wie das ein Jurist tun kann. Im Jahr 2008 hat das Verfassungsgericht so entschieden, wie Sie gesagt haben. Offenbar hat sich aber etwas geändert, sonst hätte es diese Urteile aus dem Jahr 2009 usw. nicht gegeben.

(Jürgen W. Heike (CSU): Nein, das sind doch verschiedene Tatbestände!)

Wenn ich ein Geisterfahrer sein sollte, dann wäre auch Karlsruhe ein Geisterfahrer. Ich hoffe nicht, dass Sie dies behaupten wollten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Prof. Dr. Winfried Bausback (Justizministerium): Frau Kollegin Stamm, Juristen werden in ihrer Ausbildung in einer Disziplin ganz besonders geschult, nämlich in der Möglichkeit und der Fähigkeit, zu differenzieren.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie die Urteile noch einmal mit Genauigkeit durchlesen, werden Sie feststellen, dass ich diese Urteile nicht ignoriert habe. Meine Grundthese lautet, dass Gleichstellung und Gleichsetzung nicht das Gleiche sind. Nach unserer Verfassung ist eine Gleichsetzung nicht geboten.

(Jürgen W. Heike (CSU): Das versteht sie doch nicht!)

- Herr Kollege, ich weiß auch, dass sie das nicht versteht, aber ich versuche, es zu erklären. – Wegen der Verfassung ist eine Gleichstellung in einzelnen Bereichen nach der Interpretation des Bundesverfassungsgerichts notwendig, aber eine Gleichsetzung ist gerade nicht vorgesehen. Das sollten Sie sich einmal in den Urteilen genauer anschauen.

Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts verlangt von uns keine Veränderung des Begriffs der Ehe. Im Übrigen wäre aus meiner Sicht eine solche Veränderung nur durch den Verfassungsgeber möglich; denn dies geht über einen Verfassungswandel

deutlich hinaus. Wenn überhaupt, müsste der konstitutive Gesetzgeber eine solche Änderung vornehmen. Aus meiner Sicht ist dies jedoch aus guten Gründen strikt abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur namentlichen Abstimmung. Ich möchte vorweg sagen, dass die Sitzung damit noch nicht geschlossen ist, weil wir noch die Auszählung abwarten müssen. Für die Abstimmung sind drei Minuten vorgesehen. Wir können beginnen.

(Namentliche Abstimmung von 16.42 bis 16.45 Uhr)

Meine Damen und Herren, die drei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Die Urnen sind geschlossen. Die Stimmen werden draußen ausgezählt.

(Unterbrechung von 16.45 bis 16.48 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gebe nun die Ergebnisse der namentlich durchgeführten Abstimmungen bekannt, zunächst das Ergebnis zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Angelika Weikert und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Keine Beschädigung des gültigen Streikrechts" auf der Drucksache 17/1433. Mit Jahaben 32 und mit Nein 79 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab 29 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Ich komme damit zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Hermann Imhof und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Bewährtes Tarifrecht weiterentwickeln – Grundsatz der Tarifeinheit regeln!" auf Drucksache 17/1468. Mit Ja haben 110 und mit Nein null Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab 29 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 9)

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Ehe für alle: Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts" auf der Drucksache 17/261 bekannt. Mit Ja haben 52 und mit Nein 84 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es

gab eine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 10)

Wir sind am Ende der Tagesordnung angekommen. Ich schließe die Sitzung und wünsche noch einen schönen Abend.

(Schluss: 16.49 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 03.04.2014 zu Tagesordnungspunkt 3: Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Inge Aures, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion SPD zur Änderung des Bestattungsgesetzes; Schaffung einer gesetzlichen Regelung zur Ermöglichung des Erlasses gemeindlicher Friedhofssatzungen bzw. Friedhofsordnungen für ein Verwendungsverbot für Grabmale aus ausbeuterischer Kinderarbeit (Drucksache 17/94)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	Х		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	Х		
Bachhuber Martin		Х	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		Х	
Bauer Volker		Х	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		Х	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		Х	
Dr. Bernhard Otmar		Х	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		Х	
Bocklet Reinhold		Х	
Brannekämper Robert		Х	
Brendel-Fischer Gudrun		Х	
Brückner Michael		Х	
von Brunn Florian	Х		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		Х	
Dünkel Norbert		Х	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		Х	
Eisenreich Georg		Х	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen		Х	
FehIner Martina	Х		
Felbinger Günther		Х	
Flierl Alexander		Х	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl		Х	
Füracker Albert		Х	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		+

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		Х	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten		X	
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra			
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar			
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		Х	
Heike Jürgen W.		Х	
Herold Hans		Х	
Dr. Herrmann Florian		Х	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		Х	
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		Х	
Hofmann Michael		Х	
Holetschek Klaus		Х	
Dr. Hopp Gerhard		Х	
Huber Erwin		Х	
Dr. Huber Marcel		Х	
Dr. Huber Martin		Х	
Huber Thomas		Х	
Dr. Hünnerkopf Otto		Х	
Huml Melanie		Х	
Imhof Hermann		Х	
Jörg Oliver		Х	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		Х	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		Х	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		Х	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kraus Nikolaus		Х	
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		Х	
Kühn Harald		Х	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	^	X	
Lorenz Andreas		^	
Lotte Andreas	X		
Lotte Andreas	^		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		Х	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike		Х	
Mütze Thomas	Х		
Muthmann Alexander		Х	
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Nuddel Waller			
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael		Х	
Pohl Bernhard		Х	
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radimeier Helmut	^	Х	
Rauscher Doris	X	^	
	^	V	
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard			
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		Х	
Rudrof Heinrich		Х	
Rüth Berthold		Х	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry		<u> </u>	
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi		Х	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin	^		
		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		Х	

		,	
Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schreyer-Stäblein Kerstin		Х	
Schulze Katharina	Χ		
Schuster Stefan	Х		
Schwab Thorsten		Х	
Dr. Schwartz Harald		Х	
Schweiger Tanja		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		Х	-
Sem Reserl			-
Sengl Gisela	Х		-
		V	
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	Х		-
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	Х		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	Х		
Steinberger Rosi	Χ		
Steiner Klaus		Х	
Stierstorfer Sylvia		Х	
Stöttner Klaus			
Straub Karl		Х	
Streibl Florian		Х	
Strobl Reinhold	Х		_
Ströbel Jürgen		Х	-
Dr. Strohmayr Simone	Х		
	X		-
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	Х		
Taubeneder Walter		Х	
Tomaschko Peter		Х	
Trautner Carolina		Х	
Hadaal Saadaa Tarabia			
Unterländer Joachim			
Dr. Vetter Karl		X	
Vogel Steffen		Х	
Waldmann Ruth	Х		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		Х	_
Weidenbusch Ernst		X	-
Weikert Angelika	Х		-
			-
Dr. Wengert Paul	Х		-
Werner-Muggendorfer Johanna			-
Westphal Manuel		Х	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	Х		
Winter Georg		X	
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde		Х	
Woerlein Herbert	Х		
Zochovice lookell	~		-
Zacharias Isabell	Х		-
Zellmeier Josef	.,	Х	<u> </u>
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	52	99	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 03.04.2014 zu Tagesordnungspunkt 4: Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Stefan Schuster, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u. a. und Fraktion SPD zur Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes; Verdoppelung der Ballungsraumzulage (Drucksache 17/323)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	Х		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		Х	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	Х		
Bauer Volker		Х	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		Х	
Bause Margarete	Х		
Beißwenger Eric		Х	
Dr. Bernhard Otmar		Х	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		Х	
Bocklet Reinhold		Х	
Brannekämper Robert		Х	
Brendel-Fischer Gudrun		Х	
Brückner Michael		Х	
von Brunn Florian	Х		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			
Dettenhöfer Petra		Х	
Dorow Alex		Х	
Dünkel Norbert		Х	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		Х	
Eisenreich Georg		Х	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	Х		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
FlierI Alexander		Х	
Dr. Förster Linus	Х		
Freller Karl		Х	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

		1	
Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	Х		
Gerlach Judith		Х	
Gibis Max		Х	
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas		Х	
Gote Ulrike	Х		
Gottstein Eva			
Güll Martin	Х		
Güller Harald	Х		
Guttenberger Petra			
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar			
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		Х	
Herold Hans		Х	
Dr. Herrmann Florian		Х	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		Х	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		Х	
Dr. Hopp Gerhard		Х	
Huber Erwin		Х	
Dr. Huber Marcel		Х	
Dr. Huber Martin		Х	
Huber Thomas		Х	
Dr. Hünnerkopf Otto		Х	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		Х	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		Х	
Karl Annette	Х		
Kirchner Sandro		Х	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		Х	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kraus Nikolaus	Х		
Kreitmair Anton		Х	
Kreuzer Thomas		Х	
Kühn Harald		Х	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		Х	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		Х	
Lorenz Andreas			
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate		Х	
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	Х		
Müller Emilia		Х	
Müller Ruth	Х		
Müller Ulrike	Х		
Mütze Thomas	Х		
Muthmann Alexander	Х		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		Х	
Osgyan Verena			
			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph	X		
RadImeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		Х	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		Х	
Ritter Florian			
Roos Bernhard			
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		Х	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		Х	
Scharf Ulrike		Х	
Scheuenstuhl Harry			
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	Х		
Schmitt-Bussinger Helga	Х		
Schöffel Martin		Х	
Schorer Angelika		Х	
Schorer-Dremel Tanja		Х	1

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	Х		
Schuster Stefan	Х		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Schweiger Tanja	Х		1
Seehofer Horst			-
Seidenath Bernhard		X	-
			-
Sem Reserl			-
Sengl Gisela	Х		
Sibler Bernd		X	-
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana	Χ		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	Χ		
Steinberger Rosi	Χ		
Steiner Klaus		Х	
Stierstorfer Sylvia		Х	
Stöttner Klaus		1	
Straub Karl		Х	
Streibl Florian	Х		-
Strobl Reinhold	X		-
		X	-
Ströbel Jürgen			-
Dr. Strohmayr Simone	X		-
Stümpfig Martin	Х		-
Tasdelen Arif	Х		
Taubeneder Walter		Х	
Tomaschko Peter		Х	
Trautner Carolina		Х	
Unterländer Joachim			
Do Watter Karl			-
Dr. Vetter Karl	Х		-
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	Х		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		Х	
Weidenbusch Ernst		Х	
Weikert Angelika	Х	1	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			-
		X	-
Westphal Manuel		^	-
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	Х		-
Winter Georg		X	
Winter Peter			ļ
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	Χ		<u> </u>
Zacharias Isabell	Х		-
Zellmeier Josef		Х	_
Zierer Benno	Х		+
Gesamtsumme	67	84	0
Coamiounine	- ·	J-7	

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 5)

Es bo (E) (G) (ENT (A)	edeuten: 'H)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss
1.	Klaus Ad Einsatzb	er Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, delt u.a. SPD elastung der Bereitschaftspolizei in Bayern 429, 17/1017 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD Demografie der Bayerischen Polizei Drs. 17/430, 17/1016 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Sonderinvestitionsprogramm "Bayern Barrierefrei 2023" Drs. 17/440, 17/1067 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD), Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Amerikahaus in bewährter Form für die Bürger erhalten – keine Sicherheitskonferenz in den Räumen des Amerikahauses zulassen Drs. 17/504, 17/1104 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann u.a. und Fraktion (CSU)
 Gewalt gegen Polizeibeamte bei den Ausschreitungen in Hamburg am 21. Dezember 2013
 Drs. 17/562, 17/1015 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
 Olympische Winterspiele: Sotschi zum Ort sportlicher Erfolge und demokratischer Signale machen!
 Drs. 17/563, 17/1030 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU SPD FREIE WÄHLER GRÜ

	A		ENTH	ENTH
7.	Dr. Florian He Friedliche und Drs. 17/578, 1 Votum des fed	rrmann u.a. und Fraktio I faire Olympische Winte 7/1029 (ENTH) derführenden Ausschuss	erspiele ses für	ellmeier,
	CSU CSU	ragen, Innere Sicherhei SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				ENTH
	Die SPD-Frak zugrunde zu		s Votum Zustimmung der	Abstimmung
8.	Dr. Florian He Änderung des Schaffung ein von Grabmale	rrmann u.a. CSU Bestattungsgesetzes;	nhof, Bernhard Seidenath, ein Verwendungsverbot Kinderarbeit	
		derführenden Ausschuss ragen, Innere Sicherhei		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		ENTH		ENTH
9.	Karl Freller u.a	a. CSU on Kinderbetreuungsmö	ner, Joachim Unterländer, glichkeiten für öffentlich Bec	lienstete
		derführenden Ausschuss fentlichen Dienstes	ses für	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	团		Z

 Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Hermann Imhof, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld u.a. SPD, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. FREIE WÄHLER, Christine Kamm, Jürgen Mistol BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Teilnahme des Freistaats Bayern am "Eine Welt-PromotorInnenprogramm: Koordination, Förderung und Vernetzung in der zivilgesellschaftlichen entwicklungspolitischen Bildungsarbeit" Drs. 17/1052 17/1358 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 03.04.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Annette Karl u. a. und Fraktion SPD; Sicherung und Erhalt des Grünlands in Bayern (Drucksache 17/1440)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		Х	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	Х		
Aures Inge	Х		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			
Bauer Volker		Х	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		Х	
Bause Margarete	Х		
Beißwenger Eric		Х	
Dr. Bernhard Otmar		Х	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		Х	
Bocklet Reinhold		Х	
Brannekämper Robert		Х	
Brendel-Fischer Gudrun		Х	
Brückner Michael		Х	
von Brunn Florian	Х		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		Х	
Dünkel Norbert		Х	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		Х	
Eisenreich Georg		Х	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen		Х	
FehIner Martina	Х		
Felbinger Günther		Х	
FlierI Alexander		Х	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl		Х	
Füracker Albert		Х	
Ganserer Markus			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	Х		

		1	
Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	Х		
Gerlach Judith		Х	
Gibis Max		Х	
Glauber Thorsten		Х	
Dr. Goppel Thomas		Х	
Gote Ulrike	Х		
Gottstein Eva			
Güll Martin	Х		
Güller Harald	Х		
Guttenberger Petra			
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar			
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		Х	
Heike Jürgen W.		Х	
Herold Hans		Х	
Dr. Herrmann Florian		Х	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		Х	
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		Х	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		Х	
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel		.,	
Dr. Huber Martin		Х	
Huber Thomas		Х	
Dr. Hünnerkopf Otto		Х	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		Х	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		Х	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	Х		
König Alexander		Х	
Kohnen Natascha	Х		
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kraus Nikolaus		Х	
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		Х	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X	^	
	^		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas			
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	Х		
Dr. Merk Beate		Х	
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	Х		
Müller Emilia		Х	
Müller Ruth	Х		
Müller Ulrike		Х	
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander		Х	
Neumeyer Martin		Х	
Nussel Walter		Х	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael		.,	
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			
RadImeier Helmut		Х	
Rauscher Doris	Х		
Dr. Reichhart Hans		Х	
Reiß Tobias		Х	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	Х		
Ritt Hans		Х	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard	^	V	
		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		Х	
Sauter Alfred		Х	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry			
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi		Х	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		Х	
Schorer Angelika		Х	
Schorer-Dremel Tanja		Х	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schreyer-Stäblein Kerstin		Х	
Schulze Katharina	Χ		
Schuster Stefan	Χ		
Schwab Thorsten		Х	
Dr. Schwartz Harald		Х	
Schweiger Tanja		Х	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		Х	
Sem Reserl			
Sengl Gisela	Х		
Sibler Bernd		Х	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	Х		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	Х		_
Stamm Barbara			-
Stamm Claudia	Х		-
Steinberger Rosi	X		-
Steiner Klaus	^		-
		X	
Stierstorfer Sylvia		X	-
Stöttner Klaus		X	ļ
Straub Karl		X	-
Streibl Florian		X	-
Strobl Reinhold	Х		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	Х		
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif	Х		
Taubeneder Walter		Х	
Tomaschko Peter		Х	
Trautner Carolina		Х	
Unterländer Joachim			
Dr. Vetter Karl		X	
Vogel Steffen		X	-
vogel Stellen			-
Waldmann Ruth	Х		-
	^	V	-
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst	V		-
Weikert Angelika	X		-
Dr. Wengert Paul	Х		ļ
Werner-Muggendorfer Johanna			ļ
Westphal Manuel		X	-
Widmann Jutta		Х	
Wild Margit	Х		
Winter Georg		Х	ļ
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde		Х	
Woerlein Herbert	Х		
Zacharias Isabell	Х		-
Zellmeier Josef		X	-
Zierer Benno		X	-
	48	94	-
Gesamtsumme	40	94	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 03.04.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer u. a. und Fraktion CSU; EU-Recht 1:1 umsetzen, Wettbewerbsnachteile vermeiden (Drucksache 17/1465)

Name	Ja	Nein	Enthalf mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse	Х		
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	Х		
Aures Inge	Х		
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		Х	
Beißwenger Eric	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	Х		
Bocklet Reinhold	Х		
Brannekämper Robert	Х		
Brendel-Fischer Gudrun	Х		
Brückner Michael	Х		
von Brunn Florian	Х		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			
Dettenhöfer Petra	X		
Dorow Alex	X		
Dünkel Norbert	Х		
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	Х		
Eisenreich Georg	X		
	.,		
Fackler Wolfgang	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina			
Felbinger Günther	X		
FlierI Alexander	X		
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	Х		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		Х	
Gerlach Judith	Х		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		Х	
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra			
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar			
Hartmann Ludwig		Х	-
Heckner Ingrid	X		-
Heike Jürgen W.	X		<u> </u>
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		-
Herrmann Joachim			-
Dr. Herz Leopold Hiersemann Alexandra	X		-
	X		-
Hintersberger Johannes Hofmann Michael	X		-
Holetschek Klaus	X		
Dr. Hopp Gerhard	^		
Huber Erwin			-
Dr. Huber Marcel			<u> </u>
Dr. Huber Martin	X		<u> </u>
Huber Thomas	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie			
Imhof Hermann	Х		
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine		X	
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther	X		
König Alexander	Х		
Kohnen Natascha	Х		
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		

Name	Ja	Nein	Enthalt mich
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X	\ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \	
Leiner Ulrich	X	X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig Lorenz Andreas	^		
Lotte Andreas	X		
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian		Х	
Dr. Merk Beate	Х		
Meyer Peter			
Mistol Jürgen		Х	
Müller Emilia	Х		
Müller Ruth	Х		
Müller Ulrike	Х		
Mütze Thomas		Х	
Muthmann Alexander	Х		
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef	Х		
Dr. Rabenstein Christoph			
RadImeier Helmut	X		
Rauscher Doris	Х		
Dr. Reichhart Hans	Х		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans	X		
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Souton Alfrod	V		
Sauter Alfred	X		
Schouppetubl Harry		-	-
Scheuenstuhl Harry	X	-	-
Schindler Franz		-	-
		1	1
Schmidt Gabi	X		
Schmidt Gabi Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schindler Franz Schmidt Gabi Schmitt-Bussinger Helga Schöffel Martin Schorer Angelika			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schreyer-Stäblein Kerstin	Х		
Schulze Katharina		Х	
Schuster Stefan	Χ		
Schwab Thorsten	Χ		
Dr. Schwartz Harald	Χ		
Schweiger Tanja	Χ		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	Χ		
Sem Reserl			
Sengl Gisela		Х	
Sibler Bernd	Х		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	Х		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	Х		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia		Х	
Steinberger Rosi		X	-
Steiner Klaus	Х		
·	^	Х	
Stierstorfer Sylvia	V	^	-
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen	Х		
Dr. Strohmayr Simone	Х		
Stümpfig Martin			-
Tasdelen Arif	Х		
Taubeneder Walter	Х		
Tomaschko Peter	Χ		
Trautner Carolina	Х		
Unterländer Joachim			
Dr. Vetter Karl	Х		
Vogel Steffen	X		
	- 1		
Waldmann Ruth	Х		
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	Х		-
Dr. Wengert Paul	X		-
Werner-Muggendorfer Johanna			-
Westphal Manuel	Х		-
Widmann Jutta	X		-
			-
Wild Margit	X		
Winter Georg	Х		
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde	X		-
Woerlein Herbert	Х		-
Zacharias Isabell	Х		
Zellmeier Josef	Х		
Zierer Benno	Х		
Gesamtsumme	125	16	0
- Cocumicalinine			

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 03.04.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Bürgerenergiewende retten - Kahlschlag beim EEG verhindern (Drucksache 17/1434 Nummer 1)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			Х
Aigner Ilse		Х	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			Х
Aures Inge			Х
Bachhuber Martin		Х	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			
Bauer Volker		Х	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		Х	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		Х	
Dr. Bernhard Otmar		Х	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		Х	
Bocklet Reinhold		Х	
Brannekämper Robert		Х	
Brendel-Fischer Gudrun		Х	
Brückner Michael		Х	
von Brunn Florian			Х
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		Х	
Dünkel Norbert		Х	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		Х	
Eisenreich Georg		Х	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	Х		
Fehlner Martina			Х
Felbinger Günther	X		
FlierI Alexander		Х	
Dr. Förster Linus			Х
Freller Karl		Х	
Füracker Albert		Х	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			Х

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas		Х	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin			X
Güller Harald			X
Guttenberger Petra			
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar			
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		Х	
Heike Jürgen W.		Х	
Herold Hans		Х	
Dr. Herrmann Florian		Х	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra			Х
Hintersberger Johannes		Х	
Hofmann Michael		Х	
Holetschek Klaus		Х	
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Erwin		Х	
Dr. Huber Marcel		Х	
Dr. Huber Martin		Х	
Huber Thomas		Х	
Dr. Hünnerkopf Otto		Х	
Huml Melanie		Х	
Imhof Hermann		Х	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		Х	
Karl Annette			Х
Kirchner Sandro		Х	
Knoblauch Günther			Х
König Alexander		Х	
Kohnen Natascha			Х
Kränzle Bernd		Х	
Dr. Kränzlein Herbert			X

Name	Ja	Nein	Enthalt mich
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		Х	
Kreuzer Thomas		Х	
Kühn Harald		Х	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		Х	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		Х	
Lorenz Andreas			
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth			Х
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		Х	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi			X
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			
RadImeier Helmut		X	
Rauscher Doris			Х
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard			X
Rosenthal Georg			X
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	1
Scheuenstuhl Harry			
Schindler Franz			Х
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga			Х
Schöffel Martin		Х	
Schorer Angelika		Х	
Schorer-Dremel Tanja	1	X	1

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schreyer-Stäblein Kerstin		Х	
Schulze Katharina	Χ		
Schuster Stefan			X
Schwab Thorsten		Х	
Dr. Schwartz Harald		Х	
Schweiger Tanja	Х		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		Х	
Sem Reserl			
Sengl Gisela	Х		-
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		^	
Sonnenholzner Kathrin			X
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana			X
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	Х		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		Х	
Straub Karl		Х	
Streibl Florian	Х		
Strobl Reinhold			X
Ströbel Jürgen		Х	
Dr. Strohmayr Simone			X
Stümpfig Martin	Х		~
otamping martin			
Tasdelen Arif			X
Taubeneder Walter		Х	~
Tomaschko Peter		X	-
Trautner Carolina		X	_
Trautiler Carollila		^	
Hutariëndar looghim			-
Unterländer Joachim			
5 W # W			
Dr. Vetter Karl	Х		-
Vogel Steffen		X	
			ļ.,.
Waldmann Ruth			X
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			X
Dr. Wengert Paul			X
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		Х	
Widmann Jutta	Χ		
Wild Margit			Х
Winter Georg		Х	
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde		Х	
Woerlein Herbert			X
			 ``
Zacharias Isabell			X
Zellmeier Josef		Х	<u> </u>
Zierer Benno	Х	_^	+
		96	33
Gesamtsumme	29	86	33

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 03.04.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Bürgerenergiewende retten - Kahlschlag beim EEG verhindern (Drucksache 17/1434 Nummer 2)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		Х	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		Х	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		Х	
Dr. Bernhard Otmar		Х	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		Х	
Bocklet Reinhold		Х	
Brannekämper Robert		Х	
Brendel-Fischer Gudrun		Х	
Brückner Michael		Х	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			
Dettenhöfer Petra		Х	
Dorow Alex		Х	
Dünkel Norbert		Х	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		Х	
Dr. Eiling-Hütig Ute		Х	
Eisenreich Georg		Х	
Fackler Wolfgang		Х	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		Х	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl		Х	
Füracker Albert		Х	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	Х		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith	, A	X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas		Х	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra			
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar			
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		Х	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	Х		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		Х	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Erwin		Х	
Dr. Huber Marcel		Х	
Dr. Huber Martin		Х	
Huber Thomas		Х	
Dr. Hünnerkopf Otto		Х	
Huml Melanie		Х	
Imhof Hermann		Х	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		Х	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		Х	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		Х	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		Х	
Dr. Kränzlein Herbert	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		Х	
Kreuzer Thomas		Х	
Kühn Harald		Х	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas			
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate		Х	
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	Х		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	Х		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	Х		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			
RadImeier Helmut		Х	
Rauscher Doris	Х		
Dr. Reichhart Hans		Х	
Reiß Tobias		Х	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		Х	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	Х		
Rosenthal Georg	Х		
Rotter Eberhard		Х	
Rudrof Heinrich		Х	
Rüth Berthold		Х	
Sauter Alfred Scharf Ulrike		X	
		^	
Scheuenstuhl Harry Schindler Franz			
	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X	V	
Schöffel Martin Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
ochorer-premer ranja		_ ^	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schreyer-Stäblein Kerstin		Х	
Schulze Katharina	Χ		
Schuster Stefan	Χ		
Schwab Thorsten		Х	
Dr. Schwartz Harald		Х	
Schweiger Tanja			
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		Х	
Sem Reserl			-
Sengl Gisela	Х		-
Sibler Bernd		V	-
		X	-
Dr. Söder Markus			-
Sonnenholzner Kathrin	Х		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	Χ		
Steinberger Rosi	Χ		
Steiner Klaus		Х	
Stierstorfer Sylvia		Х	
Stöttner Klaus		Х	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	Х		
Strobl Reinhold	X		-
Ströbel Jürgen		X	
		^	-
Dr. Strohmayr Simone	X		-
Stümpfig Martin	Х		-
Tasdelen Arif	Х		
Taubeneder Walter		Х	
Tomaschko Peter		Х	
Trautner Carolina		Х	
Unterländer Joachim			
Dr. Vetter Karl	Х		
Vogel Steffen		Х	-
vogel Stellell		^	-
Woldmann Duth	Х		-
Waldmann Ruth	^	V	-
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			-
Weikert Angelika	Х		
Dr. Wengert Paul	Х		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	Χ		
Wild Margit	Χ		
Winter Georg		Х	
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde		Х	
Woerlein Herbert	Х	<u> </u>	_
			-
Zacharias Isabell	Х		
Zellmeier Josef		Х	
Zierer Benno	Х		
Gesamtsumme	60	84	0
			

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 03.04.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Angelika Weikert u. a. und Fraktion SPD; Keine Beschädigung des gültigen Streikrechts (Drucksache 17/1433)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	Х		
Aures Inge	Х		
Bachhuber Martin		Х	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			
Bauer Volker		Х	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		Х	
Bause Margarete			Х
Beißwenger Eric		Х	
Dr. Bernhard Otmar		Х	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		Х	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		Х	
Dünkel Norbert		Х	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		Х	
Dr. Eiling-Hütig Ute		Х	
Eisenreich Georg		Х	
Fackler Wolfgang		Х	
Dr. Fahn Hans Jürgen			Х
FehIner Martina			
Felbinger Günther			Х
FlierI Alexander		Х	
Dr. Förster Linus	Х		
Freller Karl		Х	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus			X
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	Х		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas			X
Gerlach Judith		Х	
Gibis Max		Х	
Glauber Thorsten			X
Dr. Goppel Thomas		Х	
Gote Ulrike			X
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra			
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar			
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			X
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes			
Hofmann Michael		Х	
Holetschek Klaus		Х	
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Erwin		Х	
Dr. Huber Marcel		Х	
Dr. Huber Martin		Х	
Huber Thomas		Х	
Dr. Hünnerkopf Otto		Х	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		Х	
Jörg Oliver		X	
			V
Kamm Christine		\ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \	X
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X	\ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \	
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X	\ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X	.,	
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		

Name	Ja	Nein	Enthalt mich
Kraus Nikolaus			Х
Kreitmair Anton		Х	
Kreuzer Thomas		Х	
Kühn Harald		Х	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		Х	
Leiner Ulrich			Х
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		Х	
Lorenz Andreas			
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen			Х
Müller Emilia		Х	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike			Х
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander			Х
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Objyun verena			
Petersen Kathi	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard			Х
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph			
RadImeier Helmut		Х	
Rauscher Doris	Х		
Dr. Reichhart Hans		Х	
Reiß Tobias		Х	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	Х		
Ritt Hans		Х	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	Х		
Rosenthal Georg	Х		
Rotter Eberhard		Х	
Rudrof Heinrich		Х	
Rüth Berthold		Х	
Sauter Alfred		Х	
Scharf Ulrike		Х	
Scheuenstuhl Harry			
Schindler Franz			
Schmidt Gabi			Х
Schmitt-Bussinger Helga	Х		
Schöffel Martin		Х	
Schorer Angelika		X	
			1

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	Х		
Schwab Thorsten		Х	
Dr. Schwartz Harald		X	
Schweiger Tanja			X
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	-
Sem Reserl			-
Sengl Gisela		\ \ \	X
Sibler Bernd		X	ļ
Dr. Söder Markus	.,		-
Sonnenholzner Kathrin	Х		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	Х		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		Х	
Stierstorfer Sylvia		Х	
Stöttner Klaus		Х	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		'	X
Strobl Reinhold	Х		
Ströbel Jürgen		X	-
Dr. Strohmayr Simone	Х		-
· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	^		X
Stümpfig Martin			
Toodolon Arif			-
Tasdelen Arif	Х	V	-
Taubeneder Walter		X	-
Tomaschko Peter		X	-
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim			
Dr. Vetter Karl			X
Vogel Steffen		Х	
voger otenen			-
Waldmann Ruth	Х		-
Prof. Dr. Waschler Gerhard			-
			-
Weidenbusch Ernst			-
Weikert Angelika	X		<u> </u>
Dr. Wengert Paul	Х		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			X
Wild Margit	Χ		
Winter Georg		X	
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde		Х	
Woerlein Herbert	Х		
Zacharias Isabell	Х		1
Zellmeier Josef	- •	Х	_
Zierer Benno		\ \ \ \	X
Gesamtsumme	32	79	29
Gesamisumme	32	19	23

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 03.04.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Hermann Imhof u. a. und Fraktion CSU; Bewährtes Tarifrecht weiterentwickeln - Grundsatz der Tarifeinheit regeln! (Drucksache 17/1468)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	Х		
Aures Inge	Х		
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			
Bauer Volker	Х		
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried	Х		
Bause Margarete			Х
Beißwenger Eric	Х		
Dr. Bernhard Otmar	Х		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	Х		
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brückner Michael	X		
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			
Dettenhöfer Petra	X		
Dorow Alex	Х		
Dünkel Norbert	Х		
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	Х		
Eisenreich Georg	X		
Fackler Wolfgang	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen			Х
Fehlner Martina	Х		
Felbinger Günther			Х
FlierI Alexander	Х		
Dr. Förster Linus	Х		
Freller Karl	Х		
Füracker Albert			
Ganserer Markus			X
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas			X
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten			Х
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike			Х
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra			
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar			
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			X
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes			
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Huber Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver			
Kamm Christine			Х
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther	X		
König Alexander	X		
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd	X		
Dr. Kränzlein Herbert	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	Х		
Leiner Ulrich			Х
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	Х		
Lorenz Andreas			
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen			Х
Müller Emilia	X		
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	^		X
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander			X
Midtimann Alexander			
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
inussei vvallei	^		
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard			Х
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph			
RadImeier Helmut	Х		
Rauscher Doris	Х		
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	Х		
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	Х		
Ritt Hans	Х		
Ritter Florian			
Roos Bernhard	Х		
Rosenthal Georg	Х		
Rotter Eberhard	Х		
Rudrof Heinrich	Х		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike	X	+	+
Scheuenstuhl Harry	^	-	-
Schindler Franz		-	-
Schmidt Gabi		-	~
	X	-	X
Schmitt-Bussinger Helga Schöffel Martin	X	-	-
Schorer Angelika			
achorer Angelika	X	1	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schreyer-Stäblein Kerstin	Х		
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	Χ		
Schwab Thorsten	Χ		
Dr. Schwartz Harald	Χ		
Schweiger Tanja			X
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	Χ		
Sem Reserl			
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd	Х		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	Χ		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	Χ		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus	Х		-
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold	Х		<u> </u>
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayr Simone	X		-
Stümpfig Martin			X
otamping martin			-
Tasdelen Arif	Х		
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	Х		
Trautner Carolina	Х		
Unterländer Joachim			
Dr. Vetter Karl			Х
Vogel Steffen	Χ		
Waldmann Ruth	Χ		
Prof. Dr. Waschler Gerhard			
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	Х		
Dr. Wengert Paul	Х		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel	Х		
Widmann Jutta			X
Wild Margit	Χ		
Winter Georg	Χ		
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde	Х		
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	Х		
Zellmeier Josef	Х		
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	110	0	29

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 03.04.2014 zu Tagesordnungspunkt 7: Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u. a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Ehe für alle: Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts (Drucksache 17/261)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	Х		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		Х	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		Х	
Dr. Bernhard Otmar		Х	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		Х	
Bocklet Reinhold		Х	
Brannekämper Robert		Х	
Brendel-Fischer Gudrun		Х	
Brückner Michael		Х	
von Brunn Florian	Х		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		Х	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		Х	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		Х	
Fackler Wolfgang		Х	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther			
FlierI Alexander		Х	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl			Х
Füracker Albert		Х	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	Х		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith	, A	X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas		Х	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra			
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar			
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		Х	
Heike Jürgen W.		Х	
Herold Hans		Х	
Dr. Herrmann Florian		Х	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		Х	
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes			
Hofmann Michael		Х	
Holetschek Klaus		Х	
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Erwin		Х	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		Х	
Huber Thomas		Х	
Dr. Hünnerkopf Otto		Х	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		Х	
Jörg Oliver		Х	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		Х	
Karl Annette	Х		
Kirchner Sandro		Х	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		Х	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		Х	
Dr. Kränzlein Herbert	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kraus Nikolaus		Х	
Kreitmair Anton		Х	
Kreuzer Thomas		Х	
Kühn Harald		Х	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		Х	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		Х	
Lorenz Andreas			
Lotte Andreas			
Dr. Magorl Christian	X		
Dr. Magerl Christian Dr. Merk Beate	^		
Meyer Peter			
Müstol Jürgen	X		
Müller Emilia	V	X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		Х	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef		Х	
Dr. Rabenstein Christoph			
RadImeier Helmut		Х	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		Х	
Reiß Tobias		Х	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	Х		
Ritt Hans		Х	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	Х		
Rosenthal Georg	Х		
Rotter Eberhard		Х	
Rudrof Heinrich		Х	
Rüth Berthold		Х	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry			
Schindler Franz			
Schmidt Gabi	X		
	X		
Schmitt-Bussinger Helga Schöffel Martin	^	Х	
Schorer Angelika		X	
achorer Angelika			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schreyer-Stäblein Kerstin		Х	
Schulze Katharina	Χ		
Schuster Stefan	Х		
Schwab Thorsten		Х	
Dr. Schwartz Harald		Х	
Schweiger Tanja			
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		Х	
Sem Reserl			
Sengl Gisela	Х		
Sibler Bernd		Х	
Dr. Söder Markus			_
Sonnenholzner Kathrin	Х		-
Dr. Spaenle Ludwig			-
Stachowitz Diana	Х		-
Stamm Barbara	· · ·		-
Stamm Claudia	X		ļ
Steinberger Rosi	Х	.,	-
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		Х	
Stöttner Klaus		Х	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		Х	
Strobl Reinhold	Χ		
Ströbel Jürgen		Х	
Dr. Strohmayr Simone	Χ		
Stümpfig Martin	Χ		
Tasdelen Arif	Χ		
Taubeneder Walter		Х	
Tomaschko Peter		Х	
Trautner Carolina		Х	
Unterländer Joachim			
Dr. Vetter Karl	Х		
Vogel Steffen		Х	_
Toger otenen			-
Waldmann Ruth	Х		-
Prof. Dr. Waschler Gerhard			-
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	· ·		-
Dr. Wengert Paul	Х		<u> </u>
Werner-Muggendorfer Johanna			ļ
Westphal Manuel		X	-
Widmann Jutta		Х	
Wild Margit	Х		
Winter Georg		Х	ļ
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde		Х	
Woerlein Herbert	Χ		
Zacharias Isabell	Х		
Zellmeier Josef		Х	
Zierer Benno		Х	
Gesamtsumme	52	84	1